





Sozialist Vallant unter dem Beifall der äußersten Linken: Nieder mit den drei Rädern! was vom Zentrum mit Rärm beantwortet wurde. Darauf erschollen neue Protestrufe von den Bänken der Sozialisten. Der Sozialist Guesde rief: „Hört auf das, was Ribot sagt!“ wozu die äußerste Linke lachte. Der Abfall über die lokale Anwendung des Dreijähriges wurde im Zentrum und von einem großen Teil der Linken mit Beifall begrüßt, während die Sozialisten mit schwebenden Zurufen antworteten. Man rief: Jugagnour! worauf dieser schwieg. Der Schluß der Ministererklärung wurde auf allen Bänken, mit Ausnahme der Sozialisten und einiger Abgeordneten der Rechten, mit Beifall aufgenommen.

Der gemeintete Radikale Thierry Cazès sprach das Wort zu einer Interpellation und forderte die Rückkehr zum Zweijähriges Gesetz, das das einzig demokratische sei. (Beifall auf der äußersten Linken. Zwischenrufe von den anderen Bänken.)

Jaurès sagte, die Regierung müsse ihre Ansichten über die Wahlreform genau ausdrücken. Diese Reform werde auf billige Weise nur durch das Verhältniswahlsystem gelöst werden können. (Beifall im Zentrum und auf der Rechten.) Die beiden Probleme, das finanzielle und das militärische, seien in politischer und technischer Hinsicht miteinander verknüpft. Jaurès brachte ein Register festiger Anfragen gegen das Dreijähriges Gesetz vor, das die nationale Verteidigung desorganisiert habe. (Rufe von der Rechten: Es leben die drei Jahre! Darauf Protestrufe der äußersten Linken.) Die äußerste Linke sollte fast allein den lebhaften Kritiken Jaurès Beifall, der mehrmals warten mußte, bis sich der Rärm gelegt hatte. Jaurès lobte lebhaft das System des Volkes in Waffen und forderte, daß man es vorbereite. (Beifall auf der äußersten Linken und auf einigen Bänken der Linken.) Viviani habe wohl in drei Tagen seine Formel ändern können, aber nicht seine Meinung. Dieser Formel setze er diejenige des Kongresses von Neu entgegen.

Vallant antwortete alsdann auf die Interpellationen. Von der Linken sehr lebhaft begrüßt, sagte er, er nehme ebenso wie Ribot die Nacht nur an, um die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden, besonders die finanziellen. Dann sprach er sich über die von der Regierung beschlossenen finanziellen Maßnahmen aus. Im Budget für 1915 werde er von den Besitzenden verlangen, die militärischen Lasten zu tragen, die ihnen zufallen. (Beifall auf der Linken.) Darauf sagte Viviani: Sehen wir uns klar über die militärische Frage auseinander.

## Der Aufstand in Albanien.

### Fortgang des Kampfes.

Wien, 16. Juni. Nach einem Radiotelegramm aus Durazzo herrschte infolge des Gewehr- und Geschützfeuer gestern den ganzen Tag bis zum Einbruch der Nacht andauernde große Erregung. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik, und zahlreiche Familien flüchteten in die Konsulate. Einige Verhütung trat ein, als um 10 Uhr abends 1500 Malfisoren aus Alessio eintrafen. Zu den Straßen streifen Patrouillen von Gendarmen und Freiwilligen umher. In mehreren Straßen sind Barrikaden errichtet worden. Um 1/2 12 Uhr nachts begann abermals ein heftiges Gewehrfeuer. In den Kampf griff auch die Artillerie ein. Die Schiffe der Kriegsmarine besuchten die feindlichen Stellungen. — Offiziere des österreichisch-ungarischen Arzengens „Sigetwar“ berichten, daß sie bei Ramaja einen Kampf beobachtet haben. Man nimmt an, daß dort die Truppen von Aziz Pascha Brioni im Kampfe mit den Rebellen stehen.

### Ankunft von Verstärkungen in Durazzo.

Durazzo, 16. Juni. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Die Mirbitten, die aus San Giovanni di Medua angekommen sind, sind sofort ausgeschifft worden. Um 4 Uhr ist auch das englische Kriegsschiff „Gloucester“ unter dem Befehl des Admirals Troubridge eingetroffen.

### Die Kämpfe vom Montag.

Durazzo, 16. Juni. Ergänzt wird über die gestrigen Kämpfe weiter gemeldet: Der erste Angriff der Aufständischen erfolgte auf der ganzen Linie längs der Sümpfe. Oberst Thomson ließ sofort die Verschanzungen besetzen und das Geschützfeuer eröffnen. Gegen 5 Uhr morgens überschritten die Aufständischen die Brücke über die Laguna und griffen die Stadt gleichzeitig von den Hügeln her an, welche sie offenbar in der Nacht schon besetzt hatten. Um 6 1/2 Uhr begab der Fürst sich in Begleitung von Generalmajor von Trotha, General von Ribosow zu Pferde nach der Kasernen, wo sich gerade die letzten Malfisoren zum Kampfe rüsteten, und dann zu der Geschützstellung am Rande der Stadt, wo die letzte Verteidigungslinie vorbereitet wurde. Als Oberst Thomson um 6 Uhr gefallen war, übernahm Major Koelssma das Kommando in der Stadt. Gegen 8 Uhr wurde das italienische Torpedoboot „I. P. R.“ zur Erkundung des Feindes abgeschickt und fuhr bis Capopali. Der Kommandant des Torpedoboots berichtete, daß die Aufständischen in großer Zahl die Höhen zunächst der Stadt besetzt hielten. Der Angriff wurde sowohl von der Seite des Meeres, wie des Gebirges her, lebhafter; die Kugeln flogen bis an die Landungsstellen. Um 9 1/2 Uhr wichen die Aufständischen vor dem gut geleiteten Geschützfeuer zurück. Italienische und österreichisch-ungarische Mitrailleusen schafften die Verwundeten zurück. Zwei italienische Verbandplätze wurden bei dem fürstlichen Konal eingerichtet. Um 10 Uhr gingen zwei österreichisch-ungarische Torpedoboots nach San Giovanni di Medua, um dort befindliche Malfisoren zur Verstärkung heranzuholen. Die Aufständischen griffen den ganzen Tag über von Zeit zu Zeit sowohl vom Gebirge her wie auch an den Sümpfen an. Bei Einbruch der Nacht schwieg das Feuer. Auf den Verschanzungen wurden Scheinwerfer aufgestellt, um die Abwehr von Nachangriffen zu erleichtern. Auf den Hügeln und längs der Küste sah man Gruppen von lagernden Aufständischen, die noch einmal auf kurze Zeit ein schwaches Feuergefecht führten, anscheinend, um die Verteidigung nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Man erwartete in der Nacht oder für heute einen neuen Angriff mit starken Kräften. Die Zahl der eingebrachten Verwundeten soll etwa hundert, diejenigen der Toten zwanzig betragen. Die Leiche des Obersten Thomson ist in den Palast des Fürsten gebracht worden.

### Rückzug der Rebellen?

Durazzo, 16. Juni. (Melbung der Agenzia Stefani.) Die Rebellen zogen sich um 8 Uhr morgens zurück. Man fährt diesen Rückzug auf die Ankunft von Verstärkungen zurück, die zu Wasser und zu Lande eintrafen und bereits die Kroja besetzt haben sollten, welche die Aufständischen ohne Garnison gelassen hatten. Es heißt, daß ein Mann der Aufständischen, der mit einem italienischen Gewehr bewaffnet gefangen worden sei und daß man ihn einer Untersuchung unterziehen will, wahrscheinlich, um legend einen neuen Vorwand zu Anklagen gegen die

Italiener zu suchen, während bekanntlich die Einwohnerschaft von Tirana eine gewisse Anzahl von Gewehren erhielt, als der Feldzug gegen Epirus vorbereitet wurde, andere Gewehre wurden am 28. Mai den gefangenen Gendarmen und Nationalisten geraubt.

### Ein deutsches Kriegsschiff vor Durazzo.

Berlin, 16. Juni. Der kleine Kreuzer „Breslau“ von der Mittelmeerdivision hat Befehl erhalten, nach Durazzo zu gehen.

## Politische Uebersicht.

### Anlage Nr. III.

Gegen Genoffin Dr. Rosa Luxemburg häufen sich die Anklagen. Gestern erhielt sie eine Vorladung zu einer verantwortlichen Vernehmung am 22. d. M. Ob abermals der Kriegsminister Strafantrag gestellt hat, weil sie auch an einem anderen Orte als Freiburg Soldatenniederlassungen auf die Tagesordnung setzte?

### Das deutsch-englische Bagdad-Abkommen.

Offiziös wird gemeldet: Das deutsch-englische Abkommen über die Bagdadbahn und Mesopotamien ist am Montag in London von Sir Edward Grey und dem deutschen Votschafter Fürsten Lichnowsky als Vertreter ihrer Regierungen paraphiert worden. Ueber alle zur Diskussion stehenden Fragen ist völliges Einvernehmen erzielt. Die Abmachungen werden erst nach Abschluß der Verhandlungen mit der Porte in Kraft gesetzt werden können, da in wesentlichen Punkten die Zustimmung der türkischen Regierung erforderlich ist. Daher können auch Einzelheiten über den Inhalt des Abkommens erst später mitgeteilt werden.

Damit ist eine Frage, die lange Zeit hindurch eine Spannung zwischen Deutschland und England verursacht hatte, wenigstens vorläufig zu einer Klärung gekommen.

### Zentrum und Petroleummonopol.

Die „Tägliche Rundschau“ hatte wieder einmal darauf hingewiesen, daß kapitalkräftige Leute, die dem Zentrum sehr nahe stehen, großes Interesse an der Verhinderung des Petroleummonopols haben, und hatte in diesem Zusammenhang von „metallischen Interessen“ gesprochen, die die Gegnerschaft gegen das Petroleummonopol beim Zentrum beeinflussen. Daraufhin sandte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Oberlandesgerichtspräsident Dr. Spahn „für seine Person und als Vorsitzender der Zentrumsfraktion“ folgende Erklärung:

Rachstehende Behauptungen der „Täglichen Rundschau“ sind unzutreffend:

„Das Zentrum suche auf jede Weise den ihm aus dringlichen metallischen Interessen seiner Parteikasse so unabweisbaren Gedanken eines staatlichen Erdölmonopols „totzumachen“ sowie ferner, das Zentrum habe metallische Interessen an Verhinderung des Petroleummonopols“.

„endlich, das Zentrum möchte um jeden Preis und mit jedem Mittel der ihm so lieben und nahestehenden Standard Oil Company diesen Schmerz erlaben.“ Demgegenüber erinnert die „Tägliche Rundschau“ daran, daß schon im Dezember 1912 die „Frankfurter Zeitung“ festgestellt hat, daß der Direktor der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, in Hamburg, Wilhelm Riedemann, päpstlicher Geheimkammerer und seine Gattin Ehrenbama des Ordens vom Heiligen Grabe ist. Dieser Herr Riedemann sei einer der wichtigsten Nährväter der Kasse des Zentrums. Aus Anlaß seines 80. Geburtstages habe er wieder für nicht näher bezogene „Zwecke der Kirche“ abermals einen sehr namhaften Betrag gespendet, dessen Höhe auch anderwärts Aufsehen erregt habe.

Gegen diese Feststellungen ist damals keine Verichtigung erfolgt.

### Sozialdemokratie und Regierung in Baden.

Die Zweite badische Kammer lehnte Dienstag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen die direkte Wahl für die Kreis- und Bezirksverwaltungen ab. In der Debatte beschuldigte Genosse Frank den Minister Bodman, die Sozialdemokratie beleidigt zu haben durch den Vorwurf, ihr fehle der im Verwaltungsgebiet vorgezeichnete Gemeinfinn; der Minister verlegte aber die Verfassung durch die Ächtung der politischen Meinungsfreiheit. Der Minister antwortete, die Sozialdemokratie sei für die staatliche Verwaltung untauglich wegen ihrer geringen Schätzung der Monarchie und wegen ihrer revolutionären Politik; sie wolle ja auch den Rassenstreit.

### Kaiser Wilhelm: der „beste Gott“.

Die „Studierstube“, ein Pastorenblatt, druckt folgenden Vers eines Superintendenten aus einem Berliner Vorort ab, leider ohne seinen Namen zu nennen:

Wißt du wissen, was er wert ist,  
Wie mit Entzügen er geebt ist,  
Küßt du hellen Fremdling fragen:  
Von Charmeur weiß er zu sagen.  
Hier? So'n schmuddriger Berliner  
Kennt vielleicht dich Schaantiner,  
Wenn die Ehre du der Wahrheit  
Einfach zieht in Schuld der Klarheit,  
Wenn dir unser lieber Kaiser,  
Schon vom Aliern gilt als Weiser,  
Gilt als bester Gott und Vater...

Obwohl die „Studierstube“ diesen Vers und seinen Verfasser schon selbst mit einigen ernsten und kräftigen Worten brandmarkte, verdient er doch, aus der Enge der „Studierstube“ in die breitere Öffentlichkeit gebracht zu werden. Er ist ein schlagender Beweis dafür, daß unser Zeitalter kapitalistischer Weltpolitik in jeder Beziehung immer mehr den korrupten Zuständen und Sitten der römischen Kaiserzeit ähnlich wird. Bekanntlich verehrte man jeden neuen Kaiser (Kaiser), der den römischen Thron bestieg, zugleich als Gott, errichtete ihm Altäre, opferte ihm, betete zu ihm. Nur die ersten Christen weigerten sich standhaft, diesen „Gottesdienst“ mitzumachen und starben für diese Beigerung zu Hunderten und Tausenden grausamen Märtyrertod. Und jetzt sind wir so weit, daß ein Christ, und nicht einmal nur ein gewöhnlicher Wald- und Wiesenchrist, sondern einer, der eine hohe Stellung in der kirchlichen Hierarchie einnimmt, also besonders tief in christliche Frömmigkeit eingedrungen sein muß, diesen alten römischen Pöbelkult wieder einzuführen beginnt: Kaiser Wilhelm — sein bester Gott! Man muß hier schon sagen: Höher geht's nimmer! Die Päpstin-Erscheinungen in der christlichen Kirche nehmen rapid überhand.

### Das Windthorst-„Museum“.

Es ist in der Zentrumspreffe bekannt geworden, daß auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik nur drei Zentrumsblätter ausgestellt waren, wäh-

rend die sozialdemokratische Partei es verstanden habe, ein treffendes Bild ihrer gesamten Entwicklung zu geben.

Dafür hat aber die Zentrumspreffe etwas ausgestellt, was ihr keine andere Gruppe nachmachen wird: ein „Windthorst-Museum“. Der „Kölnner Lokal-Anzeiger“ meint, dieses kleine Museum in der Höhe der Zentrumspreffe sei in der geräuschvollen Halle ein „Platz zu stiller Sammlung und bestimmtem Gedanten“. Wir fürchten, daß die Empfindungen, die in dem „Museum“ beim Normalmenschen ausgelöst werden, doch etwas anderer Art sein werden. Denn der Bachemische „Lokal-Anzeiger“ (Nr. 149) schreibt darüber wie folgt:

„Die kleine Sammlung umfaßt die Gegenstände von Windthorst's Schriftlich: den Federhalter, mit dem er seine Briefe unterzeichnete (selbst geschrieben hat er bekanntlich nur sehr selten, sondern seiner schwachen Augen halber stets diktiert); den einfachen hölzernen offenen Federkasten, einen schwarzen Radiergummi, eine hölzerne Windfadendose und eine Schere; sein großes gläsernes Linsenfaß, seine abgegriffene alte Biergarrnettsche. Das Ganze überträgt von einem schönen Metallkrug auf schwarzem gotischen Holzfuß, das die Wohnung Windthorst's zierte. Wie oft mag der Verehrte in schwierigen Tagen seinen Blick vertrauensvoll auf dieses Bild des Werkzeugens in stiller Andacht gerichtet haben! Beigefügt ist noch eine Original-Photographische Karte des Reichstagsabgeordneten Dr. Windthorst, Erzelenz“ für den Reichstag. Zu Füßen der kleinen Sammlung liegt offen das literarische Denkmäl, das der verstorbene Dr. Edward Hügel (Düsseldorf) dem Zentrumsführer widmete in Form der reichillustrierten Biographie: „Ludwig Windthorst, sein Leben, sein Wirken“, sowohl in der ersten Ausgabe (1907), als auch in der folgenden Volksausgabe (1911), beide bei Bachem, Köln.“

Kein Zweifel, daß die „Bagra“ ohne diese Sonderausstellung nicht komplett wäre. Nun weiß man, daß Windthorst's Federkasten hölzern, sein Linsenfaß gläsern und sein Radiergummi schwarz (wie sollte er bei einem Zentrumsmanne anders sein!) waren. In ähnlichen denken wir uns, daß Windthorst nicht nur „in“ schwierigen Tagen den Blick vertrauensvoll zu dem Bild des Werkzeugens auf gerichtet, sondern daß er auch nach schlimmen Situationen dankbar zu ihm aufgeschickt hat, zum Beispiel, als er die bekannten Worte sprach: „Da habe ich mich mit Gottes Hilfe wieder einmal glücklich durchgelogen!“

Die Reichstagswahl in Sabian-Wehlen ist auf Donnerstag, den 16. Juli festgesetzt worden. Als konservativer Kandidat wurde Amstutz Scherwe (Kleinhof-Lapiau) aufgestellt.

Der fortschrittliche Abgeordnete Wess ist im Alter von 76 Jahren in Brandenburg a. d. H. gestorben. Er gehörte dem Reichstag von 1898 bis zur Auflösung 1906 als Vertreter des schlesischen Wahlkreises Hirschberg an; im preussischen Landtag vertrat er den Wahlkreis Frankfurt a. O. Wess war Mitglied im Parlament als Redner nicht sehr hervorgetreten, es wird ihm nachgerühmt, daß er dafür einer der fleißigsten Mitarbeiter in den Kommissionen gewesen ist. Bei der erforderlichen Landtagsnachwahl dürfte das Mandat der Fortschrittspartei erhalten bleiben. Wess wurde mit 315 gegen 245 konservative Stimmen gewählt.

## Griechen und Türken.

Aus Konstantinopel wird uns geschrieben:

Zwei Volkselemente stehen sich besonders feindselig gegenüber in der Türkei: die Griechen und die Türken. Die Ursachen sind bekannt: erst der Krieg, dann die Bedrückungen, denen die türkische Bevölkerung in dem griechisch gewordenen Mazedonien unterworfen worden war. Die Türken, ängstlich besorgt, es mit dem christlichen Europa nicht zu verdrängen, waren zuerst wenigstens bemüht, jedes Ansehen nach außen zu verheimlichen. Im stillen wurde der Vorkost eingeleitet. Er trat sich fort wie eine ätzende Flüssigkeit und nahm schleichlich Dimensionen an, die ihm zu einer großen öffentlichen Katastrophe machten. Der Vorkost bezieht sich nicht bloß auf die Griechen. Er bezieht auch die Armenier, greift selbst die europäischen Händler an. Hervorgehoben durch die Ereignisse des Krieges, hat er einen sozialen Protest ausgelöst, der längst durch die Forderung vorbereitet wurde, die der Kapitalismus hier richtete. Denn die türkische Handindustrie wurde vor allem durch die einbringende Fabrikware ruiniert. Das türkische Handwerk litt zugleich mit dem armenischen und griechischen — aber die aufkommende Bourgeoisie war nicht muslimanisch, sondern griechisch oder armenisch oder jüdisch. Das bedrückte auch jene sozialen Schichten des Turkenentums, die abseits vom Handel und Gewerbe standen: das Beamtenum und die Offiziere. Ohne direkt zu leiden, wurden sie durch das Unpopulären der nichtmuslimanischen Bourgeoisie sozial zurückgestellt, in den Hintergrund gedrängt. Es erwachte in ihnen der soziale Reiz. Erst sehen sie die andern über die Achsel an — jetzt möchten sie es ihnen nachmachen. Der ganze Mittelstand des Turkenentums stürzte sich in die Handelsbewegung. Jeden Tag entstehen und vergehen — Duzende kleiner türkischer Geschäfte. Das vermehrt sich und verquickt sich mit dem Vorkost-Offiziere des Generalstabs eröffnen Spezialeinrichtungen. Studenten gründen Kaufhäuser usw. Kaufmann werden ist zur natürlichen Lösung geworden. Und der ewige Restrikt ist: Türken sollen bei Türken kaufen, nur mit Türken Geschäfte abschließen.

Während in Konstantinopel die Volkswirtschaft sich auf festem Boden hält, sind in der Provinz bereits zahlreiche Ausschreitungen vorgekommen. Ich sprach neulich einen türkischen Beamten, der Anatolien bereiste; er versicherte, daß durch den Vorkost nicht nur die Geschäftstätigkeit lähmgelegt, sondern das notwendige Zusammenleben der verschiedenen Volkselemente unmöglich gemacht wurde.

Da in Mazedonien die gewaltsame Verdrängung der Türken fortanderte und eine Flut von Flüchtlingen sich über das Land ergoß, so war das offenbar Ziel ins Feuer. Jetzt begannen die Türken ihrerseits, die Griechen aus Thracien hinauszudrängen. Nachdem Griechenlands Protest erhoben hatte, versicherte zwar die türkische Regierung, sie werde Abhilfe schaffen, aber die Situation hat sich seitdem nicht verbessert. Die Situation hat sich so zugespielt, daß die Griechen und die Türken jetzt miteinander nicht mehr bloß um den Handel und die Kaufkraft, sondern um die Scholle kämpfen, auf der sie sitzen.

In diesem Kampf tritt das griechische Patriarchat als Vorkostführer der griechischen Nation auf. Nach vielen Auseinandersetzungen hat der Konflikt jetzt eine akute Form angenommen, indem das Patriarchat demonstrativ alle griechischen Kirchen und Schulen schloß. Welchen Sinn das hat, ist schwer zu ergründen. Das bisherige Ergebnis war nur, daß die Erbitterung auf beiden Seiten gesteigert ist.

Jetzt organisiert die türkische Regierung eine Gegenmobilisation. Am Freitag wird feierlich das Jubiläum des ersten türkischen Gebetes, das in der Heiligen Sophia begangen wurde, gefeiert werden. Es ist in orientativer Weise eine große Mobilisierung der türkischen Massen.

So werden von beiden Seiten die Leidenschaften aufgeschürt. Die nationale Hege ist in vollem Schwunge.

### Die Griechenverfolgungen in Kleinasien.

Athen, 16. Juni. Der Ministerrat besproch gestern die Lage und nahm von mehreren Telegrammen an... offen Kennn...



welche melden, daß die Verfolgungen der Griechen, anstatt nachzulassen, in höchst beunruhigender Weise zunehmen. Seitdem unter den Augen Talaat Beis würden die Griechen erbarungslos verfolgt. Von der Fronte ist auf die griechische Note noch keine Antwort eingegangen. Die Lage wird weiter als ernst angesehen.

**Saloniki, 15. Juni.** Meldung der Agence d'Athènes. Heute sind aus Phokäa in Kleinasien 3800 griechische Flüchtlinge hier angekommen. Sie erzählen, daß am Freitagabend Mäanderbänder das Städtchen überfüllten und, unterstützt von Gendarmen, mit Brand und Mord gewüthet hätten. Viele der angekommenen sind durch Schüsse und Bajonettschläge verwundet. In der letzten Woche sind aus Thrazien und Kleinasien im ganzen 11500 Griechen geflüchtet.

### Eine türkische Darstellung.

**Konstantinopel, 15. Juni.** Nach einem Telegramm Talaat Beis aus Adin an den Großvezir hat sich Talaat bei in der Station Menemen bemerkt, etwa 2000 Griechen, die nach Smyrna fliehen wollten, von ihrem Plan abzubringen. In Smyrna traf der Minister mit dem Wali und dem Militärkommandanten Maßnahmen zur endgültigen Wiederherstellung der Ordnung. Morgen wird sich Talaat bei nach Phokäa begeben, aus dem schon ein Teil der dortigen Griechen ausgewandert ist.

## Schweiz.

### Zwangseinbürgerung.

Soeben erscheint eine Vorlage, die wahrscheinlich im Herbst parlamentarisch behandelt werden wird und die geeignet ist, die Ungelegenheit, daß ein Drittel der Arbeiterschaft der Schweiz kein Stimmrecht hat, beseitigt. Es sollen alle in der Schweiz geborenen Ausländer im Moment ihrer Volljährigkeit zwangsweise Bürger ihrer Wohngemeinde werden, wobei der Bund die Kosten der Einbürgerung trägt. Von der halben Million Ausländer, die in der Schweiz wohnen, sind rund 150 000 in der Schweiz geboren. Die Zahl der in der Schweiz geborenen, alljährlich in Deutschland, Italien, Frankreich und Oesterreich zum Militär eingetragenen jungen Leute beträgt rund 3000. Die Schweiz stellt also durch ihre Schulen, durch ihre Sprache und Kultur dem Auslande Tausende junge Leute, für die es ein trasses Anrecht ist, wenn man sie jahrelang in die Kasernen einsperrt und ihnen die Disziplin zumutet, die in monarchischen Ländern bereits auf der Schulbank eingebrüht wird, die aber in der Schweiz geborene junge Leute kaum ausbilden können. Die Söhne der ausländischen Bourgeois langen einfach in den Geldsack und werden mit einem Kostenaufwand von 500 bis 1000 Frs. Schweizerbürger. Anders die Söhne der Arbeiter, da gibt es Leute, die bereits in dritter Generation in der Schweiz wohnen, die durch schweizerische Mütter sozialdemokratische Wehrheit haben, läßt sich nur durch die Stimmlosigkeit dieser in der Schweiz geborenen Ausländer erklären. Sollte die bündnerische Vorlage Gesetz werden, so wird alljährlich eine Zwangseinbürgerung von 3000 bis 4000 in der Schweiz geborenen Ausländern stattfinden, was sich als ein Gebot der Gerechtigkeit erweist. Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß die Ausländer zweier Generationen sprachlich und politisch völlig in der Bevölkerung des Geburtslandes aufgehen. Es war nur die bisherige Geldlosigkeit der Pöppelbürger der Gemeinden, die deren Einbürgerung verhinderte.

## England.

### Das Gesetz gegen die Pluralstimmen.

**London, 15. Juni.** Das Unterhaus hat die dritte Lesung der Pluralstimmen-Bill mit 320 gegen 242 Stimmen angenommen. Damit hat die Bill das Unterhaus zum zweitenmal unter der Parlamentsakte passiert.

## Aus der Partei.

### Eine grobe Taktlosigkeit.

Genosse Duffell kann es sich nicht verlagern, zu den Neuherungen der Genossen Heine und Edmund Fischer auch seinen Senf dazugeben — natürlich in den „Sozialistischen Monatsheften“. Seine Ausführungen bieten selbst nichts Neues. Doch aber ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter just in dem Moment, wo die ganze reaktionäre Meute gegen die Partei losgelassen ist, nichts anderes zu tun weis, als den Gegnern mit neuen Argumenten zu antworten, ist sehr wenig erfolgreich. Wir denken, das Taktgefühl müßte jetzt jedem Genossen, mag er früher über das Eigenbleiben gedacht haben, was er sollte, sagen: der Heine der Gegner gegenüber schlägt die Partei die Reichen und zeigt den Feinden die geschlossene Front.

### Ins den Organisationen.

Die Kreisversammlung des 2. hannoverschen Wahlkreises tagte am Sonntag, den 14. Juni, in Limmer bei Hannover. Aus dem Jahresbericht ist ersichtlich, daß im Wahlkreise 1970 männliche und 490 weibliche Mitglieder vorhanden sind; Abkommen auf den „Volkswillen“ sind 3574 vorhanden. Besonders erfolgreich ist, daß die Jugendbewegung einen guten Fortschritt genommen hat. Hat der Wahlkreis doch in diesem Jahre 519 Abonnenten auf die „Arbeiter-Jugend“ aufzuweisen. Wenn der Wahlkreis auch unter der wirtschaftlichen Krise und der geldlosen Bewegung zu leiden hatte, so ist doch in diesem Jahre ein Fortschritt zu verzeichnen.

Der sozialdemokratische Kreisverein für den 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) hielt am Sonntag, den 14. Juni, seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht verzeichnet 16 746 Mitglieder (12 872 männliche und 3874 weibliche) in 19 Ortsvereinen. Die Zahl der Mitglieder betrug im 801 (318 männliche und 483 weibliche) gegen das Vorjahr vermehrt, die Zahl der Ortsvereine um 3. Die Zahl der Abonnenten der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ betrug im Kreis 16 874. Leider ist die Zahl der Leser der Presse gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Der Rückgang ist zurückzuführen auf eine kleine Abonnementserhöhung und besonders auf den verunglückten Werftarbeiterstreik. Viele unzufriedene Werftarbeiter wollten ihren Unwillen über den verunglückten Kampf nicht besser zum Ausdruck bringen, als durch Aufgabe des Abonnements der sozialdemokratischen Presse. Die monatlich dem Bezirksverband herausgegebene Agitationszeitung „Fürs Land“, die „Schleswig-Holsteinische Volkspost“, wird allmonatlich im Kreise in rund 4000 Exemplaren vertrieben. Bei der Landtagswahl hat die Partei glänzende Erfolge erzielt, sie erhöhte ihre Wahlmännerzahl von 276 auf 467, also um 192, während die Zahl der bürgerlichen Wahlmänner um 8 zurückging. Die Sozialdemokratie nahm also fünfmalige Wahlmänner, die der Kreis gegenüber der Wahl von 1908 mehr hatte, für sich in Anspruch. Das Resultat beweist, daß der Reichstagswahlkreis selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht in absehbarer Zeit der Sozialdemokratie zufallen muß. Sozialdemokratische Stadtverordnete gibt es im Kreise 30, davon 24 in Kiel. Hier stehen sich sozialdemokratische und bürgerliche Stadtverordnete in gleicher Zahl in der Stadtverordnetenversammlung gegenüber. 39 sozialdemokratische Gemeindevertreter sind in 19 Landgemeinden tätig, darunter ein Vertreter der 2. Klasse. Die

Jahresabrechnung verzeichnet eine Einnahme von 70 905,98 M. und eine Ausgabe von 68 627,31 M. Der verfähige Kassenbestand betrug 28 278,62 M. Der Kreisbildungsausschuß hat eine sehr rege Tätigkeit entfaltet. Die bestehenden Kreisbildungsausschüsse erhielten einen Zuschuß von 2460 M. In den 4 Städten des Kreises (Kiel, Neumünster, Rendsburg, Ström) bestehen Jugendkommissionen, denen insgesamt 1118 Jugendliche angeschlossen sind. Für die Jugendbewegung wurden insgesamt 9216,70 M. aufgewandt.

Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Lorgau-Liechenwerda, der am Sonntag seine Kreisgeneralversammlung abhielt, ist im vergangenem Geschäftsjahre von 1774 auf 1843 gestiegen. Die Gesamtzahl der weiblichen Mitglieder beträgt 296. Der Verein hat nur geringe Fortschritt ist um so bemerkenswerter, als der Wahlkreis zum weitaus größten Teil agrarischen Charakter trägt und im Laufe des Jahres der 16 W. Wochenbeitrag zur Einführung gelangte. Das Vereinsleben kann als ein sehr reges bezeichnet werden, denn es wurden in allen 21 Bezirksvereinen insgesamt 187 Mitglieder- und 39 öffentliche Versammlungen abgehalten und 53 000 Flugblätter, 28 000 Hapzetitel und 15 500 Kreisblätter ausgegeben. Außerdem wurden 10 Frauenversammlungen abgehalten und 400 Broschüren „Sozialistische Erziehung im Hause“ verteilt. Die vier im Kreis bestehenden Bildungsausschüsse waren unter Heberwindung der zahlreichen Widerstände bemüht, durch belehrende Veranstaltungen die Parteibewegung zu vertiefen. Um das Bildungsbedürfnis der meist in kleineren Orten wohnenden Parteimitglieder zu wecken und zu fördern, wurden zwei Wanderbibliotheken eingerichtet. Das „Kollektive Volksblatt“ hat im Kreise 1705, die „Arbeiter-Jugend“ 274 Abonnenten, 17 Gemeindevertreter und drei Stadtverordnetenämter wurden neu gewonnen, so daß die Gesamtzahl der parteigenösslichen Vertreter 61 beträgt. Die Kreisliste schließt in Einnahme und Ausgabe mit 5308,02 M. und einem Kassenbestand von 1634,46 M. ab. Nach einigen zustimmenden Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Rengel über das Verhalten der Reichstagsfraktion beim Reichstagswahl gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, wonach sich der von insgesamt 40 Delegierten besuchte Kreisrat mit der Haltung der Genossen beim Kaiserhoch vollkommen einverstanden erklärte. Als Delegierter zum Parteitag wurde Genosse Rengel bestimmt, zum Vorsitzenden Genosse Kaumann-Rühlberg wiedergewählt.

## Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

### Verbrechens.

Zu 100 M. Geldstrafe verurteilte die Strafkammer zu Cassel den früher am dortigen „Volksblatt“ tätig gewesenen Genossen Allan-Galle. Das „Volksblatt“ hatte eine Note veröffentlicht, die einem Vorbürgermeister vorläufige Begünstigung von militärischen Reklamationsgesuchen zum Vorwurf machte. In der Tat hatte der Bürgermeister, als ein Vorstandsmitglied des Arbeiterturnvereins, der einzige Erwärber einer alien, kranken Witwe, zur Juridikation eingeladen war, an den Landrat, dem Vorsitzenden der Aushebungskommission, berichtet: „Kellamant gehört der sozialdemokratischen Partei an und hat ein uneheliches Kind!“. In einem anderen Reklamationsfall, in dem es sich um den Sohn eines begüterten Bauern und Kirchenältesten handelte, der in der Landwirtschaft beunruhigt durch einen Anwalt zu erscheinen gewesen wäre, hatte der Bürgermeister sich befürwortend geäußert. Als der Arbeiterturner doch zum Militär einrücken mußte und die Mutter ihrem schweren Leiden — Herzschwäche — erliegen war, da führte die Empörung der Vorbesetzung gegen den Bürgermeister zur Veröffentlichung der Note. Obwohl sie sich nur gegen den Bürgermeister richtete und in ihr die Aushebungskommission nur einmal flüchtig erwähnt war, ohne daß der Kommission ein Vorwurf gemacht worden wäre, erfolgte die Verurteilung wegen Beleidigung der Mitglieder der Reklamationskommission. Die Note hat aber auch den Ersatz erhalt, daß der junge Mann durch das Reklamationsministerium vollständig von der Kriegspflicht befreit wurde. Zutpat freilich war's geschehen.

## Soziales.

### Verhätendvertreter für die Wärtnerberufsgenossenschaft.

Der gestrigen abend erschienenen „Reichsanzeiger“ enthält folgende

### Bekanntmachung.

Für die Unfallversicherung der Wärtnerberufsgenossenschaft sind nach der vom Reichsversicherungsamt erteilten Wahlordnung (Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamts 1914 Seite 461) 15 Verhätendvertreter und 30 Ortsmänner zu wählen.

Gemäß § 6 der Wahlordnung werden die dem Bereiche der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zugehörigen Verhätendvertreter der Versicherungsämter aufgeführt, bis zum 29. Juni 1914 Vor schläglisten an den Unterzeichneten unter der Adresse des Reichsversicherungsamts einzureichen. Vor schläglisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens zwei Wahlberechtigten unterschrieben sind, sind unzulässig.

Die Vor schläglisten dürfen nur von wahlberechtigten Verhätendvertretern derjenigen Versicherungsämter unterschrieben werden, auf deren Bezirke sich die Wärtnerberufsgenossenschaft erstreckt. Bei jeder Unterschrift ist anzugeben, welchem Verhätendvertreter der Unterzeichner als Verhätendvertreter angehört. Jede Vor schlägliste soll möglichst so viel nach § 3 der Wahlordnung wählbare Bewerber benennen, als Verhätendvertreter und Ortsmänner zu wählen sind; nicht Bewerber darf die Liste nicht enthalten. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien- und Vor-Nachnamen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen; auch ist anzugeben, in welchem Betriebe sie beschäftigt sind. Die schriftliche Zustimmung zur Annahme der Wahl ist tunlichst beizufügen.

In jeder Vor schlägliste ist ein Listenvertreter und ein Stellvertreter für ihn zu bezeichnen.

Im Interesse sachdienlicher Gestaltung der Unfallversicherungsvorschriften ist es geboten, daß unter den Vor schläglagenden die hauptsächlichsten Betriebszweige und Betriebsorten sowie die verschiedenen Bezirke der Berufsgenossenschaft vertreten sind.

Jeder Wähler darf nur für eine der zugelassenen Vor schläglisten stimmen.

Berlin, den 13. Juni 1914.

W. 10, Adalgin-Augusta-Straße 28.  
Der Wahlleiter:  
Dr. Schulz, Kaiserlicher Regierungsrat,  
händiges Mitglied des Reichsversicherungsamts.

## Aus Industrie und Handel.

### Die neue französische Anleihe.

Der Anleihegesetzentwurf des Ministeriums Viviani fordert die Ermächtigung zur Emission von 3 1/2 Prozentiger Rente bis zum Betrage von 805 Millionen Frank, von denen 400 Millionen für Heer und Marine und 405 Millionen für die Ausgaben des Reichs bestimmt sind. Da das Heeres- und Marineprogramm 1900 Millionen Frank erfordert, wird eine weitere Milliarde vom öffentlichen Kredit gefordert werden. Der Gesetzentwurf spricht weder von dem Zeitpunkt noch von den Bedingungen dieser Anleihe, doch wird angenommen, daß sie 1915 erfolgen wird.

### Die deutsche Auswanderung im Jahre 1913.

Nach den Vierteljahresberichten der Statistik des Deutschen Reiches belief sich die deutsche Auswanderung im Jahre 1913 auf

25 843 Seelen gegen 18 545 im Vorjahre. Die Zahl der ausgewanderten Frauen beträgt 9175. Von den Auswanderern wanderten sich 25 384 nach Amerika, und zwar 19 124 nach den Vereinigten Staaten, 1906 nach Kanada, 1085 nach Argentinien, 140 nach Brasilien, 3729 nach sonstigen Ländern Amerikas. Nach Australien wanderten 359 aus, nach Afrika mit Einschluß der deutschen Kolonien nur 2. Die deutschen Besühungen in der Südsee werden in der amtlichen Statistik als Auswanderungsziffer überhaupt nicht aufgeführt.

Die meisten Auswanderer stammten aus der Provinz Brandenburg (mit Einschluß Berlins) mit 2253 Seelen, es folgt Polen mit 1742, Westfalen mit 1445, Rheinland mit 1384, Hannover mit 1343, Schleswig-Holstein mit 1014. In den übrigen deutschen Staaten und preussischen Provinzen bleibt die Auswanderungsziffer unter 1000, beim Staate Hamburg wird diese Zahl mit 959 nahezu erreicht.

## Letzte Nachrichten.

### Die Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 16. Juni. (Fortsetzung.) Ministerpräsident Viviani erinnerte daran, daß das Militärgesetz angenommen worden sei, um auf die mächtige Anstrengung eines Nachbarnlandes zu antworten und um dieser eine mächtige Anstrengung Frankreich entgegenzusetzen. (Beifall.) Aber kein Gesetz sei unantastbar; was unantastbar sei, sei der Grundfab der Gleichheit aller im Dienste. Der Ministerpräsident legte dar, daß das ganze militärische Gesetz unbedingt am Tage nach seiner Veröffentlichung anzuwenden sei. Die mit dem Dreijahresgesetz zusammenhängenden Maßnahmen könnten nicht angefaßt werden, solange andere Maßnahmen nicht beständen und erprobt seien. Es genüge nicht, die Gesetze, welche eine Erleichterung der militärischen Lasten vorbereiteten, zu beschließen oder auszuwenden. Die jungen Leute müßten hinaus ins Wandergelände und auf die Schützplätze. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Punkten der Linken.) Vorher könne keine teilweise Erleichterung gewährt werden. Der Ministerpräsident legte Gewicht darauf, mitzutheilen, daß, falls er im Oktober 1915 noch die Macht in Händen habe, er den Jahrgang nicht entlassen werde. (Lebhafter und wiederholter Beifall im Zentrum und auf verschiedenen Punkten der Linken.)

Viviani wandte sich dann an die äußerste Linke mit der Frage, ob die Demokratie ihr nur das eine Mandat gebe, in der ganzen Gesetzgebung nur die Militärfrage zu betreiben. (Rufe: Gewiß, gewiß!) Viviani ging dann das Steuerprogramm und das soziale Programm durch, welches die Mitwirkung der linken Parteien erfordere. Die republikanische Wehrheit dürfe sich nicht zersplittern lassen. Die Regierung rechne auf ihre Unterstützung. (Lebhafter Beifall auf der Linken und verschiedenen Punkten des Zentrums.)

Der geehrteste radikale Offizier sagte, er werde gegen das Kabinett stimmen, dessen Erklärungen das Dreijahresgesetz beschärfen, und das keine Verpflichtung für die Rückkehr zur zweijährigen Dienstzeit eingegangen sei. (Beifall auf der äußersten Linken.) Auf eine Frage, ob Augagneur als Bedingung für seine Mitarbeit die Herabsetzung der dreijährigen Dienstzeit auf dreißig Monate gestellt habe, erwiderte Ministerpräsident Viviani: Die Regierung hat eine Erklärung verlesen, die sie durch ihren Chef hat erörtern lassen. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Viviani erklärte, er nehme die Tagesordnung Breton an. Nachdem diese, wie bereits gemeldet, von der Kammer mit 370 gegen 167 Stimmen angenommen worden war, brachte Finanzminister Rouleux den Anleihegesetzentwurf ein. Die Kammer beschloß, zu seiner Prüfung eine Kommission zu ernennen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Der albanische Aufstand.

Wien, 16. Juni. Die Albanische Korrespondenz meldet aus Durazzo: Achmed Bei Klali hat nach dem Siege über die türkischen Tirana mit 1500 Mann besetzt. Ein Teil der kufständischen, die entlassen wurden, erklärte sich für den Fürsten und hat Achmed Bei Klali, beim Fürsten um Amnestie für sie zu bitten. Ferner meldet die Albanische Korrespondenz aus Balona, daß die fürstentümliche Besatzung von Elbasan, durch Freiwillige verstärkt, am letzten Sonnabend den Versuch machte, die kufständischen im Stambul zurückzudrängen. Südwestlich von Elbasan kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem die kufständischen in die Flucht geschlagen wurden.

Wien, 16. Juni. Wie die Albanische Korrespondenz aus Balona meldet, unternahmen die Regierungstruppen in der Muzakija am Unterlauf des Semensflusses nördlich von Pjeter in drei Gruppen einen Angriff gegen die nördlich des Flusses stehenden kufständischen. Diese zogen sich nach dem Kloster Ardeniza zurück, das eine ausgezeichnete strategische Position bildet. Drei Gruppen der Regierungstruppen sollen nunmehr die kufständischen dort konzentrisch angreifen. Unter den Regierungstruppen herrscht Mangel an Verpflegung und an Sanitätsmaterial.

### Anwachsen der Rebellion in Irland.

London, 16. Juni. Unterhaus. Auf einige an die Regierung über die Streitkräfte der nationalen Freiwilligen gestellte Anfragen erklärte der Chefsekretär für Irland im Auswärtigen Amt, Birrell, die Streitkräfte nähmen um ungefähr 15 000 Mann wöchentlich zu, aber er habe keine genaue Kenntnis über die Zahl der Gewehre, die sie besäßen. Premierminister Asquith sagte, er halte es nicht für wünschenswert, irgendeine Erklärung über die Maßnahmen abzugeben, die getroffen werden sollen, um die Durchführung des Verbots der Einfuhr von Waffen zu erzwingen. Aber diese Maßnahmen würden in Irland allgemein zur Anwendung kommen, und er hoffe, daß sie überall Wirkung haben würden.

### Die Stichwahlen in Luxemburg.

Luxemburg, 16. Juni. Heute fanden die 14 erforderlichen Stichwahlen zur Kammer statt, bei denen 14 liberale und sozialistische Kandidaten gegen die Kandidaten der Rechten obfielen. Die neue Kammer setzt sich danach zusammen aus 23 Liberalen (bisher 22), 6 Sozialisten (bisher 5), 4 Unabhängigen (bisher 1) und 19 Mitgliedern der Rechten (bisher 19).

### Brandkatastrophe in Lüttich.

Lüttich, 16. Juni. Heute nachmittag ist in einer Spinnerei ein Brand ausgebrochen. Die 300 Arbeiter verließen fluchtartig das Gebäude. Zwei Frauen sind verbrannt. Viele Personen wurden verletzt.

### Schwere Betriebsunfälle.

Düsseldorf, 16. Juni. In der hiesigen Maschinensabrik an der Rotherstraße wurden durch Umstürzen zweier Panzerplatten zwei Arbeiter tödlich verletzt.

Wien, 16. Juni. Bei der Explosion eines Kessels in der Lufabrik der Firma Horn G. m. b. H. wurde der Arbeiter Walter getötet, ein anderer schwer verletzt.

Köln, 16. Juni. Der Bauunternehmer Hasbach wurde heute beim Betreten eines Neubaus von einem herabfallenden Balken am Kopf getroffen und war nach wenigen Minuten tot.



# Saison-Ausverkauf

In unserem Stammhause Am Oranien-Platz

stellen wir während des Ausverkaufs in den Abteilungen für

Mäntel \* Jacketts \* Sport-Jacketts \* Strick-Jacken \* Jackett-Kostüme \* Kostüm-Röcke \* Blusen  
Loden-Bekleidung \* Garnierte Kleider \* Jupons \* Morgenröcke \* Matinees \* Kinder-Bekleidung

**große Posten 50% zum Ausverkauf**

Die Preise sind zum Teil bis auf ermässigt.

Ein Posten entzückender <b>Modell-Kostüme</b> darunter auch Seide und Eolienne .....	Jetzt M.	24 <sup>00</sup>	39 <sup>00</sup>	54 <sup>00</sup>
Ein Posten fescher <b>Reise-Kostüme</b> Besonders günstiges Angebot. Stoffe englischer Art und Kammgarn	Jetzt M.	13 <sup>50</sup>	21 <sup>00</sup>	33 <sup>00</sup>
Ein Posten schicker <b>Kostüm-Röcke</b> darunter Alpaka, Frotté, Fantasiestoffe, entzückende Muster und reizende Fassons .....	Jetzt M.	2 <sup>90</sup>	5 <sup>90</sup>	7 <sup>90</sup>
Ein Posten eleganter <b>Staub-Mäntel</b> neue Fassons in Popeline und imprägnierten Stoffen .....	Jetzt M.	5 <sup>90</sup>	9 <sup>75</sup>	14 <sup>50</sup>
Ein Posten fescher <b>Uebergangs-Mäntel</b> darunter auch Sport-Paletots in farbig gemustert und weiß .....	Jetzt M.	14 <sup>50</sup>	19 <sup>50</sup>	27 <sup>50</sup>
<b>Sport-Jacken</b> 3 <sup>90</sup> 8 <sup>50</sup> * <b>Gummi-Mäntel</b> 9 <sup>75</sup> 14 <sup>50</sup> * <b>Seid. Moiré-Jacken</b> 14 <sup>50</sup> * <b>Cover-coat-Paletots</b> 15 <sup>50</sup>				
<b>Wollmusselin-Kleider</b> 10 <sup>50</sup> 14 <sup>50</sup> * <b>Volle-Kleider</b> 7 <sup>75</sup> 13 <sup>50</sup> * <b>Woll-Backfisch-Kleider</b> 9 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup> * <b>Seiden-Kleider</b> 24 <sup>50</sup>				
Ein Posten <b>Seid. Trikots</b> und Reinsidene <b>Jupons</b> 7 <sup>75</sup> * <b>Elegante Kinder-Kleider</b> für die Hälfte des Preises!! * <b>Kinder-Mäntel</b> farbig und gemustert .....				3 <sup>00</sup>
<b>Entrückende Voile-Blusen</b> 1 <sup>90</sup> 3 <sup>90</sup> 5 <sup>90</sup> * <b>Moderne Wasch-Blusen</b> 1 <sup>60</sup> 2 <sup>25</sup> 2 <sup>90</sup> * <b>Zurückgesetzte Woll-Blusen</b> 2 <sup>90</sup> 4 <sup>00</sup> 5 <sup>00</sup> * <b>3 Posten Seiden-Blusen</b> 5 <sup>90</sup> 7 <sup>50</sup> 9 <sup>25</sup>				
<b>Loden-Mäntel</b> 14 <sup>50</sup> 22 <sup>50</sup> * <b>Loden-Kostüme</b> 17 <sup>50</sup> 24 <sup>50</sup> * <b>Loden-Capes</b> ... 9 <sup>50</sup> 12 <sup>50</sup> * <b>Kind.-Loden-Capes</b> 3 <sup>25</sup> Jede weitere Größe 50 Pf. mehr				

Ein großer Posten  
**Morgenröcke**  
z. T. einzelne Muster,  
Waschstoffe und Wollmusselin  
3<sup>90</sup> 5<sup>90</sup> 7<sup>90</sup>

## R. Maassen

G. M.  
B. H.

In der Kinder-Abteilung sind die Preise ganz enorm ermässigt!  
**Russenkittel**  
75 Pf. 95 Pf.

## Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 17. Juni 1914.

Anfang 4 1/2 Uhr.  
**Boigt-Theater.** Das Mitternachtsmädchen.

Anfang 5 Uhr.  
**Passage-Theater.** Aino-Barfeld.  
**Polibauer Naturtheater.** Alt-Polibauer.

Anfang 7 Uhr.  
**Deutsches Opernhaus.** Meistersinger von Nürnberg.  
**Cineo Hollendorfer-Theater.** Eine tolle Nacht.

Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Metropol.** Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Mit dem Imperator nach dem Pol.  
**Deutsches Künstler-Theater.** Jeppe vom Berge.  
**Reifung.** Das Märchen vom Wolf.  
**Theater an der Weidenbammer Brücke.** Der müde Theodor.  
**Schiller O.** Mein erlauchter Ahnherr.  
**Schiller Charlottenburg, Heiligenwald.**  
**Berliner.** Wie einst im Mai.  
**Königgräber Straße.** Mr. Su. Kleines. Schönen Hebert.  
**Thalia.** Wenn der Frühling kommt.  
**Notte.** Zwischen Himmel und Erde.  
**Monte Operetten.** Als ich noch im Hängelbeide.  
**Wintergarten.** Ewiglächeln.  
**Reichshallen.** Stettiner Säng.  
**Polib-Theater.** Varieté und Lichtspiel.  
**Berliner Prater-Theater.** Grigi.

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Theater am Hollendorferplatz.** Der Aushäuter.  
**Kuhspielhaus.** Die spanische Fliege.  
**Friedrich-Wilhelmsstädt.** Die Scheidungsehe.  
**Zitien.** Der müde gelbe Rohn.  
**Folies Caprice.** Die Leibwächlerin.  
**Die Amordrögenet.** Das Bett Napoleons.  
**Al - da stau' ich.**

Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Neues Volks-Theater.** Hans Hudeben.  
**Reifung.** Die verfluchte Liebe.  
**Admiralspalast.** Im Tangoklub.

**Schiller-Theater O.** Theater.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
Zum ersten Male:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
Lustspiel in 3 Akten von Alf. Schmieden.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**

**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Heiligenwald.**  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Klein-Eva.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Heiligenwald.**

**Theater in der Königgräber Straße**  
Täglich 8 Uhr:  
**Mr. Wu.**

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
**Wie einst im Mai.**

**Deutsches Künstlertheater**  
Sozialtät.  
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.  
Kasse: Nollendorf 1383.  
Täglich 8 Uhr:

**Jeppe vom Berge.**

**Theater am Nollendorferplatz 5.**  
8 1/2 Uhr:  
**Der Juxbaron.**

**Berliner Humor-Quartett**  
W. Wutzky Oderberger Str. 38

**Friedrich-Wilhelmsstädt. Theater.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Die Scheidungsehe.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Zwischen Himmel u. Erde**  
Anfang 8 Uhr.  
— Auf der Gartenbühne —  
Rund um die Spree. Gr. Revue.  
Vorh: Konzert, Spezialit. Anf. 4 1/2 Uhr

**Luna-Park**  
Täglich Doppelkonzert.  
Beduendorf — Luna-Ballhaus — Scenic Railway  
Zauberstrom Witching Waves  
Eintritt an Wochentagen bis 5 Uhr } frei.  
an Sonntagen 3 " }  
Entree 50 Pf.  
Wirtschaftsbetrieb: Bernhard Hoffmann.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Heute Mittwoch, den 17. Juni 1914:  
**Großes Kinderfest**  
verbunden m. Puppentheater, Bonbonregen, Fackelzug und Verlosung von wertvollen Gegenständen.  
Hauptgewinn für Knaben u. Mädchen: je eine silberne Uhr.  
Außerdem: 16 ersatkl. Varieté-Nummern (vollst. neues Programm).  
Konzert Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf. Varieté 6 Uhr.  
Im neuen Saal: **Großer Ball.**  
Voranzeige! Morgen Donnerstag:  
**Großes Riesen-Brillant-Feuerwerk**

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Sommer noch **Nichelswerder,**  
an der neuen **beim Alten Freund.**  
Deerstraße

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Säng.  
Zum Schluß:  
**Herr Direktor Kuhlcke**  
Urfom. Burleske von Regiel.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.

**URANIA**  
Taubenstraße 40/49.  
8 Uhr:  
(Zum 213. Male!)  
Mit dem „Imperator“ nach New York.

**ZOOLOG**  
ischer Garten  
Täglich ab 5 Uhr:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintrittspreise:  
Zoo 1 M., von 8 Uhr ab 50 Pf.  
Aquar. 1 M. v.d. Str., 50 Pf. v. Zoo  
Kinder unt. 10 Jahr. die Hälfte.  
Neu! Neu!  
**AQUARIUM**  
9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

**WINTER GARTEN**  
Neues Programm!  
**Radjah**  
in ihren Tänzen  
Johnson u. Dean Joannette Denarber  
Ragtime mit ihrem  
Sextett Ballon  
sowie  
10 hervorragende Kunstkräfte  
Entreeplatz wochentags  
M. 0.60.  
— Rauchen gestattet! —

**Berliner Uk-Trio**  
Adr. Neukölln Lahnstr. 74 L

**Metropol-Theater.**  
Abends 7 Uhr 55 prächtige:  
**Die Reise um die Erde in 40 Tagen.**

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
**Die letzten weiblichen Azteken!**  
Der unfesselbare Rappo, der König der Ausbrecher, Aga, die schwebende Jungfrau, Buddhas Geisterlaffel.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

**Admiralspalast.**  
**Eis-Arcana.**  
Die Novität „Im Tangoklub“ und das effektvolle Eisballspiel „Die lustige Puppe“.  
Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.  
Wein- und Bier-Abteilung

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Die Leibwächlerin. Die Amordrögenet. Das Bett Napoleons. Ah - da stau' ich.**  
**Voigt-Theater**  
Badstraße 58.  
Heute Mittwoch:  
**Elite-Tag.**  
Das Mitternachtsmädchen.  
Gr. Ausstattungsküst m. Gef. u. Zehn  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr



Bewerkschaftliches.

Der Christen Sorge.

Durch skrupellose Hege gegen die freien Gewerkschaften, durch elendes Terrorismusgeschrei und Streikbruchtreibereien haben die M. Gladbacher viel dazu beigetragen, den Scharfmachern bei ihrem Sturm gegen das Koalitionsrecht das Rückgrat zu stärken. Allmählich überkommt die Christen ein kleines Grauen vor den Folgen ihrer scharfmacherischen Handlangerdienste. Nur den freien Gewerkschaften, schließlich auch noch den Dirsch-Dunderschen Vereinen sollte ein Strich gedreht werden. So hatte man's gedacht. Nun merken aber schließlich auch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften, welche böse Suppe ihre Führer eingebracht haben. Die Pläne der Scharfmacher, darüber kann man sich nicht mehr täuschen, können und sollen auch den christlichen Gewerkschaften gefährlich werden. Die Mittel, mit welchen die Aufzucht gelber Werkvereine betrieben wird, zeigt deutlich genug, daß das Unternehmertum keinerlei Gewerkschaften mehr dulden will. Den Christenführern schwant Unheil! Wie ihm begegnen? Etwas dadurch, daß man die Arbeiterschaft zum Kampfe aufruft, die Pläne der Unternehmer in ihrer Gemeingefährlichkeit der Öffentlichkeit aufdecken? Im Gegenteil, man beschwört die Scharfmacher, vorsichtig zu sein, damit die Entwicklung der wirtschaftsfriedlichen und harmonieduseligen Bewegung zu starker kapitalistischer Schutzmacht nicht gestört werde. In einem Leitartikel in der „Köln. Volksztg.“ wird in verschwommener Weise der Rat erteilt, die Aktionsfähigkeit der Arbeiterverbände durch Tarifnebel und „staatlich geregeltes Einigungsweesen“ zu unterbinden. Das Blatt schreibt:

„Berghindrie und Handwerk, auf einen verlässlichen Arbeiterstamm angewiesen, haben in den Tarifverträgen in modernisierter Form den Genossenschaftsgedanken, die auch von Bismarck in ihrer Bedeutung voll erfahnte Veräußerungsform irdischer Art, mehr oder minder wieder aufgenommen. Gelänge es, diese Entwicklung zu unterstützen, so wäre das ein Gewinn für unser Zusammenleben von heute noch gar nicht übersehbarer Tragweite.“ Was darunter zu verstehen ist, das wird später halb ausgesprochen:

Neben einem gesunden Mittelstand kommt es dann aber sicherlich auf eine Arbeiterschaft an, die auf Grund ihrer Selbsterziehung fähig ist, sich in die gegebene Ordnung mit kräftigem, aber geordnetem Willen einzufügen. Es gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, zu verhindern, daß diese Selbsterziehung verflümmert. Das geschieht aber, wenn die Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft von positiven Aufgaben abgelenkt und gewaltsam in die Richtung erbitterter Gegnerchaft gegen die sozialen Institutionen gedrängt werden.“

Der tiefere Sinn der Auslassungen ist der: das Scharfmachertum soll nicht durch sein Lärmen und Loben die christlichen Arbeiter rebellisch machen, damit sie nicht von dem Wege zum allmählichen Vergelben abgedrängt werden. Schließlich trauen die Industrieseudalen den M. Gladbachern doch wohl zu wenig, um auf deren Vorträge und Anbiederungen zu hören. Sie pochen auf ihre Macht, und die Werkvereine unter ihrem Kommando sollen die „gegebene Ordnung“ nach ihrem Willen schälen. Dazu braucht und will man keine christlichen Gewerkschaftsführer als Mittelsmänner. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften können aus solchen Vorgängen erkennen lernen, was ihre Führer unter selbständiger christlicher Bewegung und Wahrnehmung von Arbeiterinteressen verstehen. Anders nichts als den Schutz der gegebenen Ausbeuterei!

An die Delegierten zum Gewerkschaftskongress in München.

Die Delegierten werden ersucht, beim Eintreffen in München sich sofort im Empfangszimmer am Hauptbahnhof zu melden, dort

Kleines Feuilleton.

Parademarsch. Es gibt große Karrheiten auf der Welt und diese Karrheiten finden ihre Anhänger. Aber es gibt Karrheiten von solcher Riesenhaftigkeit, daß die größten Karren sie noch auslachen.

In London tagt zurzeit die Heilsarmee. General Booth, dieser bedeutendste Spekulant auf die Dummheit der Menschen, ist tot. Man glaubte feinerzeit, daß mit seinem Tode sein Werk ebenfalls tot sein werde. Irrtum! Die Familie Booth führt das Geschäft weiter und es zentriert sich. Es muß sich zentrieren, denn die Regierungen der verschiedensten Länder unterstützen es — sie sorgen durch mangelhafte Schulen dafür, daß die Dummheit nicht ausstirbt.

So konnte es denn die Leitung der Heilsarmee wegen, einen vierzehntägigen Völkertag nach London einzuberufen, ohne Bedenken zu müssen, einen Mißerfolg zu erleiden. Von allen Ländern und Erdteilen erschienen die, die nicht alle werden, so daß buchstäblich alle Völkerrassen vertreten sind.

Die riesige Albert Hall war für das Hauptspektakelstück des ganzen Kongresses ausgewählt worden. Hier empfing Booths Sohn der Firma „Heilsarmee“ die Delegierten, die zur Tagung erschienen waren. Erschienen waren alle Völkerrassen: Chinesen mit langen Zöpfen und Augen Schlitzen, Korcaner, die sich dem großen General Booths Sohn zu Füßen warfen, mit ihren Stirnen den Boden berührend, Jalu neger und Palagonier, Reges aus den Vereinigten Staaten, Hankees im Sternenträgeranzug, Russen, Schweizer, als Bergführer verkleidet, Tiroler mit Aniehosens und Schweiß, als Bergführer verkleidet, Franzosen, Finnen — kurz — wer zählt die Völker, kennt die Namen, die Dummheit feiernd, hier zu sammenkamen. Sie kamen und führten, neben dem allen gemeinsamen Individuellen, etwas Charakteristisches aus ihrem Lande her. Mit Beifall und andächtigem Staunen wurden die einzelnen Landes- und Völkergruppen begrüßt. Und auch die Deutschen kamen! Kurze, schneidige Kommandos erschallen. Schmetterlingstanz! Pumbumbum! Tararata! Ein Stampfen, als wenn einige hundert Pfalterkammer ihre schweren Köpfe tollmächtig auf den Boden schmettern! Die Deutschen kamen in die Halle marschierend, und führten ihren Parademarsch auf — als das Charakteristische ihres Vaterlandes.

Kein Beifall erscholl; das Staunen verschwand und ein Riesenschrei brach los und erschütterte die riesige Albert Hall in ihren Grundfesten — die großen Karren aus allen Erdteilen lachten die größte Karrheit der Welt aus!

Die Ausstellung der sozialdemokratischen Tagespresse. Eine der bemerkenswertesten Abteilungen auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik ist die Halle für die Tagespresse. Um diese Veranstaltung hat sich besonders der Professor Martin Spahn in Straßburg i. E., der Sohn des bekannten Zentrumsführers ver-

das Mandat abzugeben und die Delegierten- und Wohnungskarten in Empfang zu nehmen. Das Lokalkomitee.

Berlin und Umgegend.

Ablauf des Tarifs in der billigen Konfektion.

In obengenannter Branche des Schneidergewerbes läuft am 31. Dezember d. J. der bestehende Tarif ab. Hierzu nahm am Montagabend eine öffentliche Versammlung der in Betracht kommenden Schneidergehülfen Stellung. Kriente gab in einem kurzen Rückblick ein Bild von den bisherigen tariflichen Verhältnissen, sowie der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der billigen Konfektion. Die Schilderung förderte keineswegs erfreuliche Zustände zutage, und auch der Tarif war nicht instande, mit den Umständen erfolgreich auszuräumen. Insbesondere ist das Zwischmeister-system ein Krebsgeschwür für die Branche. Die Organisation werde auch beantragen, daß die bei den Zwischmeisteren beschäftigten Arbeiter Lohnforderungen stellen werden. Es ist somit unter den bestehenden Verhältnissen selbst den besten Arbeitern bei intensiver Anstrengung nicht möglich, sich ein einigermaßen befriedigendes Auskommen zu sichern. Aus diesen Gründen, sowie auch mit Rücksicht auf die Berufslosigkeit in der Provinz ergebe sich die Notwendigkeit, eine Verringerung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der billigen Konfektion herbeizuführen. Der Referent erörtere im Anschluß hieran die Frage, was zu geschehen habe, wenn der Zeitpunkt des Tarifablaufs gekommen sei. Die Zeit müsse noch ausgenutzt und zur Stärkung der Organisation verwendet werden, damit dieser Tarif, der wohl keinem der Arbeiter Freunde bereitet habe, gekündigt werden könne.

In der Diskussion wurde zum energischsten Kampfe aufgefordert, um eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse zu erzielen. Auch wurde betont, daß die Zwischmeister in der Versammlung so spärlich vertreten seien, da sie doch ebenfalls allen Grund hätten, mit dem jetzigen Tarif unzufrieden zu sein. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. Sie besagt, daß der Tarif von 1911 den wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise mehr entspricht, deshalb soll die Leitung der Organisation alles tun, was geeignet ist, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen.

Achtung, Tapezierer! Wegen Tarifbruch ist die Firma Pütz & Co., Alte Jakobstr. 138, gesperrt. Die Schlichtungskommission.

Deutsches Reich.

Der freie Sonnabendnachmittag in der Textilindustrie.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte an den Reichstag eine Petition mit nahezu einer Viertelmillion Unterschriften gerichtet, in der für die Arbeiterinnen in der Textilindustrie der freie Sonnabendnachmittag gefordert wurde. Infolge des Schlußes der Session ist die Petition nicht mehr zur Erledigung im Plenum des Reichstags gelangt.

Aber die Petitionskommission hat einen Bericht abgefaßt, worin gesagt wird, daß sich die Konvention sächsisch-thüringischer Färbereien und der Verband der deutschen Veredelungsanstalten für baumwollene Gewebe, denen sich neun Firmen in Jittau, Lobau und Reichenau angeschlossen, ferner der Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie und endlich die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände gegen die Forderung des Textilarbeiterverbandes wenden. Infolgedessen hat die Kommission beschlossen, die Petition dem Reichstangler zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Das ist eine Unstabsformel, die man mit anderen Worten so ausdrücken kann: Die Petition wandert in den Reichspapierkorb. Großen Zusätzen haben sich die Textilarbeiter von Anfang an über die gesetzgebende Wirkung der Petition nicht hingeben. Große und kleine Scharfmacher haben einmütig zusammengelassen und eine berechtigte Forderung der Arbeiter. Gerade die Branchen und Orte, die die erbärmlichsten Löhne zahlen — die Färbereien, Fleckereien und Appreturanstalten, Jittau, Lobau, Reichenau, Orte der sächsischen Oberlausitz, wo die Löhne teilweise noch niedriger sind als die berüchtigten „schlesischen Hungerlöhne“ — sind es, die als Käufer im Streit an erster Stelle stehen.

Die Unternehmerorganisationen lassen die in der Petition angeführten Zahlen angewinkeln, damit ist aber nur an dem Kern der Sache vorbeigeredet. Die Zahlen stimmen! In der Petition hieß es: „Ganz besonders stark ist die Verwendung der verheirateten

Frauen in der Textilindustrie. Während im Jahre 1882 50 000 verheiratete Frauen beschäftigt wurden, waren es 1895 schon 85 000, und 1907 war die Zahl auf 113 915 gestiegen. Dazu zu rechnen sind aber noch viele Tausende verheiratet gewesener — verwitweter oder geschiedener — Arbeiterinnen.“ Die nächste Forderung wird vor- ausichtlich eine prozentual noch viel stärkere Anszuwellung beschäftigter verheirateter Frauen bringen.

Diese Zahlen belunden für hunderttausende Arbeiterfamilien Auslösung der Familienbände, Zerrüttung der Gesundheit der Mutter, Vernichtung ihrer Stillsähigkeit und Stümmöglichkeit, Erhöhung der Säuglingssterblichkeit.

Die Forderung, gestellt auf eine breitere Basis, wird wieder- kommen und zwar mit der doppelten und dreifachen Zahl von Unter- schriften. Derweil werden aber die Textilarbeiter und -arbeiterinnen nicht rasten. Agitation und Aufklärung muß noch viel intensiver geleistet werden als bisher. Arbeiterinnen vor die Front! So wird es jetzt heißen. Die Arbeiterinnen müssen in diesem Kampfe an erster Stelle stehen. Um ihre eigene Sache handelt es sich.

Die Klempner in Greifswald stehen in einer Lohnbewegung. Die Innung lehnt die Forderungen und den Abschluß eines Ver- trags ab. Wir ersuchen, den Zuzug von Klempnergesellen nach Greifswald fernzuhalten.

Die Bezugsleistung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Arbeiterentlassungen in der Gothaer Waggonfabrik. Sämtliche ledigen Arbeiter im genannten Betriebe erhielten ihre Kündigung, weil ein großer Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist. Verhandlungen mit der Direktion, die der Arbeiterauschuss in die Wege leitete, konnten an der Anordnung der Betriebsleitung nichts ändern. Es dürften deshalb in Kürze 200-300 Arbeiter zur Entlassung kommen. In dem Betriebe wurde schon das ganze Jahr verkürzte Zeit gearbeitet. Die Fabrik ist mit den modernsten Einrichtungen versehen und sehr leistungsfähig, sie fabriziert auch Flugmaschinen und beschäftigt gegenwärtig etwa 900 Arbeiter.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Wladypool, 13. Juni.

Lehter Verhandlungstag.

Ein deutscher Antrag, die Frage der Tarifverträge in der Textilindustrie der verschiedenen Länder zu untersuchen, wird dem Internationalen Komitee überwiesen.

Zulassungsbedingungen zur Internationalen.

Hanusch-Oesterreich begründet einen Antrag, wonach nur solche Textilarbeiterorganisationen, die die heutige privat- kapitalistische Wirtschaftsordnung bekämpfen, zum Eintritt in die internationale Verbindung berechtigt sind. Er führte aus, daß auf dem Züricher Kongress beantragt worden war, nur „auf dem Boden des Klassenkampfes stehende“ Organisationen zuzulassen. Dagegen hatten aber die Eng- länder Einwendungen erhoben, und zwar mit der Begründung, daß das Wort Klassenkampf — oder vielmehr „Klassenkrieg“, wie man es in England zumeist nennt — in England Mißverständnisse erzeugen könnte, denn in England berufe sich nur eine kleine politische Organisation, die bisher mit der Gesamtarbeiterbewegung auf schlechtem Fuße stand, mit Vorliebe auf den „Klassenkrieg“. Aber gegen den Gedanken selbst hätten die Engländer nichts einzuwenden gehabt. Deshalb beantragte die Oesterreicher nun diese neue Fassung. Es komme lediglich darauf an, Organisationen, wie sie in verschiedenen Ländern des Kontinents bestehen, die sich Gewerkschaften nennen, aber in Wirklichkeit von den Unternehmern ins Leben gerufen wurden, um die Arbeiter gegen- einander zu hegen, wie gelbe, nationale oder christliche Organisationen von der Internationalen fernzuhalten.

Sachse erklärt namens der Deutschen, der Forderung zuzu- stimmen.

Die Engländer geben gleichfalls ihre Zustimmung kund, worauf die Resolution einstimmig angenommen wird.

Als Tagungsort des nächsten Internationalen Kongresses wird Lyon (Frankreich) bestimmt.

Zum Sitz des Internationalen Sekretariats wird wieder England bestimmt.

Nach Schlußreden des deutschen Vertreters Köffel und des Internationalen Sekretärs Shaw wurde der Kongress unter dem Gesang des Sozialistenmarches geschlossen.

dient gemacht, der wohl damit für ein von ihm geplantes Zeitungs- museum die Grundlage schaffen wollte. Es muß anerkannt werden, daß Spahn mit bemerkenswerter Objektivität zu Werke gegangen ist.

Das „Leipziger Tageblatt“ veröffentlicht nun eine ausführliche Besprechung dieser Zeitungsausstellung, die besonders für die sozial- demokratische Partei recht schmeißelhaft ist. Sammelausstellungen habe nur die konservative Partei, die nationalliberale Partei und die Sozialdemokratie veranstaltet. Vom Zentrum sind nur „Kölnische Volkszeitung“, „Augsburger Postzeitung“ und „Schlesische Volkszeitung“ in einer Reihe vertreten, von den anderen Parteien haben einzelne größere Blätter, die „Frankfurter Zeitung“ und „Hamburger Nachrichten“ ausgestellt. Beim Zentrum, so sagt der Bericht des „Leipziger Tageblatts“, fehle jeder Versuch einer systematischen Darstellung der Entwicklung und des Umfangs der ges- amten Zentrumspreffe. Dasselbe sei von der konservativen Presse zu sagen. Keine einzige Ziffer, kein einziger statistischer Hinweis gebe Auskunft über Verbreitung und Umfang der konservativen Presse. Nicht ohne pikanten Reizgeschmack wirke es, daß sich unter den hier vertretenen Zeitungen auch die „Deutsche Tageszeitung“ eingeschleift habe, die doch sonst nicht selten auf ihre Selbständigkeit gegenüber der konservativen Partei pochte. Und dann heißt es in dem liberalen Blatt von der sozialdemokratischen Ausstellung:

„Während in der Reihe der konservativen Presse das tägliche Auswechseln der einzelnen Zeitungen zu wünschen übrig läßt, muß man der sozialdemokratischen Presse in dieser Beziehung außer- ordentliche Promptheit nachrühmen. Ueberhaupt macht diese Ab- teilung — eine Doppelseite — den Eindruck sorgfamen, ziel- bewußten Aufbaues und zweckmäßiger Anordnung. Die Druck- der ältesten sozialdemokratischen Blätter sind neben den ersten Auf- lagen bekannter Väter sozialdemokratischer Führer unter Glas und Rahmen aufbewahrt; beleuchtete Glasbilder gestatten einen Blick in das Innere der sozialdemokratischen Druckereien, und auf Tafeln mit geistlich ausgemachten graphischen Darstellungen offenbart sich die riesenhafte Entfaltung der sozialdemokratischen Presse. An 110 Parteiblättern sind 291 Redakteure, 88 Geschäftsführer, 425 Expedienten, Internatensammler und sonstige kaufmännische Angestellte, 3044 Seher, Drucker usw., sowie 8708 Zeitungsaussträger beschäftigt. Konservativere Kreise haben die Zulassung dieser Ausstellung peinlich empfunden. Wenn aber der wissenschaftlichen Erkenntnis des Zeitungswesens gedient werden sollte, so dürfte kluge Vorurteils- losigkeit die sozialdemokratischen Blätter nicht ausschließen — und wäre es auch nur, um gewissen bürgerlichen Blättern zu zeigen, wie sehr die Opferfreudigkeit der Parteigenossen der sozialistischen Presse gebietet hat, und was anderswo noch zu tun übrig bleibt. So kann letzten Endes die sozialdemokratische Abteilung im Sinne des Goetheischen Wortes wirken, daß sie ein Teil jener Kraft ist, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“

Der Verfasser der Besprechung wollte wohl mit seinem letzten Satz der Sozialdemokratie einen Lieb verzeihen; in Wirklichkeit spricht er damit nur die Erkenntnis aus, daß die sozialdemokratische

Presse sich trotz aller Verfolgungen durch das Bürgerthum überaus kräftig entwickelt hat.

Drahtlose Telegraphie vom Freiballon aus. Bis jetzt konnte man nur Vorrichtungen, die das Auffangen drahtloser Nach- richten vom Freiballon aus möglich machten. Bei der Ludwigshafen Empfangsantenne wird ein Drahtkreis im den Reaktor des Ballons gespannt, dessen Ende nach den im Ballonkorb befindlichen Empfangsapparaten geführt wird. Von diesen aus hängt ein 100 Meter langer Draht nach unten, der seinerseits wieder mit dem Draht- kreis verbunden ist. Zum Ausfinden von Depeschen erscheint diese Anordnung weniger geeignet, da zu diesem Zwecke das um den Ballonquadrat führende Drahtseil mit sehr großer Spannung ge- laden sein müßte und diese leicht durch Funkenbildung eine Explosion des Ballons herbeiführen könnte. Nun hat, wie die „Welt der Technik“ berichtet, der königl. sächsische Verein für Luftschiffahrt mit dem Ballon „Wettin“ Versuche über die Ausgestaltung einer Sende- antenne angestellt, die diese Gefahren vermeidet.

Der obere, gleichfalls aus einem Drahtkreis bestehende Teil der Antenne ist hier nicht dicht am Ballon angebracht, sondern hängt etwa in der Höhe des Korbes wagrecht an Seilbänden, die vom Ballonquadrat herabhängen und mit dem Drahtkreis mittels Porzellan- isolatoren verbunden sind. Das Ende des Drahtkreises ist wieder mit den Empfangsapparaten im Ballon verbunden, von denen aus gleichfalls ein 0,8 Millimeter starker und 100 Meter langer Draht frei in die Luft nach unten hängt. Mit dieser Einrichtung gelang es nicht nur Depeschen ebenso gut wie mit der vorher geschilberten aufzunehmen, sondern auch solche abzuschicken. Es ist dabei allerdings nötig, die Funkenstrecke gut einzuschließen, damit keine Ent- zündung des Gases eintritt. Auch ist das Abfinden von Depeschen nur möglich, wenn der Ballon sinkt oder sich in Gleichgewichtslage befindet. Bei einem Steigen des Ballons, wobei nach unten Gas entweicht, ist die Gefahr einer Entzündung zu groß.

Daß es von großem Werte sein kann, vom Freiballon aus drahtlose Nachrichten zu übermitteln, liegt auf der Hand. Es können dadurch unter Umständen Ballonunglücke verhindert werden; das Ueberfliegen verbotener Grenzen kann durch entsprechende Anfragen vermieden, Beobachtungen über meteorologische Verhältnisse usw. auf schnellstem Wege übermittelt werden. Vor allem im Kriegsfalle wird ein mit drahtlosem Sendeapparat ausgestatteter Ballon außer- ordentlich wichtige Dienste leisten können.

Notizen.

— Ein neues Drama Maxim Gorlks. Einer Meldung aus Petersburg zufolge arbeitet Maxim Gorlks gegenwärtig an einem neuen Drama, dessen Stoff dem Arbeiterleben entnommen ist und das den Titel „Neue Menschen“ führen wird.

— Ein „Simon“-Verbot. Bedenkliches Drama „Simon“, das in Berlin und Wien unbeanstandet gegeben wurde und dem- nächst im Münchener Schauspielhaus zur Aufführung gelangen sollte, wurde von der Zensur verboten. Ernst Possart vor allem soll den Streich geführt haben.



# Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Hamburg, 15. Juni.

Die Verhandlungen des 19. Verbandstages nahmen Montag früh ihren Anfang. Zunächst erläuterte Verbandsvorsitzender Schel den gedruckt vorliegenden

## Geschäftsbericht des Vorstandes,

worans wir folgendes anführen. Die Krise ist auch am Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter nicht spurlos vorübergegangen. Zwar ist kein Mitgliederverlust eingetreten, doch hat sich das Tempo der Verbandsentwicklung wesentlich verlangsamt. In den Jahren 1910/11 konnte ein Mitgliedererwerb von 9000 gebucht werden. 1912 wurden noch 3000 neue Mitglieder gewonnen, 1913 waren es aber nur noch 582. In der zweiten Hälfte des letzten Jahres war sogar ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Diese Erscheinung ist ebensosehr das Resultat des schlechten Geschäftsganges, als das der technischen Entwicklung. Aufstöße großer Betriebe und Stilllegung von Brauereien waren keine Seltenheit. In den Mühlenbetrieben macht sich die technische Entwicklung nicht minder deutlich bemerkbar. Wo ehemals 100 Arbeiter ihr Brot verdienen konnten, werden heute nur noch 20 Arbeiter gebraucht. Mit Rücksicht auf diese Umstände kann es wohl befriedigen, wenn der Verband in den beiden Jahren seine Mitgliederzahl von 47 669 auf 51 321 (darunter 1431 weibliche) steigerte.

Bei den Lohnbewegungen tritt auch im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mehr und mehr zutage, daß der Unternehmer durch den „juristisch gebildeten“ Sekretär als Unterhändler erweist, was dem ruhigen Verlauf der Bewegungen nicht förderlich ist. Der Umfang der Bewegungen war geringer als 1910/11, doch sind die Erfolge im Verhältnis nicht geringer. Es wurden 745 Angriffsbewegungen in 1800 Betrieben und mit 83 896 beteiligten Personen geführt. In 97 Fällen kam es zu Streiks, an denen 3630 Personen beteiligt waren.

Die Tarifverträge erlangen eine immer größere Bedeutung. In den beiden Jahren wurden 618 Verträge abgeschlossen beziehungsweise erneuert, so daß am Jahresabschluss 1913 1008 Verträge für 1854 Betriebe und 59 911 Personen Gültigkeit hatten. Die Unternehmer erstreben eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Tarifverträge und möglichst einheitliche Ablaufstermine für größere Gebiete.

Die gesamten Einnahmen des Verbandes im Laufe der beiden letzten Jahre belaufen sich in runden Summen auf 2 400 000 M. und die Ausgaben auf 1 956 000 M. Das Vermögen in der Hauptkasse stieg von 1 168 000 M. auf 1 700 000 M. Für die Krankenunterstützung wurden 465 000 M., für die Arbeitslosenunterstützung 177 000 M., für Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen 146 000 M. und für alle Unterstützungen insgesamt 937 000 M. verausgabt. Für die Agitation mußten 114 000 M. und für die Lohnbewegungen 179 000 M. ausgegeben werden.

In der

## Debatte,

die dem mündlichen Bericht Schels folgte, beanstandet Hehn-Sonnenberg die hohen Verwaltungskosten. Schon auf 800 Mitglieder komme ein Beamter. Die Karenzzeit bei der Krankenversicherung hätte nicht verkürzt werden dürfen. Wichtiger sei es, bei langer Krankheit und bei Arbeitslosigkeit mehr zu helfen. — Schard-Wiesefeld meint, die Grenzstreitigkeiten müßten kühl behandelt werden, aber nach dem Schiedsspruch seien die Verhältnisse kaum haltbar. Wenn das wahrgemacht werden solle, was aus dem Kölner Verbandstage der Transportarbeiter gefagt worden sei, so werde der Verband wissen, was er zu tun habe. Das Ziel der Entwicklung müsse der Industriebund sein. — Jakob-München erklärt den Mitgliederrückgang in München, der darauf zurückzuführen sei, daß einige Gruppen bei der Lohnbewegung zu kurz gekommen seien. Die Hauptursache des Rückganges aber seien die großen technischen Fortschritte. Diese Entwicklung werde auch in der Folge noch andauern. — Goldammer-Chemnitz verlangt, daß dem Arbeitssachverstand größere Beachtung geschenkt werde. In der Brauindustrie nehme das Scharfmachertum immer mehr zu. Oft werde die Krankheit eines nichtschickigen Arbeiters dazu benutzt, ihn zu mahregeln. — Döschler-Leipzig erörtert die Differenzen der Leipziger Kollegen mit dem Vorstande in der Frage der unberechtigten Vorenahme. Der Vorstand sei zu schaff vorgegangen. — Vorsitzender Schel stellt fest, daß das Firular über die unberechtigte Vorenahme vom Gesamtvorstande herausgegeben worden sei. — Gräbke-Mannheim und Bräuner-Leipzig kritisieren das mangelhafte Entgegenkommen der Genossenschaften. Die Großkaufgesellschaft müsse weit mehr Rücksicht auf die Interessen des Verbandes nehmen. Oft lieferten gerade die reaktionärsten Firmen an die Genossenschaften. Nur wenige Konsumgenossenschaften machten in der Stellung zum Verbande eine Ausnahme. Die Vermittlung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gehe oft so langsam vor sich, daß die beste Zeit ungenutzt für die Bewegung verstreiche.

Nach der Mittagspause übermitteln ausländische Vertreter die Grüße der verschiedenen Bundesorganisationen. Es sind erschienen: Gupperl-Oesterreich, Schifferstein-Schweiz, Paulsen-Dänemark, Blocher-Frankreich; angemeldet ist noch Krutz-Dolland.

Die Debatte über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt. Das unerschrockene Verhältnis zu den Genossenschaften wird von einer ganzen Anzahl Redner erörtert. Der zweite Vorsitzende, Kämpfer-Berlin, erklärt, er bedauere, als alter Genossenschaftler sagen zu müssen, daß 90 Proz. der vorgebrachten Klagen berechtigt seien. Von dem Abkommen hätten nur die Genossenschaften den Vorteil, aber diese könnten doch nicht von sich aus bestimmen, welche Betriebe geregelt seien. Eine keine Besserung des Verhältnisses sei eingetreten, nachdem eine Konferenz mit der Generalkommission stattgefunden. Verschiedene Redner äußern sich zu organisatorischen Angelegenheiten.

Damit ist die Debatte erschöpft und die weiteren Verhandlungen werden auf Dienstag verlagert.

## Kennbahnkorruption.

Die Bestechungsmandate zwischen Gendarmenwachmeister und Buchmachern auf den Berliner Fernbahnen wurden gestern in der Berufungsinstanz vor dem Oberkriegsgericht des Gouvernements aufgedeckt.

Schon einmal hatte sich das Kriegsgericht der II. Gardedivision mit der auffallendsten Affäre zu beschäftigen. Die sechsstägige Verhandlung sollte damals ein Gesamtbild ergeben, auf Grund dessen der Gerichtshof zu einer Verurteilung zweier Angeklagter gelangte. Die Gendarmenwachmeister Haneberg und Suchland, die nacheinander dreiviertel Jahre in Untersuchungshaft saßen, wurden im Sinne der Anklage für schuldig erkannt und Haneberg zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis, Suchland zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Ferner wurde gegen beide auf Degradation und Aussperrung aus der Gendarmerei erkannt. Der gleichfalls angeklagte Gendarmenwachmeister Erzleben wurde freigesprochen. Für seine Person war nach Ansicht des Gerichts nicht der volle Beweis seiner Schuld erbracht worden. Der Vertreter der Anklage hatte hohe Zuschußstrafen gegen alle drei beantragt. Er hat Verurteilung eingeleitet, weil seinen Anträgen nicht voll entsprochen. Die beiden Verurteilten haben mit dem Antrag auf Freisprechung sich an das Oberkriegsgericht gewandt.

Auch gegen Nichtangeklagte hat die Affäre zum Einschreiten der Behörde Veranlassung gegeben. Bei dem Prozeß vor dem Kriegsgericht waren mehrere höhere Offiziere der Gendarmerei händig anwesend, um sich den Lauf der Verhandlungen mit anzuhören. Die Brigadewerksverwaltung hat nun auf Grund des Ergebnisses des Prozesses umfangreiche Verrechnungen von Beamten vorgenommen.

Es wurden nicht weniger als 126 Gendarmenwachmeister aus der Umgebung Berlins verfest. Die Hoppegartener Kennbahngendarmen wurden sämtlich von der Verfestung betroffen. Viele völlig Unbeteiligte mögen darunter gewesen sein. Einem Wachmeister, der in Grunewald stationiert war, ist die Verfestung dezzart nahe gegangen, daß er Selbstmord verübt hat; er ist als ein unschuldiges Opfer der Bestechungsaffäre zu betrachten.

In der um 12 Uhr vor dem Oberkriegsgericht beginnenden Verhandlung führt Oberleutnant Bubbede vom Großen Generalstab den Vorsitz. Als Verhandlungsleiter fungiert Geheimrat und Oberkriegsgerichtsrat Dr. Blafawald und als Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Tschierschke. Die Verteidigung der Angeklagten haben die Rechtsanwältin Justizrat Winterfeld, Justizrat Dr. Barnau und Rechtsanwalt Ulrich übernommen. Es sind etwa sechzig Zeugen und Sachverständige geladen.

Vor Eintritt in die Verhandlung stellt Justizrat Dr. Barnau den Antrag, den Sachverständigen Oberleutnant Schmidt wegen Beforgnis der Befangtheit abzulehnen. Verteidiger: Nach den ihm zugegangenen Berichten habe der Herr Sachverständige bei einer Kontrolle die Angeklagten als Verbrecher bezeichnet, und er werde schon dafür Sorge tragen, daß sie schwer bestraft würden. Oberleutnant Schmidt: Ich kann mich nicht als befangen erklären. Ich habe nur gelegentlich zweier Dienstverrichtungen die Beamten auf ihre Pflichten hingewiesen, und ich habe dabei angedeutet, daß demjenigen, der sich gegen die betreffenden Paragraphen vergangen hat, Zuchthaus drohe. Ich habe die Gendarmen aufmerksam gemacht, daß sie nicht aus falsch verstandener Kameradschaftlichkeit die Kameraden schützen und von etwaigen Anzeigen Abstand nehmen dürfen. Im Laufe der Zeit bin ich zu anderer Ansicht gekommen und habe mehr Einsicht in die Nothwendigkeiten der Buchmacher gewonnen. Auf die Frage, ob sich der Oberleutnant für befangen erkläre, bekennt er, daß er sich allerdings eine Meinung gebildet habe.

Der Gerichtshof beschließt nach längerer Beratung, den Ablehnungsantrag für begründet zu erachten. Er lehnt den Sachverständigen als befangen ab.

Oberleutnant Schmidt verläßt hierauf den Saal. Der Verhandlungsleiter beginnt sodann mit der Berichterstattung. Er verliest noch einmal die Anklage und das erstinstanzliche Urteil.

In scharfen Worten wird in dem ausführlichen Urteil das Gebahren der Wachmeister Haneberg und Suchland gegeißelt. Es wird darin auf eine unter dem Titel

## „Kennbahnkorruption“

in der „Zeit am Montag“ erschienene Artikelserie aufmerksam gemacht, die sich mit den Zuständen in Hoppegarten speziell beschäftigt, und in der der Gendarmerei schwere Vorwürfe gemacht werden. Zwei Buchmacher waren an den Zeitungsverleger herangetreten und hatten sich über ungerechte Behandlung auf den Kennbahnen beschwert. Sie würden alle Augenblicke „genommen“ und die anderen Buchmacher lasse man stehen, weil sie Geschenke machten. Es wurden durch Herrn Haack selbst Beobachtungen angeestellt, und erst dann folgten die Artikel. Durch weitere Anzeigen wurde man schließlich zur Verhaftung der Angeklagten veranlaßt. Ausführlich geht dann das Urteil auf die einzelnen Bestechungsmandate ein. Es heißt dann weiter, daß das Gericht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß einzelne Beamte auf den Kennbahnen mit ihren Anzeigen parteiisch vorgegangen sind.

Das Urteil beschäftigt sich auch eingehend mit dem Zeugen Gendarmenwachmeister Schulz. Es heißt u. a.: Wachmeister Schulz war ein Neuling auf der Kennbahn. Er sollte mit in das „herrschende System“ hineingezogen werden.

Mit Dreistigkeit wurde gegeben und genommen, und die Angeklagten ließen gewisse Buchmacher unbedenklich. Es herrschte ein System seit längerer Zeit, seit mindestens 1912. Strafschärfend mußte in Betracht gezogen werden, daß die Angeklagten die Buchmacher, anstatt ihnen zu Leibe zu gehen, beschützten, damit sie ihr verbotenes Gewerbe ausführen konnten.

Bei der

## Vernehmung der Angeklagten

betont Gendarmenwachmeister Haneberg auch jetzt seine Unschuld. Der Buchmacher Friedländer habe die volle Unwahrheit ausgesagt, nicht minder der Wachmeister Schulz. Verhandlungsleiter: Was sagen Sie zu dem Ausdruck: „Die Kerls müssen „Miete“ zahlen?“ Angeklagter: Der Ausdruck mag gefallen sein. Unter Miete ist aber nur das zu verstehen, was den Buchmachern bei Festnahmen abgenommen und dem Staate als verfallen erklärt wird. Auch die Vorgänge beim Dinnenfuchen im Gehölz, bei denen ebenfalls „gepißt“ worden sein soll, sucht Haneberg als harmlos hinzustellen. Verhandlungsleiter: Wie kommt es nun, daß die Leute fast alle die Aussage verweigern? Warum sagen sie nicht aus, wir haben Haneberg nichts gegeben? Angeklagter: Die Leute wollen mich nur unschuldig machen. Herr Geheimrat, ich kann beim besten Willen beteuern, daß ich niemals auch nur einen Pfennig von Buchmachern bekommen habe. Man kann die kleinen Buchmacher weit eher fassen als die großen. Die letzteren haben mehr Hilfskräfte als die kleinen, und aus diesem Grunde kann man sie viel schwerer nehmen. Nicht etwa deshalb sind sie weniger genommen worden, weil sie, wie behauptet wird, Geld gegeben haben.

Auch der Angeklagte Suchland erklärt, er sei unschuldig. Ueber die einzelnen Vorgänge vernommen, gibt der Angeklagte dieselben Erklärungen wie Haneberg. Auch die Angaben des belasteten Zeugen Wachmeisters Schulz stellt der Angeklagte als unwahr hin und erklärt, daß Schulz ihm eher zu Danks verpflichtet sei. Der Verhandlungsleiter meint demgegenüber, daß dieser Umstand gerade gegen die Angeklagten spreche.

Der Wachmeister Erzleben bestreitet ebenfalls, sich in irgendeiner Weise schuldig gemacht zu haben. Wenn er bei seinen ersten Vernehmungen anders ausgesagt habe, so liege das daran, daß er damals krank war und nicht recht wußte, was er sagte. Das Geld, das man bei ihm vorgefunden, habe er auf ehrliche Weise erworben.

In der

## Beweisaufnahme

wird zunächst der Sachverständige Kriminalkommissar von Mantuffel vernommen. Er bekennt, daß er seit zwanzig Jahren mit seinen Kriminalbeamten das Gebiet der Kennbahnen bearbeitet. Wie hatten nur eine beschränkte Zahl von Beamten zur Verfügung, und ich legte keinen Wert darauf, lange Beobachtungen zu machen, sondern die Buchmacher einfach von den Kennbahnen fortzunehmen. Man habe die Beobachtung gemacht, daß lange Beobachtungen nicht viel Zweck hätten, und daß die Leute ja doch immer wieder auf die Kennbahnen zurückkämen. Bei dem lukrativen Geschäft lag den Leuten nicht viel an der Verurteilung zu Geldstrafe. Die Kriminalbeamten fielen daid sehr unangenehm auf, und einmal wollte man in Westend einen Beamten todschlagen. Es gab damals einen an Landfriedensbruch grenzenden Erzeß. Unter diesen Buchmachern, die damals von den Bahnen gewiesen wurden, befanden sich auch solche, die hier ihre Kasse verweigern. Daß die größeren Buchmacher schwerer zu fassen sind als die kleineren, bezeugt der Sachverständige. Sie hätten mehr Hilfskräfte zur Verfügung, ob sie aber auch durch die Vergabe von Geldern weniger genommen wurden als die kleineren, könne er nicht sagen. Die Kriminalbeamten müßten sehr geschloffen die Kennbahnen verlassen, und keiner durfte ein Lokal am Orte aufsuchen. Es wurde alles bemerkt, um die Kriminalbeamten mit den Buchmachern nach dem Kennen in Berührung zu bringen. Der Sachverständige fügt dann aus, daß die Buchmacher einen förmlichen

## Spannerdienst

auf ihre Kosten eingerichtet hätten. Es wurde überall „gepiffen“. Ein Buchmacher äußerte einmal zu ihm: „Herr Kommissar, geben Sie sich keine Mühe. Wir wissen ja doch, wenn Sie von Berlin

abfahren, welchen Zug Sie benutzen und wann Sie die Kennbahn betreten!“ Tatsächlich sei von M. überall „gepiffen“ worden. Man habe ihn ständig überwacht.

Rechtsanwalt Ulrich stellt eine Reihe von Beweisfragen, die sich besonders auf das Milieu des Gesamtbildes erstrecken. Durch Zeugen könne bekundet werden, daß der Hauptbelastungsszeuge Wachmeister Schulz schon vor der fraglichen Zeit, im Jahre 1912, von einer Reihe von Buchmachern Geld bekommen hat. Diese Zeugen wollen jedoch ihre diesbezüglichen Aussagen verweigern. Ferner beantragt der Verteidiger, eine Reihe von Kameraden der Angeklagten zu laden, die bekunden würden, daß die Angeklagten auf den Kennbahnen ohne Unterschied zugegriffen hätten, und daß ihnen nichts von den sogenannten zwei Gruppen aufgefallen sei. Außerdem beantragt der Verteidiger, noch eine Reihe weiterer Entlastungszeugen vorzuladen. Das Gericht behält sich einen Beschluß nach vor.

Der Gendarmehauptmann von Gernidi und der Oberwachmeister Heinemann wiederholen ihre Aussagen aus erster Instanz. Der letztere betont insbesondere: Ich sagte mir, es müßten Unregelmäßigkeiten vorkommen, und wollte Beobachtungen anstellen, doch kam dann der Vorgang in Hoppegarten, bei dem Friedländer Beschuldigungen gegen Beamte erhob. Das nächstmal ließ ich Friedländer nehmen, und auch diesmal erhob er Vorwürfe wegen Bestechung. Namen bestimmter Beamter nannte er jedoch nicht. Ich gebrauchte Redensarten, wie: Dem einen sind die Pfundstücke nur so durch die Taschen geflogen“, „die Gendarmen nehmen alle“. Bald darauf sei Wachmeister Schulz an ihn herangekommen, um ihm eine Meldung zu machen. Schulz habe dann die Sache mit den 160 M., die ihm die Buchmacher zugestellt, erzählt. Auf den Vorwurf des Oberwachmeisters, warum er das Geld so lange in der Tasche herumgetragen und die Sache nicht gleich gemeldet habe, erklärte Sch. damals, er habe erst noch weitere Ermittlungen anstellen wollen. Nach der Auffassung des Zeugen ist in dem Ausdruck

## „die Kerls müssen doch Miete bezahlen“

nur etwas Unlauteres zu verstehen. Der Zeuge habe auszufehen, daß die Buchmacher, die von den Angeklagten gebracht wurden, „zu Nein“ waren.

Die Sitzung wird sodann auf heute vormittag verlagert.

## 11. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Zweite Hauptverhandlung.

Bremen, 16. Juni 1914.

Den Hauptgegenstand der heutigen Schlußverhandlung des Genossenschaftstages bildeten die

## neuen Tarifverträge,

die mit dem Verband der Transportarbeiter und mit dem Verband der Bäcker abgeschlossen werden sollen.

Referent war Dr. August Müller-Hamburg: Es hat viel Arbeit, Mühe und Entgegenkommen von beiden Seiten bedurft, um den Tarifverträgen die Gestalt zu geben, in der sie jetzt Ihnen vorliegen. Zum erstenmal waren von beiden Seiten Praktiker an den Verhandlungen beteiligt. Mag ihre Teilnahme die Verhandlungen auch nicht abgekürzt haben, so wird man doch nicht sagen können, daß hier Arbeit vom armen Tisch aus vorliegt. Eine Besonderheit war diesmal die Ausarbeitung eines Gegenvorschlages der Genossenschaften, der so zustande gekommen ist, daß die einzelnen Einkaufsvereinigungen zusammentraten, Vorschläge entwickelten und die Tarifkommission sie dann beriet und das Ergebnis als Gegenvorschlag aufstellte. Die Befürchtung, die anfänglich vorhanden war, daß die Verhandlungen an den hohen Forderungen der Gewerkschaften scheitern könnten, hat sich als hinfällig erwiesen. Immerhin erwähnte die Fülle dieser Gegenforderungen die Verfrämigung. Es ist menschlich begreiflich, daß Wünsche laut wurden, die nicht ohne weiteres erfüllbar sind. Das soll kein Vorwurf sein. Absolut mögen die Löhne recht gut eine Aufbesserung ertragen; relativ liegt es anders. Dazu kommt, daß in den Kreisen der Angestellten der Ueberfluß der Konsumbetriebe gleichgesetzt wird mit dem Gewinn aus privatalphabetischen Unternehmungen, und da kommt es doch nicht darauf an, wenn dieser durch ein paar Paar Löhne gekürzt wird. In Wirklichkeit aber sind das bei uns keine Ueberflüsse im privatalphabetischen Sinne. Sie stellen zunächst ein von den Mitgliedern über den wahren Preis der Ware hinaus gezahltes Plus dar, das ihnen zurückerstattet wird. Ein etwas naives Empfinden hammerschlag aber an das unmittelbare Sichtbare und kommt so zu falschen Schlüssen. Es ist verständlich, wenn man, populär gesprochen, den Mund zunächst etwas voll genommen hat, aber tatsächlich ist es nicht richtig, wenn etwas mehr gefordert wird. Abgehandelt wird ja doch immer. Aber wenn man schon dreiviertel Jahre vor den eigentlichen Verhandlungen seine Forderungen aufstellt, macht man sich immer mehr mit dem Gedanken vertraut, wie schön es eigentlich wäre, wenn alles verwirklicht würde. So werden die Hoffnungen zurückgeschraubt, daß nachher die Enttäuschung um so größer ist. Wir haben unsern Gegenvorschlag vorher nicht veröffentlicht. Die Gewerkschaften haben sich ihre Situation, ihren eigenen Mitgliedern gegenüber durch die entgegengesetzte taktische Maßnahme etwas erschnürt. Vielleicht machen sie es in Zukunft anders. Es kommt hinzu, daß die Konsumvereine, wenn sie höhere Löhne und längere Arbeitszeit gewähren, nicht die Mittel des Privatalphabets anwenden können, um durch erhöhte Arbeitsleistung den Arbeitern wieder abzunehmen, was sie ihnen zuunehmen ließen. Gewiß ist es richtig, daß längere Arbeitszeit im allgemeinen höhere Leistungen mit sich bringt. Aber dieses Gesetz hat erst Uebergangsperioden zur Voraussetzung, bevor es wirksam wird. Andererseits stehen den Unternehmern Mittel zur erhöhten Leistung zur Verfügung, die die Konsumvereine nicht anwenden können und wollen.

Die bei uns beschäftigten Transportarbeiter und Beamten stellen nur ein Fünftel der Zahl der bei den Konsumvereinen Beschäftigten dar. Der Tarif erstreckt sich nicht ohne weiteres auf die übrigen vier Fünftel, aber eine große Zahl der von ihm geregelten Fragen wirkt weiter und erfährt die übrigen vier Fünftel. Die Befreiung der Konsumvereine ergreift den Gesamtapparat. Die Konsumentenorganisation muß den sozialen Aufstieg aller Arbeiter im weitesten Sinne des Wortes haben. Vorläufig beschäftigen wir in den Konsumvereinen nur einen winzigen Bruchteil der gesamten Arbeiterschaft. Diese wenigen können die Konsumvereine nicht nennenswert über das Niveau hinausheben, das für diese Arbeitergruppe im allgemeinen gilt. Nur den unabhälligen Bemühen der Arbeiterschaft gelingt es, dieses Niveau allgemein zu heben. Die Konsumvereine sind erst ein kleiner Ausschritt dieses Wirtschaftsbauens. Sie haben kein Monopol und ihr Personal hat kein Monopol, und sie müssen den Lohn- und Arbeitsbedingungen der Konkurrenz Rechnung tragen. Die Fragen der Tätigkeit der Genossenschaften, die dem gesamten Aufstieg der Arbeiterklasse gewidmet sind, sollen nicht einem kleinen Bruchteil der Arbeiter ausschließlich zugute kommen. Das ist nicht der Wille der Genossenschaften, noch der Wille der Gewerkschaften. Diesem Gesichtspunkt muß sich auch unsere Tarifpolitik unterwerfen. Die Reizung findet ihre Grenzen dort, wo das Entgegenkommen geschehen müßte auf Kosten der Wirkungslosigkeit der Konsumgenossenschaften im allgemeinen sozialen Entwicklungsprozeß.

Nun zum Inhalt der Tarife. Die Tarife der Transportarbeiter besitzigen zunächst die Möglichkeit einer 9 1/2 stündigen Arbeitszeit für die Auischer. Ihre Arbeitszeit beträgt von nun an überall 9 Stunden und am Sonnabend 8 Stunden. In Streitfragen ist die Entscheidung dem Tarifamt überlassen worden. Der frühere Tarif gab den Auischern die 9 1/2 Stunden Arbeitszeit hatten, das Anrecht auf 1 1/2 M. mehr Lohn in der Woche; der neue Tarif bringt für sie eine Erhöhung auf 2 Mark. Die Konsumgenossenschaften stehen auf dem Standpunkt, daß im Augenblick, wo die Arbeitszeit der Auischer verkürzt wird, die Auischer, die bei längerer Arbeitszeit bisher mehr er-



Wollen, mit ihren Kollegen gleichgestellt werden. Die Genossenschaften stehen auf dem Prinzip, daß eine Arbeitszeitverlängerung nicht durch eine Lohnverlängerung erkauft wird. Die Frage der Auslegung soll dem Tarifamt überlassen bleiben. Zu dem jetzt geltenden Lohn tritt vom 1. August d. J. eine Zulage von 2 Mark und vom 1. August 1916 eine weitere Zulage von 1 Mark. Ueberstunden sollen um 25 Prozent höher als jetzt bezahlt werden. Die bisherige Regelung der Gesamtarbeitszeit bleibt bestehen. Die Verteilung von Frühgebühren, von Risch, Fleisch und Gemüse am frühen Morgen gilt als unter die regelmäßige Arbeitszeit fallend ohne Sonderbezahlung. Das Jahrgeld wird auf 1 Mark 25 Pf. erhöht. Sonstige Arbeiten werden mit 1,50 M. resp. 3 M. vergütet. Die Ferien sind für die großen und kleinen Orte gleichmäßig festgelegt. Ihre Dauer beträgt bis zu jähriger Beschäftigung eine Woche, bei längerer zwei Wochen. Als Ferienwoche gilt die Kalenderwoche; Sonn- und Feiertage, die in die Ferien fallen, gelten als Wochentage. Jeder über 10 Jahre Beschäftigte hat, wenn er in den Genuss der Vergünstigung des § 616 tritt, Anspruch auf Entschädigung für die Dauer von 4 statt 3 Wochen. Die Arbeiter sollen gehalten sein, von allen Arbeiten und Verhinderungen vorher Mitteilung zu machen. Bei militärischen Leistungen wird der Lohn 14 Tage weitzergezahlt. Ferner dürfen bei Verhinderungen bis zur Dauer von 3 Stunden durch Erfüllung kommunaler und staatlicher Pflichten keine Abzüge gemacht werden. Auch hier sollen die Genossenschaften human verfahren und nicht die Uhr in die Hand nehmen. Die Neueinstellung von Arbeitskräften und die Anrufung der Arbeitsnachweise soll durch ein besonders zu vereinbarendes Regulativ geregelt werden. In der Hauptsache bleibt der Grundsatz in Kraft, daß nur die Gewerkschaftsnachweise Kräfte zu vermitteln haben. § 11 des Vertrages bestimmt, daß die beteiligten Parteien vor dem Schiedsgericht zu erscheinen haben und eine Beigerung dem Tarifbruch gleich zu erachten ist. Eine andere Zusammenziehung des Schiedsgerichts ist vorgesehen. Früher war es unparitätisch, da der Vorsitzende des Schiedsgerichts den Vorsitz führte. Es stellt sich da eine zweifelhafte Voreingenommenheit zugunsten der Gewerkschaften ein. Jetzt sollen in den Schiedsgerichten die zwei Vertreter der Gewerkschaften und der Genossenschaften sitzen mit einem Vertreter der Gewerkschaften und einem Vertreter des zuständigen Revisionsverbandes. Können sie sich nicht einigen, so wird von diesem ein siebenter Unparteiischer gewählt, der den Vorsitz zu führen hat. § 12 gibt Sonderabmachungen für einzelne Spezialgruppen, zwischen diesen und den einzelnen Konsumgenossenschaften. Diese Sonderabmachungen sind schriftlich festzulegen und dem Tarifamt einzureichen.

Für den Bäcker gilt das gleiche, was über den Transportarbeiter tarif gesagt worden ist. Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist in ihm nicht erfolgt. Die Bezahlung der Arbeiter für die Wochenfeiertage wird geregelt. Die Lohnaufhebungen erziehen sich auf die Grundlöhne, zu denen die Ortszuschläge hinzutreten. Ueber die Grundlöhne und Ortszuschläge sind Sonderverhandlungen vorgesehen. Die Löhne der Bodmeister sollen, nachdem sich auch unser Generalrat dafür ausgesprochen hat, tariflich gebunden werden. Es ist nicht möglich, alle in Zusammenhang mit den Tarifverhandlungen stehenden Fragen im Tarif selbst zu regeln. Das geschieht im Verhandlungsprotokoll durch Erklärungen der Beteiligten aller derjenigen Genossenschaften, die Bäder oder Transportarbeiter beschäftigen. Diese Protokolle sind allerdings vertraulicher Natur.

Den Genossenschaften werden die Lohnaufbesserungen vielfach als unerträglich erscheinen. Sie machten in der vorigen Tarifperiode 11 bis 13 Millionen aus, mit den Kosten für die Ausdehnung der Ferien bedeutet das eine Steigerung um 10 Proz. Das mag manchem viel erscheinen, aber Tarifrevisionen bringen immer höhere Aufwendungen mit sich und die Genossenschaften selbst sind daran mitschuldig, da sie vielfach freiwillig über das hinausgegangen sind, was der Tarif vordrückt. Eine Aufbesserung der Löhne war aber unvermeidbar. Jedoch kann eines nicht übersehen werden. Die Arbeiten der Gewerkschaften werden um so schwieriger und ihre Erfolge erscheinen um so geringer, je höher die Löhne sind, auf der die Arbeiterschaft steht, für die die Aktionen der Gewerkschaften unternommen werden. Die letzten Jagdabstände, die zur Erfüllung einer Programmforderung zu erkämpfen sind, sind immer die schwierigsten. Die Verwirklichung des Achtstundentages legt den Gewerkschaften dreimal so viel Opfer auf als die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden. Genau so ist es mit den Löhnen. Wir müssen unsere Freunde, den Genossenschaften sagen, daß dieses Gesetz auch für die Genossenschaften als Arbeitgeber gilt. Auch für ihre Zustände gibt es eine Grenze und es wäre unmöglich, diesen neuen Tarif mit einer neuen Belastung von 15 Proz. zu verknüpfen, es müßte denn der kritische Nachweis geliefert werden, daß unsere private Konkurrenz in dem gleichen Maße delatet wird. Bei den nächsten Tarifverhandlungen wird unsere Tarifkontrahenten die Beweislast zu stellen, daß wenigstens eine Annäherung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumgenossenschaften und in den privaten Konkurrenzunternehmen erfolgt ist. Vielleicht verständigen sich die Vorstände künftig ein halbes Jahr vor Ablauf des Tarifs über die Grenzen der Forderungen. Das würde die Verhandlungen erleichtern.

Niemand wird bestreiten, daß es an sich wünschenswert wäre, daß die Löhne und Arbeitszeiten bewilligt werden, die unsere Arbeiter von uns verlangen. Sie könnten das wirklich beanspruchen, zumal die Kaufkraft des Geldes gesunken ist und eine Lohnaufbesserung nur ein Wiederwettmachen der Preissteigerung oder Lebensbedürfnisse darstellen würde. Aber hart im Raume stoßen sie die Sachen. Die Genossenschaften können sich von einem sozialistischen Ideal nicht leiten lassen, sie müssen genau kalkulieren. Nur der ist ein guter Genossenschaftler, der gut rechnen kann. (Zustimmung.) Unsere Leistungsfähigkeit im Konkurrenzkampf wird durch unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht beeinträchtigt werden, und diese Konkurrenz wird immer schärfer. Mit aller Raffinerie stellen die Warenhändler ihre Geschäftsmaximen auf: ein Viertel oder ein Achtel weniger Raben, bei bestimmten Artikeln. Die großkapitalistischen Filialgeschäfte haben jetzt eigene Großverkaufsstellen für Südwestdeutschland geschaffen. Es ist gut, wenn die Gewerkschaften und wenn unsere Angestellten von vornherein wissen, woran sie sind.

In dem Tarifabschluss mit uns liegt für die Gewerkschaften der Wert des Weipfels. Sie zeigten den Unternehmern, daß sie es auch so machen können. Sie brauchen uns als Vorbild, hoffentlich wenden sie es auch an. Sie haben uns so sehr Anlaß dazu, als von dem Nachweis ihres Erfolges bei den Privatarbeitern das Schicksal des nächsten Tarifs abhängig ist. Wir müssen uns alle mit dem Gedanken vertraut machen: Vorbildliche Löhne und Arbeitsbedingungen verpflichten die Arbeiter und Angestellten auch zu vorbildlichen Arbeitsleistungen. (Lachen an einzelnen Stellen.) Wir wollen die Frage nicht zur Diskussion stellen, ob das auch überall geschieht. Da es eben die Pflicht der Leitung, durch ihre Autorität dafür zu sorgen, daß diese vorbildlichen Leistungen erfüllt werden. Zu unseren Tarifkontrahenten habe ich das Vertrauen, daß sie die Autorität der Leitung darin unterstützen werden. Ich empfehle die einstimmige Annahme des Tarifs. Eine Abweichung des Tarifs würde zwar nicht einen Bruch mit den Gewerkschaften und eine Störung des schönen guten Verhältnisses bedeuten. Eine Verständigung über die Arbeiterfragen und über die Abstellung von Mängeln wird den Konsumvereinen um so leichter sein, je ungeklärter das Verhältnis zwischen uns und den Gewerkschaften ist. Unsere Hände können sich nur dann trennen, wenn Lebensfragen der Genossenschaftsbewegung auf dem Spiele stehen. Gewiß ist auch einmal ein Tarifkampf möglich, aber er wird sich in den Formen abspielen, wie sie bei unseren beiderseitigen Ver-

ziehungen angemessen sind. Ich bitte nochmals, dem Tarif Ihre Zustimmung zu erteilen.

In der Diskussion sprach zunächst Professor Staubinger-Darmstadt: Ich freue mich über den Klang in Müllers Worten: Genossenschaften und Gewerkschaften müssen einig sein. Da ist an Lohnkämpfe nicht zu denken. Das ist gerade so, wie wenn ein Huhn dem anderen die Hühneraugen zertröten wollte. Aber die Arbeiter sind doch eingespannt in ein Verhältnis zum Unternehmer. Der Arbeiter sieht noch nicht ein, daß sein Arbeitsverhältnis abhängig ist von der Gesamttätigkeit aller Arbeiter als Käufer und Konsumenten. Als Käufer ermöglicht der Arbeiter den Kapitalisten den Warenabsatz. Nicht die Kapitalisten, die Arbeiter expropriieren sich. Was nützen Lohnerbhöhungen, wenn sie ausgeglichen werden durch höhere Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Wenn es gelingt, auf sozial-genossenschaftlichem Wege die Preise auf das Niveau der achtziger Jahre herunterzudrücken, so erreichen die Arbeiter dadurch mehr, als sie bisher durch Lohnbewegungen erkämpft haben. Sie erreichen dadurch tatsächlich höhere Reallohne. In unseren genossenschaftlichen Betrieben werden Produkte hergestellt, die durch die Gesamtarbeit aller vom Betriebe beschäftigten Arbeiter produziert werden. Und wer realisiert ihren Wert? Die Arbeiter. Sie bekommen nicht als Konsumenten zurück, was sie als Produzenten gegeben haben. Als Konsumenten müssen sie ihren Anteil am Mehrwert nehmen, nicht als Produzenten. Die Arbeiter müssen einsehen, daß der vorliegende Tarif eine genossenschaftlich-gewerkschaftliche Selbstvermittlung sein würde, wenn es nicht gelänge, dieselben Forderungen in Privatbetrieben durchzusetzen. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß die Genossenschaften und die Gewerkschaften wie die beiden Glieder eines Körpers zusammen vorwärtschreiten. (Beifall.) Frau Steinbach-Hamburg: Für uns kleines Kropfzeug, die wir uns in den Genossenschaften bemühen, den Idealismus in die Tat umzusetzen, ist es von Wert, zu wissen, daß die Arbeiter im allgemeinen den Kampf für die sozialistische Gesellschaftsordnung als einen Kampf um höhere Löhne auffassen. Fleißner-Dresden: Ich bitte, dieses Tarifwerk anzunehmen. Zu den Ausführungen des Prof. Staubinger, die mit den Verhandlungen an sich nichts zu tun haben, möchte ich einige Bemerkungen machen, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob der Genossenschaftstag mit diesen verhängnisvollen (Zuruf: sozialistischen!) und falschen Ansichten übereinstimmen. Wir mühen der Genossenschaftsbewegung zu viel zu, wenn wir von ihr annehmen, daß sie die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigen könne. Dadurch geben wir nur unseren Feinden unnötigen Stoff. Wir wollen doch die Kirche im Dorfe haben. Wir wollen gewiß alles tun, was wir tun können, um den minderbemittelten Volksschichten durch die Genossenschaften zu helfen. Aber die Genossenschaften können heute nur im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung Arbeit leisten. (Lebhafte Zustimmung.) Auf die falschen Ausführungen, wie: die Arbeiter expropriieren sich selbst, will ich nicht eingehen. Die Meinung Staubingers unterstellt den Genossenschaften eine liberal-demokratische Utopie. (Sehr richtig!) Es kommt mir vor, als ob sich uns auf Grund von Staubingers Ansichten in jüngster Zeit bürgerliche Kreise anschließen, die es recht gut meinen mögen, die aber mehr Verwirrung als Nutzen stiften. Wir wissen als praktisch arbeitende Leute, daß alle schönen Theorien aus Wolfenludensheim uns nicht weiter helfen. (Bravol.) — Griesbach-Hohenstein erklärt als Vertreter eines kleinen Vereins den Tarif als unannehmbar, weil die Mehrbelastung unerträglich sei. — Lorenz-Hamburg: Das Wichtigste ist, daß die genossenschaftlichen Arbeitgeber durch Festlegung von Arbeitsmethoden dafür sorgen, daß vorbildlich gearbeitet wird. Bei diesen Bestrebungen begegnen wir oft erheblichem Widerstande bei den Arbeitern. Manchmal widersetzen sie sich Einrichtungen, wie z. B. dem Anhängen der Marke, um festzustellen, ob der Mann pünktlich zur Stelle war. Sie meinen, im kapitalistischen Betriebe sei es auch nicht anders. Aber das hilft alles nichts, wir müssen auf diese Regelung halten. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Reiter (Vertreter der Transportarbeiter): Auch auf unserer Generalversammlung in Köln ist gegen einzelne Bestimmungen des Tarifs Sturm gelaufen worden. Freilich meint niemand, daß der Tarif im ganzen abgelehnt werden soll, aber man verlangt die Verbesserung einzelner Bestimmungen. Wir sind dem entgegengetreten; das Tarifwerk als Ganzes darf nicht getrübt werden. Es gibt auch keinen Tarif, vor dem jede Kritik verstummen würde. Immer wird er diesem und jenem als mangelhaft gelten. Schließlich hat unser Vertretertag den Tarif mit großer Mehrheit angenommen. Dr. Müller hat uns einige schöne Lehren erteilt. Aber es ist im Gewerkschaftsleben undenkbar, den Interessenten zu sagen: Ihr dürft diese und jene Forderung überhaupt nicht wustellen. Als Fremder würden wir schon genügend. Dr. Müller hat uns dann weiter geraten, daß wir in Zukunft nur das Erreichbare fordern sollen. Ja, wenn er uns doch die Frage lösen möchte: Was ist denn eigentlich erreichbar? Aber Müller kann die Frage nicht beantworten, obwohl es eine Doktorfrage ist. (Große Heiterkeit.) Die Differenzen können ja auch dadurch beseitigt werden, daß die Genossenschaften etwas mehr anbieten. In dem Gegenentwurf waren Vorschläge enthalten, die zweifellos Kompensationsobjekte darstellen sollten. Behandelt wird ja doch, meint man offenbar auf jeder Seite. Schließlich ist ein annehmbarer Tarif zustande gekommen. Uebrigens haben die Transportarbeiter auch in den Privatbetrieben erhebliche Erfolge in den letzten zwei Jahren herausgeholt. Wir haben für 14 Millionen Mark Lohnerbhöhungen erwirkt, und die Arbeiter brauchen um 13 Millionen Stunden weniger zu arbeiten. Wir wollen das Versprechen abgeben, daß wir in den nächsten fünf Jahren alles dransehen werden, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Privatbetrieben den Bedingungen unseres neuen Tarifs anzunähern. (Lebhafte Beifall.) Herr Erkennen wir an, daß der Tarif uns vorbildliche Arbeitsverhältnisse gibt; so ist kein Reichertarif in gleicher Art geschaffen worden. Unser Bestreben wird sein, den Arbeitern zu sagen, daß sie auch Vorbildliches leisten müssen. Aber die Arbeiter kommen aus kapitalistischen Betrieben und können die Gewohnheit, nicht so intensiv zu arbeiten, nicht so rasch abstreifen; sie müssen eben lernen, Genossenschaftsarbeiter zu sein. (Zustimmung.) Zum Schluß bestreitet der Redner, daß die Transportarbeiter ihren Arbeitsnachweis zu einem Monopol gegenüber den Konsumgenossenschaften und den übrigen Arbeitern zu machen bestrebt seien.

H. Mann (Bäder) schließt sich den Erklärungen Dr. Reiter an: Wir haben immer anerkannt, daß die Genossenschaften viel dazu beigetragen haben, daß unsere Verhältnisse in unserem Beruf wesentlich gebessert werden konnten. Auch wir fordern von unseren Kollegen in allen Betrieben der Konsumvereine musterergültige Arbeit und hoffen, daß das gute Verhältnis mit den Konsumgenossenschaften bestehen bleiben wird. In seinem Schlußwort bemerkt Dr. Müller: Professor Staubinger muß ja sagen, ich halte es tatsächlich nicht für klug, zu erklären, daß wir mit den Gewerkschaften keine Lohnkämpfe führen können. Wir wollen sie nicht führen, das ist selbstverständlich, aber es kann Situationen geben, wo schließlich ein Kampf nicht zu vermeiden ist. Wir alle sind der Meinung, daß die Arbeiter sich nicht bloß genossenschaftlich zu betätigen haben, wir alle glauben, daß sie genossenschaftlich, gewerkschaftlich und auch politisch tätig sein müssen, auch Staubinger glaubt das. Wenn er jetzt mit Nachdruck die genossenschaftliche Betätigung in den Vordergrund schiebt, so schadet das nicht, und ihm zu widersprechen ist nicht die Aufgabe des Genossenschaftstages. Auf unsere Grenzen macht uns schon die andere Seite genügend aufmerksam. Der Redner bittet, den Tarifvertrag als Gesamtwort zu würdigen und anzunehmen, weil er den Arbeitsfrieden zwischen den Gewerkschaften und Genossenschaften auf fünf Jahre sichert. (Lebhafte Beifall.) Hierauf werden die beiden Tarifverträge mit allen gegen 56 Stimmen angenommen.

9 bayerische Konsumvereine erklären, daß sie für den Tarif nicht stimmen könnten, weil er Ungerechtigkeiten enthalte und ihnen die Konkurrenzmöglichkeit erschwere; sie seien aber zu Sonderverhandlungen mit beiden Organisationen bereit.

Dem Bericht des Ausschusses

erstattet sein Vorsitzender v. Elm. Er hebt mit Nachdruck hervor, daß der Generalrat sich außerordentlich bewährt habe. Vorstand, Ausschuß und Generalrat haben alle Vorlagen vorbereitet, die den Genossenschaftstag beschäftigen, wodurch überreife Beschlüsse ausgefallen sind. Der Arbeit der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder haben Ausschuß und Generalrat ihre volle Anerkennung und Zufriedenheit ausgesprochen. Dieser Bericht wird ohne Diskussion genehmigt. Die von den Revisoren und dem Ausschuß revidierte Jahresabrechnung des Verbandes wird genehmigt, die den einzelnen Revisionsverbänden zugewiesenen Beträge werden festgesetzt, die Rechnungen einstimmig anerkannt und der Vorstand entlastet. Die zwei turnusmäßig ausscheidenden Vorstandsmitglieder Barth-München und Lorenz-Hamburg werden einstimmig wiedergewählt, ebenso die drei ausscheidenden Ausschußmitglieder Professor Staubinger-Darmstadt, Bobbig-Joskau und v. Elm-Hamburg. Der Etat des Verbandes für 1916 wird genehmigt und die Kostenbeiträge für die einzelnen Vereine festgesetzt.

Darauf schließt der Vorsitzende mit einer Dankrede den 11. Genossenschaftstag. Der nächste wird voraussichtlich in Frankfurt a. M. tagen. Morgen findet die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft statt.

## Gerichtszeitung.

### Schulrektor und Schuttmann.

Der Polizeipräsident von Lichtenberg wollte einem festgenommenen Mittäter in einer Taubendiebstahlsangelegenheit einen Schulknaben gegenüberstellen. Ein Schuttmann in Zivil erhielt den Auftrag, den Knaben der Polizei vorzuführen. Der Schuttmann ermittelte, daß der Knabe eine Berliner Gemeindefschule besuche und zur Zeit dort Unterricht habe. Er suchte die Schule auf. Als er vom Schuldienere hörte, daß der Rektor Marin jetzt keine Sprechstunde mehr habe, sondern in einer Klasse unterrichte, begab sich der Schuttmann in die Klasse, um mit dem Rektor wegen der beabsichtigten Vorführung des Jungen zu verhandeln. Rektor Marin, der die Störung unangenehm empfand und dies auch zeigte, erklärte schließlich, während der Unterrichtszeit gebe er den Knaben nicht aus der Schule.

Auf Antrag der Polizeibehörde wurde demnach der Rektor wegen Beamtenbeleidigung angeklagt. Es wurde behauptet, er habe zu dem Schuttmann gesagt, es wäre eine Unverschämtheit, so in das Schulzimmer hinein zu kommen. Der Rektor erklärte, er habe zwar seinem Anwillen Ausdruck gegeben, aber nicht dem Schuttmann Unverschämtheit vorgeworfen.

Die Strafkammer eröffnete das Hauptverfahren. Darauf erhob das Provinzialschulobrigium in Berlin zugunsten des Rektors den Einspruch, indem es geltend machte, er habe sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse nicht schuldig gemacht.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte jetzt den Einspruch für begründet und entschied, daß das Strafverfahren gegen Rektor Marin einzustellen sei.

Begründend wurde ausgeführt: Es sei manches nicht aufgeklärt. Es könne aber von einer weiteren Aufklärung Abstand genommen werden. Es könnte dahingestellt bleiben, ob der Schuttmann vor dem Betreten des Schulzimmers angeknöpft und sich dem Rektor sofort legitimiert habe. Auch wenn dies geschehen wäre und der Rektor den Ausdruck Unverschämtheit gebraucht hätte, wäre der Einspruch begründet. Schule und Polizei ständen als staatliche Einrichtungen nebeneinander. Der Schuttmann habe nicht ohne weiteres das Klassenzimmer, wo unterrichtet wurde, betreten dürfen. Er hätte sich erst mit der Schulbehörde ins Einvernehmen setzen müssen. Wenn man nun unternehme, daß der Rektor die Äußerung, die die Anklage behauptet, wirklich getan hätte, so könnte doch eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse darin nicht gefunden werden. Die Äußerung wäre zwar etwas derb, aber an sich doch immerhin geeignet, das Verhalten des Schuttmanns zu charakterisieren.

### Frida Hempels Leopoldorden.

Die schon seit drei Jahren sich hinziehende Beleidigungs-Klage der Kammerjägerin Frida Hempel gegen das „Kleine Journal“ hat gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I beschäftigt. Es handelt sich bekanntlich um einen von dem stellvertretenden Redakteur des „Kl. J.“ seinerzeit auf dem Pariser „Journal“ übernommenen und übersehten Artikel, in welchem nach dem „Memoireversteck“ des Kammerdieners des verstorbenen Königs der Belgier, Batille, eine unwahre Geschichte über „Frida Hempels Leopoldorden“ mitgeteilt wurde.

Frida Hempel erblidte in der Darstellung, wie sie zu dem Leopoldorden angeblich gekommen sein sollte, eine schwere Beleidigung ihrer künstlerischen und ihrer weiblichen Ehre und stellte Straf Antrag sowohl gegen den Verfasser des Artikels, als auch gegen den Verleger des „Kleinen Journals“ Arthur Lehmann, der die betreffende Nummer des „Kleinen Journals“ gleichzeitig verantwortl. gezeichnet hatte. In verschiedenen Verhandlungsterminen war den umfangreichen Wahrheitsbeweisen der Angeklagten nachgegangen worden, mit dem Ergebnis, daß sich die tatsächlichen Behauptungen des Artikels als unzutreffend erwiesen. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung wurde der Verfasser des Artikels von Kospott zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Herr Lehmann war vom Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte hiergegen Berufung eingelegt.

Gestern wurde die nicht anwesende Kammerjägerin Frida Hempel vom Rechtsanwält Dr. Ernst Schlegel vertreten, die öffentliche Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Osfar, der Angeklagte wurde vom Rechtsanwält Bahn verteidigt. Als Sachverständiger für Presseangelegenheiten war Chefredakteur Bollath geladen. In der eingehenden Verhandlung gab der Angeklagte nunmehr den Inhalt des Artikels preis, behauptete aber, daß er nicht strafbar sei, da er infolge Krankheit an dem kritischen Tage nicht in der Lage gewesen sei, den Artikel vor seinem Erscheinen zu sehen und außerdem den Verfasser genannt habe. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten im Sinne des § 21 des Preßgesetzes für strafbar, die in erster Instanz erkannte Strafe aber für viel zu milde. Der Angeklagte wurde zu 1000 M. Geldstrafe eventuell 100 Tagen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

### Was alles eine Beleidigung sein soll.

Das deutsche Offizierskorps sollte der Redakteur der „Oberbayerischen Landeszeitung“ Franz Joseph Hänggi in Mülhausen im Elsaß dadurch beleidigt haben, daß er eine angebliche Äußerung des fortgeschrittenen Pöbels in seinem Blatte in referierender Weise wiedergegeben hat. Der Pöbel hatte in einer politischen Rede über die Militärverlage gesprochen und erwähnt, daß 4000 neue Offiziere eingeleitet werden sollten. Der Berichtshalter des Angeklagten glaubte gehört zu haben, daß der Redner von den Offizieren als „diesen Richtern“ gesprochen habe, während dieser letztere Ausdruck wahrscheinlich von einem der Zuhörer gebraucht worden ist. Das Landgericht Mülhausen hat dem Angeklagten gelehrt, daß er nicht das Bewußtsein gehabt habe, seinerzeit eine Beleidigung zu begehen, da er an die Wichtigkeit des Berichtes geglaubt habe und als Zentrumsmann sich mit den vermeintlichen Anschauungen des Anhängers der Fortschrittspartei in keiner Weise habe identifizieren wollen. Es hat ihn deshalb am 9. Januar freigesprochen. Die Revision der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.





# Jlse-Brikett



Das seit 30 Jahren erprobte und bewährte **Ilse-Brikett** ist nach wie vor unbestreitbar das anerkannt beste und beliebteste Brikett des Senftenberger Braunkohlenreviers.

**Diese Tatsache**

wird auch durch keine Reklame für Konkurrenz-Briketts beseitigt.

**Groß-Berlin** verbrauchte im Geschäftsjahre 1913-14 in **Ilse-Salon-Briketts** 841 690 t  
und in anderen ersten Senftenberger Syndikatsmarken: 87 870 t

**Produktionssteigerung der Ilse-Briketts:**

1884: 21,000 t

1894: 57,000 t

1904: 650,000 t

**1914: 1,800,000 t**

**Diese Steigerung** spricht am besten für die **Güte der Marke „JLSE“.**

**Nur das Gute bricht sich Bahn!**

Grube Ilse/Berlin, Juni 1914.

**JLSE, Bergbau-Actiengesellschaft.**

## Todes-Anzeigen

### Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 11. Juni verstarb unser Parteigenosse

#### Karl Rommeck

Hermannstr. 21, 24. Bez. f.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, vom Kranerhaus aus nach dem Friedhof der Jerusalem Kirchengemeinde statt.

Am 14. Juni verstarb unser Parteigenosse 237/10

#### Emil Lohse

Prinz-Handjery-Str. 56, 20. Bez.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reußföhrer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am 15. Juni verstarb unser Parteigenosse

#### Heinrich Frese

Elbstr. 16, 6. Bez.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Jakobikirchhofes, Hermannstr. 41/45, nach dem städtischen Friedhof, Seeitzstr. 11, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industrie-arbeiter

#### Willi Wustrack

am Sonntag, den 14. d. Mts., im Alter von 18 Jahren verstorben ist.

**Ehre seinem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Philipps-Kloster-Kirchhofes, Müllerstr. 41/45, nach dem städtischen Friedhof, Seeitzstr. 11, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

### Soziald. Stadtverordnetenfraktion Berlin - Lichtenberg.

Am Sonntag, den 14. Juni, verstarb unser Kollege, der Genosse

#### Hermann Rösler.

Derselbe war ein fleißiges Mitglied unserer Fraktion (seit 1906) und allgemein beliebt und geachtet. 288/9

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Halle des Friedrichshagen Friedhofes in der Doppelallee aus statt.

Die Fraktionsleitung.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

#### Karl Bidke

Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 40, am 13. Juni an Lungenerkrankung gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

### Nachruf.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallformer

#### Franz Pietsch

Neukölln, Gröfstr. 20.

**Ehre ihrem Andenken!**

120/9 Die Ortsverwaltung.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.

Bezirk Lichtenberg.

Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau

#### Elise Thiemer

Oberstr. 32, verstorben ist.

**Ehre ihrem Andenken!**

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 14/20

Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

Für die herzliche Teilnahme beim Tode meines lieben Mannes sage ich hierdurch allen Verwandten, Bekannten, dem Meister Kolke und Kollegen sowie den Sängern meinen herzlichsten Dank. 130/1

Frau Rutt nebst Kindern.

Am Montag, den 15. Juni, verschied plötzlich nach kurzem Leiden meine unvorgelebte Frau, unsere gute Mutter 211/26

#### Berta Pühl

im 40. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

Emil Pühl nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reußföhrer Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.

Die Ortsverwaltung.

### Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Ortsverwalt. Neukölln.

Am Montag, den 15. Juni, verstarb plötzlich die Frau des Kollegen

#### Berta Pühl

im Alter von 40 Jahren an einer Nierenkrankung.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 74/14

Zahlreiche Beteiligung erbittet  
Die Ortsverwaltung.

Am Montag, vormittags 8<sup>1/2</sup> Uhr, verschied in der Privatstube des Dr. Meyer, meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwägerin und Tante 74/1

#### Elise Thiemer

geb. Kupnow

im 27. Lebensjahre.

Dies geht im Namen der Hinterbliebenen an Alfred Thiemer.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 18. Juni, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedrichsfelde, aus statt.

Am Dienstag, den 16. Juni, morgens 2 Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden meine imiggelebte Frau

#### Berta Goltz

geb. Fürtberg.

Dies geht tiefbetäubt an der trauernde Witte Johannes Goltz, Holzmarktstr. 9.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juni, nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr, von der Kapelle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstr. 41, aus statt. 241/36

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, Schwagers, Onkels und Großonkels

#### Alfred Schneider

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Angestellten und dem Personal der Firma G. S. Hermann unseren herzlichsten Dank.

Paul Schneider u. Familie nebst Verwandten.

### Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Schlossers 130/1

#### Otto Gromadda

sagen wir allen, die sich daran beteiligt haben, unseren herzlichsten Dank.

Familie Gromadda.  
Familie Kuschniersz.

### In Freien Stunden

Die

Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

### Mohrenstr. 37

Kolonade des

Gr. Frankfurterstr. 115

#### Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise

#### Farbige Konfektion

in größtem Maßstab  
zu billigsten Preisen

#### Westmann

Haben Sie Stoff?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zeitsch. von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)





Sonnenwendfeier

für die arbeitende Jugend Groß-Berlins

Am nächsten Sonnabend, den 20. Juni, abends von 10 Uhr an, in den Gofener Bergen. Allgemeiner Sammelplatz abends zwischen 9 und 10 Uhr am Fuße der Gofener Berge in der Nähe des Lokals von Gärtner am Seddensee. Das Programm ist der Feier entsprechend ausgewählt und besteht aus Gesang (Arbeiter-Gesangverein Friedrichshagener Männerchor), Rezitation (Herr Hans Heinz Fuhrmann), Festansprache (Herr Dr. Breitfeld), Abbrennen eines Höhenfesters, Reigen- und Eistänze usw.

Parteiangelegenheiten.

An die Bildungsausschüsse und Organisationsleitungen. Ein Kasperletheater kann der Bezirksbildungsausschuss den Genossen für die Sommer- und Kinderfeste, für die Schlafestbe der Ferienpiele usw. zur Verfügung stellen. Das Theater selbst und die Figuren und Texte sind vorhanden. Ausschüsse oder Vorstände, die an einem bestimmten Tage das Theater benutzen wollen, mögen uns bald davon in Kenntnis setzen. Sie müssen durch einen Fuhrmann das ganze Material rechtzeitig vom Sekretariat abholen und in das Lokal schaffen lassen, in dem das Fest stattfindet. Leihgebühr wird nicht erhoben. Nach der Benutzung ist das Material wieder nach dem Sekretariat zu befördern. Die Kosten für den Ein- und Rücktransport trägt die Organisation, die das Theater ausleiht. Für diesen Transport genügt ein Mann mit einem Handwagen. Wenn es gewünscht wird, engagiert der Bezirksbildungsausschuss für die betreffende Organisation auch eine geeignete Vortragskraft. Das Honorar ist sehr mäßig. Wir empfehlen deshalb den Genossen, wenn irgend möglich die Vorkühnungen einer geübten Kraft zu übertragen. Wo im Kreise der Veranstalter des Festes ein für die Vorkühnungen geeigneter Genosse oder auch eine Genossin vorhanden ist, steht ihrer Verwendung nichts im Wege. Wir hoffen, daß das Theater häufige Verwendung findet und ersuchen die Organisationen, uns ihr Aufträge recht bald zugehen zu lassen.

Der Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.

Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Moritzplatz 4741.

2. Kreis, Jugendabteilung. Heute Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von E. Habel, Bergmannstr. 6, eine außerordentliche Versammlung statt. Vortrag der Genossin Mathilde Wurm über: „Ziele des Sozialismus“. Bericht über die bisherige Tätigkeit und Neuwahlen der Leitung.

Sonnabend, den 20. Juni, Sonnenwendfeier auf den Gofener Bergen. Treffpunkt abends 8 Uhr, Grimmpark (Normaluhr).

4. Kreis, Jugendsektion. Am Donnerstag, den 18. Juni, finden zwei Versammlungen der jungen Mitglieder des Wahlvereins im Alter von 18-21 Jahren statt. Für den Stadtteil Südost abends 8 Uhr im Reichensberger Hof, Reichensberger Str. 147; 1. Vortrag des Genossen F. Ruf über „Die Entwicklung des deutschen Handels und Zollpolitik“. 2. Diskussion.

Ferner findet am Sonntag, den 28. Juni, ein Ausflug nach Wilkenwerder-Gradowsee statt. Treffpunkt 7 Uhr morgens Gölziger Bahnhof (Sanitätswagen). Fahrgeld 60 Pf. Niederbuch und Kocher bitte mitbringen.

Für den Stadtteil Osten bei Siegel, Große Frankfurter Straße 30: 1. Vortrag des Genossen A. Zeuner. 2. Diskussion. Die Jugendsektion des Ostens beteiligt sich an der Sonnenwendfeier am Sonnabend, den 20. Juni, in den Gofener Bergen. Treffpunkt 8 1/2 Uhr abends Schleifischer Bahnhof (Nadai-Eda-Koppenstraße). Abfahrt abends 8,57. Fahrgeld 50 Pf.

Neukölln. Heute abends 8 1/2 Uhr, bei Bartisch, Hermannstr. 49, Versammlung der Jugendsektion. Genosse Max Groger hält einen Vortrag über: „Das Erfurter Programm“. Der Vortrag ist auf zwei Abende berechnet. Es liegt im Interesse der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen diese Vorträge vollständig zu besuchen.

Jugendsektion Charlottenburg. Am Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, ein Diskussionsabend statt, zu dem alle jungen Partei- und Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 18-23 Jahren eingeladen sind. Treffpunkt zur Nachpartie am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

Tempelhofer. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Stadt Dresden“, Berliner Straße 78: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Max Schäfer über „Wilhelm Solenleber“. Bericht von der Kreis-Generalversammlung, Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin. Vereinsangelegenheiten; a) Wahl eines 1. Schriftführers; b) Wahl eines Mitgliedes zur Lokalkommission. Verschiedenes.

Reichensdorf. Der ausgefallene Lichtbildervortrag am Sonnabend, den 13. Juni, findet am Freitag, den 19. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale von Wilh. Wirt statt. Thema: „Aus russischen Kerlern“. Die alten Billets behalten ihre Gültigkeit. Die Genossen werden ersucht, recht rege Propaganda für den Vortrag zu machen.

Reichensdorf. Am Donnerstag, den 18. Juni, findet im Reihensdorf-Kerlernhaus, Reichensdorfstr. 44, abends pünktlich 8 Uhr, der erste Vortrag für die neuen Mitglieder des Wahlvereins statt. Genosse Kämmig spricht über: „Was ist Sozialismus und was will die Sozialdemokratie?“. Alle Parteigenossen und ihre Angehörigen sind dazu eingeladen. Eintritt frei.

Reichensdorf. Morgen Donnerstag, abends 8 Uhr, in Veders Gesellschaftshaus, Chausseestraße: Lichtbildervortrag des Genossen Heuter „Aus russischen Kerlern“. Billets à 20 Pf. bei den Bezirksführern, bei Weder und an der Abendkasse.

Die Sammelliste Nr. 22 für die Ferienpiele ist verloren gegangen. Wir bitten dieselbe anzuhalten, falls sie irgendwo präsentiert wird.

Teltow. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung. Bericht von der Kreis- und Verbandsgeneralversammlung sowie Beschlusfassung über Einsetzung eines Arbeiterbildungsausschusses.

Mit-Offenide. Heute Mittwoch im Lokal von Schäfer, Schirnerstraße 54, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht von der Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Anträge, Parteiangelegenheiten. Verschiedenes.

Potsdam. Heute Mittwoch abend in allen Bezirkslokale: Sonntagabend.

Berliner Nachrichten.

Leben und Sterben eines Droschkengauls.

In der ziemlich steil aufsteigenden Veteranenstraße war's, in der dieser alte Veteran sein Leben in einer regnerischen Nacht auf dem nassen Pflaster abschloß. Sein Kutsher sagte mit etwas zerknirschter Stimme, der alte müde, zerpeitschte Veteran habe „Jad“ geheißt. Ich kannte Jad schon lange. Fast jede Nacht begrüßten wir uns mit stummem Kopfnicken — ich weiß nicht genau, ob's bei ihm auch sicher so was wie eine Begrüßung war. Vielleicht war's nur das Kopfnicken der Schlaftrigkeit.

Am Tage wurde er schon lange nicht mehr gebraucht. Er konnte sich absolut nicht mehr bei Tage sehen lassen — er sah aus, wie sonst kein Droschkengaul in ganz Berlin samt den Vororten. Man kann nicht sagen, er war zu mager, um sich tags sehen zu lassen, er war zu klapprig — nein, er war die Magerkeit „in Person“ — so man einen Droschkengaul mal personifizieren darf, wie es ja ihre Kutsher immer tun, wenn sie ihnen während der Konversation Kofenamen geben — er war die Klapprigkeit „in Person“, die Klapprigkeit! Jede der wie mit einem Brückenbogen aus dem Leib hervortretenden Rippen klapperte, jeder lose Zahn klapperte, jeder lose Huf klapperte. Und dann — ja es ist nicht zu verwundern — er konnte das viele Umherrennen in der Stadt tagsüber absolut nicht mehr schaffen. So lag er denn tagsüber im Stall und versuchte zu schlafen, was alten Tieren ebenso schwer fällt, wie alten Menschen. Und wenn sie ihn auftrieben, war er ein Nachtschwärmer wider Willen.

Gewöhnlich aber konnte er vor der Droschke weiter-schlafen — wenn es ihm gelang, einzuschlafen. Er ließ den ausgemergelten Kopf hängen, wenn er den Blechfessel mit seinen wackligen Zähnen ausgefressen hatte — und war immer zufrieden, wenn die Leute über die dunklen Trottoirs der Veteranenstraße gingen oder wandten, der Droschke nicht zu nahe kamen und ihm die betrachtende Ruhe des Alters nicht störten.

In dieser kalten, regnerischen Nacht nun war es schrecklich gewesen.

Erst zum Stettiner Bahnhof — von da zum Anhalter — und das alles im Galopp — im Galopp! — daß er glaubte, die alten Knochen gingen ihm aus der Haut. Dann zu einem Café, in dem er einige Damen seiner nächstlichen Bekanntschaft hinter blühenden Kristallkugeln hockern und herum-gestikulieren sah. Ueber die ganze Friedrichstraße hinunter ging's zu diesem von Damengelächter erfüllten Café — und darauf noch durch einen Anäuel anderer Straßen, in denen er nichts mehr erkannte vor den dunklen Augen. Und wie hatte er am Anhalter Bahnhof — dort war er beim plötzlichen Anhalten auf dem glitschigen Pflaster hingeschlagen — vom Freit die Peitsche bekommen!

An jeder Ecke, am Völkermuseum, an der Bühlernstraße, am Rosenthaler Tor, überall wollte er sich hinwerfen und nicht mehr aufstehen.

Als Dank dafür, daß er sich so tapfer gehalten, war ihm nun eben wieder, als sie in Reih und Glied standen, die Peitsche von neuem auf's Fell gehagelt — die ganzen Rücken-knochen brannten davon. Was hatte er dafür gekommt, daß er hingestürzt war, daß er nur so langsam vorwärts kam. Seine alten Knochen waren so ungesund, so müde! Und jetzt wurde ihm noch so sonderbar, so dumpf, so heiß im Schädel, als schwele ein Asphalttopf darin...

Plötzlich knickte ihm die Beine ein — und im trachtenden Gestell brach er aufs nasse Pflaster der nachtdunklen Straße.

Frei, der bei dem fränkischen Aufwiehern des Gauls erschreckt wach geworden war, kletterte hinter ihm aus dem Schlag. Rint nahm er die Peitsche vom Bod, fasste den Hügel, knallte — und wollte Jad aufreihen. Der knochige Kopf fiel schwer wie ein lebloser Knochen zurück. Da gackte er ihm in das eine Auge, das noch nicht blind war, trat ihm in die Rippen, knurrte einen saftigen Fluß und steckte die Peitsche wieder in ihren Falter. Dann trottelte er in die nächste Edelstille, wo noch Licht war und sprach durchs Telephon.

Nach einer Stunde kam ein breiter, zweirädriger, niedriger Karren vom Zionskirchplatz die Straße herunter-gelassen und hielt mit seinem schmutzigen Latzenwerk neben Jad, von dem das Lederzeug losgeschnallt und die Droschke zurückgezogen war. Das flache Lastbrett des düsteren Karrens, von dem der Regen niedertroff, wurde hinten her-untergeklappt und an den toten Jad herangeschoben. Sie knüpften ihm an die Hinterhufe zwei Stride. Die Enden liefen über eine vorn am Wagen besetzte Rolle. Der Knick drehte mit beiden Händen den mächtigen Nebel der Rolle und schleifte so nach und nach den alten Gaul auf den Karren.

Die man ihn unterm Regen der Nacht davon fuhr, fauste ein lutes Auto vorbei. Es war gut, daß Jad nichts mehr sah noch hörte — er hätte sich nur geirrt, — denn vor einem solchen Wagen, den Jad immer bewundert, war er sein Leben gern gelaufen.

Aus der Berliner Straßenreinigung.

Aus dem Reiche des Herrn Galla wird uns geschrieben: Die Ausschaltung der menschlichen Arbeitskräfte durch maschinelle Hilfskräfte greift auch in der städtischen Straßenreinigung immer mehr um sich. Zu den 40 schon vorhandenen, elektrisch betriebenen Straßenreinigungsmaschinen werden jetzt 20 neue in Betrieb gesetzt. Die Folge davon ist, daß die bisher für die Sommermonate eingestellten Reserveleute, ca. 40-50 an der Zahl, nicht mehr beschäftigt werden. Infolgedessen müssen auch die Arbeiten der erkrankten und beurlaubten Arbeiter, in den einzelnen Abteilungen durchschnittlich ca. 4-5 Mann, von den übrigen Arbeitern mit erledigt werden. Werkwürdigerweise gibt die Verwaltung die erzielte Ersparnis an Arbeitskräften nur auf 15 Mann an. Diese wird aber zum Schaden der Arbeiter noch durch folgende Tatsache verstärkt. Seit Jahren werden Arbeiter und Arbeitsburden dauernd zur Ver-richtung von Bau- und Landarbeiten usw. herangezogen. Bei den Bauten der Fahrgangdepots sind stets 10-15 Straßenreiniger als Bauarbeiter verwendet worden, was aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine Verschleierung der wirklichen Baukosten dieser Bauten im Gefolge hatte, denn diese „Bauarbeiter“ wurden aus dem Etat der Straßenreinigung entlohnt. Weiter werden seit circa zwei Jahren in einer Obplantage in Spreebogen ein Anweiser sowie mehrere Arbeitsburden fast dauernd zu landwirtschaftlichen Arbeiten ver-wandt. Handwerker werden zur Herstellung einer Verinselungs-

anlage usw. vorübergehend beschäftigt. Die Entlohnung aller der dort beschäftigten Personen erfolgt aus dem Etat der Straßen-reinigung. Dem Anweiser wird auch eine Dienstwohnung in Berlin zur Verfügung gestellt, die aber seit Jahren leer steht, weil er in Spreebogen ebenfalls eine Wohnung hat. Der Platz, auf dem die Obplantage angelegt ist, gehört unseres Wissens zu den vom Magistrat an den Fuhrunternehmer Labbert verpachteten Abladeplätzen. Die 143 Hektar — ca. 570 Morgen — großen Plätze sind für insgesamt 800 M. (acht-hundert Mark!) Jahrespacht ver-geben. Auf diesem Abladeplatz in Spreebogen soll nun jetzt nach einem Plan der Direktion ein Urlaubserholungsheim für die Arbeiter der Straßenreinigung errichtet werden. Die Baukosten im Betrage von 15 000 M. sollen vom Magistrat bewilligt, bis zur Bauausfüh-rung soll aber ein vom Fuhrunternehmer Labbert errichteter Fach-werkbau samt Inneneinrichtung der Deputation als Geschenk über-wiesen werden.

An sich wäre natürlich gegen ein Erholungsheim nichts einzu-wenden, wenn es auf Veranlassung des Magistrats für alle erholungs-bedürftigen städtischen Arbeiter errichtet würde; daß in der Straßen-reinigung da eine Extrawurst gebraten wird, kann nur dazu führen, die in dieser Verwaltung herrschende Begünstigung der „artigen Kinder“ unter den Arbeitern weiter zu fördern. Ganz merkwürdig ist es, wenn die Straßenreinigungsdeputation von einem Unter-nehmer, mit dem sie in Geschäftsverbindung steht, eine Schenkung annimmt. Was soll denn das heißen? Erhält der Mann so hohe Preise für seine Fuhrer, daß es ihm nichts verschlägt, wenn er von dem Gewinn teure Geschenke „für die Arbeiter“ spendet? Oder glaubt die Deputation, Herr Labbert traktiert sie ihrer schönen Augen willen? Das ist doch wohl nicht anzunehmen. Sonderbar! Sehr sonderbar!

Den Arbeitern war bisher — durchaus mit Recht — die An-nahme von Geschenken durch die Fuhrunternehmer, welche die Abfuhr besorgen, streng verboten. Dieser Grundlag scheint für größere Geschenke nicht in Geltung zu sein. Der Fuhrunternehmer Labbert hätte übrigens reichlich Gelegenheit, in seinen eigenen Betrieben „Arbeiterfreundlichkeiten“ zu produzieren. Von der Direktion der Straßenreinigung muß erwartet werden, daß alle zur Reinigung der Straßen bewilligten Arbeitskräfte auch dort verwendet werden.

Ein neues Sparkassengebäude soll am Bahnhof Gesund-brunnen an der Ecke der Bad- und Hochstraße nach den Plänen der Firma Krüger u. Tischer-Berlin erbaut werden. Das Gebäude soll enthalten: eine Filiale der städtischen Sparkasse mit Tresors, Bureau für die Sparkasse und der allgemeinen städtischen Bauverwaltung, Dienstwohnungen für die Kassenbeamten und Beamten der Parkverwaltung, Geschäftsläden usw. Ein monumentales Portal mit Säulen soll den Bau an der sehr verkehrsreichen Ecke, die auch noch einen Hochbahnhof erhalten soll, als öffentliches Gebäude charakterisieren, das eine geräumige Vorhalle erhält mit breiten Korri-doren und zwei Treppenhäusern. In den zwei seitlichen Gebäudetrümpfen liegen zur größeren Ausnutzung des Baues sechs Läden mit besonderen Zimmern. Zwei Läden sind Eck-läden. Das Gebäude soll drei Geschosse, Kellerräume, ein Dachgeschoss für Wohnzwecke umfassen. Große Treppen, mit Pergolensäulen malerisch dekoriert, vervollständigen das Bild dieser städtebaulich höchst interessanten Anlage.

Dem Berliner Magistrat ins Stammbuch.

Die Zahl der Städte, die den Arbeiterorganisationen der graphischen Gewerbe Reichszuspruch zum Besuche der Buch-gemerbearbeitung in Leipzig bewilligten, ist seit unserer Ver-öffentlichung in dieser Sache (Nr. 151) weiter gewachsen. Ein vorbildliches Verständnis in dieser Frage bewies die Stadt-verwaltung von Mannheim, indem sie den Arbeiterorgani-sationen im graphischen Gewerbe Mannheims zum Besuche der Bestausstellung in Leipzig einen Gesamtzuspruch von 2000 M. bewilligte, und zwar mit der Bedingung, daß jedem Reisetilnehmer ein Zuschuß von 35 M. zufällt. Der Ma-gistrat einer Igl. Haupt- und Residenzstadt Berlin hatte für diesen Kulturzweck bekanntlich keinen Pfennig übrig.

Polizei und arbeitende Jugend.

Inseren Lesern sind die Verfolgungen der arbeitenden Jugend durch die Behörden nichts Neues mehr. Sie wissen, daß aus dem Staatsministerium heraus an die Polizeibehörden die Weisung er-gangen ist, die arbeitende Jugend scharf zu überwachen und nur zu fördern, wenn die Jugend in den Gaten des Jungdeutschlandbundes einläuft. Die freie Jugend ist der Polizei ein Dorn im Auge, wie alle freiwilligen Bestrebungen überhaupt. Befehle macht man schon gar nicht mehr, man wirkt in Preußen viel mehr mit Ministerial-erlassen und Verfügungen. Das erleben wir bald alle Tage.

Am 15. Mai verhinderte die Polizei in Neukölln eine unpolitische Jugendversammlung, die nach dem Lokale von Bartisch in der Her-mannstraße einberufen war und in der über Jugendideale gesprochen werden sollte. Die Polizei stellte sich vor das Lokal und unterlagte Personen unter 18 Jahren den Zutritt. Gegen diese Polizeimah-nahme wurde Beschwerde erhoben, die aber vom Berliner Polizei-präsidentium als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die Antwort ist so klassisch, daß wir den wesentlichen Inhalt abdrucken wollen. Es heißt u. a.:

„Die Einladungszettel, auf welchen die Jugend von Neukölln zum Besuch der Versammlung vom 15. Mai d. J. aufgefordert wurde, sind in der Druckerei des „Vorwärts“ hergestellt, außerdem ist die Versammlung, wie amtlich festgestellt wurde, durch Plakatausgang in den sozialdemokratischen Parteilokalen amtlich bekanntgegeben, ferner wurde in den Einladungzetteln be-sonders die werktätige Jugend von Neukölln zum Versammlungsbesuch verpflichtet. Es kann somit keinem Zweifel unterliegen, daß es sich um eine Veranstaltung der proletarischen Jugendbewegung handelte. Nach der regelmäßigen Rechtsprechung des Oberverwaltungs-gerichtes verfolgt aber diese Bewegung neben ihren anderen Zielen auch einen ausgesprochen parteipolitischen Zweck, nämlich den, die Arbeiter und Arbeiterinnen schon von Jugend an mit den sozial-demokratischen Ideen zu erfüllen und sie zu überzeugten Mitgliedern der Partei zu erziehen.

Die Annahme des Herrn Polizeipräsidenten von Neukölln, daß das auf die Tagesordnung gesetzte Thema „Jugendideale“ und die sich daran anschließende „freie Aussprache“ dazu dienen würden, auf die Jugendlichen im Sinne des sozialdemokratischen Programms einzuwirken und daß die Versammlung also po-litischen Charakter tragen würde, ist daher nicht zu beanstanden.

Da Personen unter 18 Jahren in öffentlichen politischen Ver-sammlungen nicht antworten dürfen, § 17 des Reichsvereins-gesetzes, war somit auch der Ausschluß der Jugendlichen dieses Alters von der Teilnahme an der Versammlung vom 15. Mai ge-rechtfertigt.“



Da haben wir's! Es war zu erwarten, daß die Verfassung eine politische war. Das geht schon aus dem Druckort der Einladungshefte hervor und daraus, wo die Plakate ausgehängt worden seien! Die Antwort atmet so sehr die Polizeivikar daß jeder Leser sich seinen Vers darauf machen kann. Die Proletariatsjugend ist eben vogelfrei. Aber gerade darum wird sie erstarren trotz Jagow und Genossen!

### Die „Zeit am Montag“

veröffentlichte in ihrer letzten Nummer eine Notiz unter der Überschrift: „Bilder aus der Fürsorgeerziehung“. In der Notiz befindet sich folgender Satz: „Im nachfolgenden daher einige Details, die einer unserer Mitarbeiter gesammelt hat.“ Dieser Satz kann gar keinen anderen Sinn haben, als daß die veröffentlichten Angaben aus einer Sammlung des Mitarbeiters herrühren. In Wirklichkeit sind die Angaben einer Veröffentlichung in der letzten Nummer der „Gleichheit“ entnommen, und zwar so wörtlich, daß selbst ein Druckfehler in der „Gleichheit“ auch seinen Weg in die „Sammlung“ des Mitarbeiters der „Zeit am Montag“ genommen hat. In dem Artikel der „Gleichheit“ über: „Aus der Praxis der Fürsorgeerziehung“ war nämlich von einem Pastor Kaufmann die Rede, während es eigentlich Kaufmann heißen sollte.

Es ist sicherlich nichts dagegen einzuwenden, wenn die „Zeit am Montag“ Material zur Beleuchtung der heutigen Art der Fürsorgeerziehung veröffentlicht oder nachdruckt — das ist sogar wünschenswert —, aber sie darf das nicht tun auf die unsäure Art, wie das geschehen ist.

### Darlehensschwindel.

Eine der gemeinsten Arten der Gaunereien ist der Darlehensschwindel schon deshalb, weil er in den allermeisten Fällen gerade denjenigen auch das letzte Geld noch aus der Tasche lockt, die es am wenigsten entbehren können. So schwere Schäden er aber auch bringt, nicht wirtschaftliche allein, so schwer ist ihm auch beizukommen. Und daß der Schwindel trotz aller Warnungen immer wieder neue Opfer findet, lehrt jeder Tag. Der Untergehende greift auch nach dem Strohhalm noch. Die Mittel, mit denen die Gauner arbeiten, wechseln auch auf diesem Gebiete, Neuerdings hat die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelstrafen auf ein Konsortium aufmerksam gemacht, das sich getaufter Finanz-Anzeiger mit hochtönenden Namen bedient, und die Hamburger Staatsanwaltschaft ist daran gegangen, den Geschäften dieser Gesellschaft einmal auf den Grund zu gehen. Darlehensfischer erhalten sehr oft auf ihre Inserate eine hektographierte oder gedruckte Aufforderung, eine Anzeige in diesem oder jenem Finanzanzeiger zu lassen. In diesen Zuschriften heißt es, der Anzeiger habe eine große und bestorganisierte Verbreitung in Finanzkreisen. Der Interessent werde durch ihn direkt mit Selbstgebern in Verbindung gebracht und laufe nicht Gefahr, ausgebeutet zu werden.

Die Geldgeber seien Rentiers, Privatgelddgeber, Kapitalisten, Banken, Spar- und Leihkassen, Geldinstitute, Hypothekendarlehen und Interessenten, welche Grundstücke, Geschäfte usw. kaufen oder sich an Unternehmungen beteiligen wollen. Durch die direkte Verbindung spare der Inserent Vermittlungsgebühren und Provisionsvorschüsse. Wenn auf das Inserat keine Angebote einlaufen, so sei auch keine Insertionsgebühr zu zahlen. Andernfalls würden dem Inserenten die auf seine Anzeigen einlaufenden Angebote unter Erhebung der Insertionsgebühren durch Rechnung zugestellt werden. Läßt sich der Unkundige durch so ein vielversprechendes Schreiben zur Aufgabe eines Inserates verleiten, dann erhält er schon nach einigen Tagen von dem „Finanzanzeiger“ ein Schreiben des Inhalts, daß das Geschäft Erfolg gehabt habe und daß schon mehrere Angebote eingegangen seien. Mit der nächsten Post schon kommt eine Rechnung von 4 bis 30 M., je nach der Größe des Inserats. Der Rechnungsbrief enthält eine Rechnung und mehrere Angebote in nur mit Schiffer versehenen Briefumschlägen. Die Bedingung für die Zahlung der Insertionsgebühr ist erfüllt, Angebote sind eingegangen. So scheint es wenigstens. In Wirklichkeit aber sind diese Angebote nicht etwa von ernstlichen Geldgebern durch die Post gelangt, sondern sie rühren fast ausnahmslos von Personen oder Firmen her, die nichts weniger als reelle Geldverleiher sind, vielmehr größtenteils über Besessene und vielfach auch schon vorbestrafte Menschen sind, die sich vom Darlehensschwindel ernähren. Die Finanzanzeiger der geschilderten Art sind die Fachblätter der Darlehensschwindler, und diese sind auch ihre einzigen Abnehmer. Die Angebote werden gar nicht erst auf die Inserate hin bei der Redaktion eingereicht, sondern liegen augenscheinlich schon in größeren Mengen bereit und werden dann einfach von der Redaktion an die Adressen verteilt. Es ist auch sicher, daß die Finanzanzeiger die Adressen, an die sie sich wenden, nicht allein aus Zeitungsinsertaten erfahren, sondern auch von Darlehensschwindlern, die die Darlehensfischer für sich schon irgendwie geschöpft haben und sie nun auch dem Finanzanzeiger zur weiteren Ausbeutung noch zuweisen. Gegenwärtig schwebt bereits ein Untersuchungsverfahren wegen Betruges gegen die Herausgeber des „Allgemeinen deutschen Finanzanzeigers“, der seine Reize besonders auch nach Berlin hin ausgepannt hat. Es liegt nun der Hamburger Staatsanwaltschaft daran, auch hier Leute zu ermitteln, die auf ein ihnen zugegangenes Schreiben der oben geschilderten Art mit dem „Allgemeinen deutschen Finanzanzeiger“ in Verbindung getreten und ihre Opfer geworden sind. Diese Leute wollen sich an das Berliner Polizeipräsidium, Zimmer 404a, wenden.

### Sturz von der Treppe.

Gestern vormittag stürzte der achtjährige Schüler Franz Lemke aus der Beulessstr. 79 aus der dritten Etage über das Geländer in die Tiefe. Er, der sich in die Schule begeben wollte, hat sich vermutlich über das Geländer zu weit übergeben, hat das Gleichgewicht verloren und ist dann in die Tiefe gestürzt. Hausbewohner fanden den Knaben in einer Blutlache bewußlos im Treppenhof liegen und schafften das Kind in die Unfallstation, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte. Im hoffnungslosen Zustande wurde der Knabe nach dem Krankenhaus Westend übergeführt.

### Teufelsrevue am Märchenbrunnen.

Auf einem Patrouillengang beobachtete gestern nacht gegen 1 1/2 Uhr ein Schuhmann des 51. Polizeireviers im Friedrichshof einen jungen Mann, der sich in verdächtiger Weise am Märchenbrunnen zu schaffen machte. Als der Beamte hinzukam, ergriff der Mann die Flucht. Da er trotz mehrfacher Anrufe „Stehen bleiben!“ immer weiterlief, schickte der Schuhmann seinen Diensthund „Pea“ hinter dem Flüchtling her. An der Ecke der Wein- und Höchstestraße hielt der Hund den Flüchtling, so daß ihn der Schuhmann verhaften konnte. Auf der Polizeiwache wurde er festgesetzt als der 22 Jahre alte Malergehilfe Oskar Fried aus der Barnimstraße 15. Der Verhaftete wird beschuldigt, an einem der beiden Tische die Linse des Geheißschloßes beschädigt zu haben. Fried wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Opfer der Hitze. Die gegenwärtige schwüle Hitze in Berlin hat bereits ihre Opfer gefordert. Auf dem Bahnhof Stralau-Kummelsburg wurde vorgestern abend der 74 Jahre alte Maler Hermann Siebert aus Reulahn vom Blitzschlag getroffen. Der alte Mann stürzte zu Boden und starb nach wenigen Minuten, noch ehe ein

Arzt zur Stelle war. — In Charlottenburg wurde vorgestern der neunzehnjährige alte Bureaugehilfe Walter Müller aus der Schillerstraße 76 dem Sonnenstich getroffen. Er fand in bewußtlosem Zustande im Krankenhaus Westend Aufnahme.

### Aus Verzweiflung Selbstmord verübt.

Gram über den Tod seiner Frau veranlaßte den 47 Jahre alten Tischler Otto Lehmann aus der Lütkestr. 38 seinem Leben ein Ende zu machen. Frau Lehmann starb im Oktober vorigen Jahres. Ihr Mann war seit dem untröstlich und wollte auch nicht weiter leben. Als er nun auch noch schon seit 8 Wochen arbeitslos war, führte er seine Absicht aus. Gestern nachmittag schickte er seine beiden Kinder von 10 und 11 Jahren weg und vergiftete sich dann in der Küche mit Leuchtgas. Hausbewohner, denen der Gasgeruch auffiel, öffneten seine Wohnung und fanden ihn tot auf.

Aus Gram über den Tod des Bruders Selbstmord verübt hat der 37jährige Reisende Albert Bruner, G., der vor kurzer Zeit seinen Bruder, an dem er mit großer Liebe hing, durch den Tod verloren hatte, begab sich an das Grab des Bruders auf dem Georgenkirchhof in der Weißwälder Straße und nahm dort eine starke Dosis Morphium zu sich. Friedhofsbefucher fanden den Reisenden in bewußtlosem Zustande zwischen den Grabhügeln liegen und liehen ihn in das Krankenhaus am Friedrichshain schaffen, wo er hoffnungslos danieder liegt.

Beim Baden ertrunken ist am Montagnachmittag der 18jährige Schlosser Beiersdorf aus Lichtenberg. Er badete hinter der Gemeindefriedhof bei Ober-Schönweide in der Spree und schwamm bis zur Mitte des Flusses, als er von Krämpfen befallen wurde. Passanten, die den Badenden beobachtet hatten, machten sich sofort an die Rettung des Verunglückten, doch gelang es ihnen nur noch, den Schlosser als Leiche zu bergen.

Ertrunken im Dolgensee bei Königs-Wusterhausen ist gestern mittag der Kaufmann Hans Schubert aus Berlin. Er wollte in Dolgenbrodt auf Sommerwohnung und war mit einem Kahn auf dem See gefahren, um ein Bad zu nehmen. Dabei fand er den Tod. Seine Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Beim Arbeiter-Sportfest in Welkenesee ist eine Monatskarte für Vorortbahn gefunden worden. Abzuholen bei Bruno Riese, O 112, Simon-Dachstr. 18, 7-8 Uhr abends.

Gesperrt. Die Werdersche Straße vom Werderschen Markt bis zur Schleusenbrücke und die Straße an der Stadtbahn von der Schleusenbrücke bis zur Schleusenbrücke wird wegen Umbaus der Brücke vom 17. d. Mts. an bis auf weiteres für Kraftomnibusse und Lastwagen gesperrt. Ferner wird während des Umbaus der nördlichen Hälfte der Brücke der Schinkelplatz in Richtung nach der Schleusenbrücke und während des Umbaus der südlichen Hälfte der Brücke die Unterwasserstraße von der Holagartenstraße und die Straße an der Schleuse von der Spreestraße nach der Schleusenbrücke für jeden Durchgangsverkehr, ferner die Jungfernbrücke während des ganzen Umbaus der Schleusenbrücke für Kraftomnibusse und schwere Lastwagen gesperrt. — Das Schiedsgericht über den Curhaderer Straße bis Hansabrücke wird wegen Plasterarbeiten vom 18. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. — Der Kreuzdamm der Alexanderstraße und Landsberger Straße wird wegen Plasterarbeiten vom 17. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

## Vorortnachrichten.

### Charlottenburg.

Ferienpiste. Die in der gestrigen Nummer unter „Spandau“ stehende Notiz, in welcher auf die von der Ferienpistekommission zum 8. Juli beginnenden Ferienpisten aufmerksam gemacht wird, bezieht sich auf Charlottenburg. Die Leiter werden den Irrtum bereits aus den angegebenen Treffpunkten bemerkt haben.

### Spandau.

Ein tödlicher Betriebsunfall ereignete sich gestern vormittag 10 1/2 Uhr beim Verantern von Masten der elektrischen Leitung der Brandenburgischen Kreis-Elektrizitätswerke in der Nähe der Fabrik von Drenstein u. Koppel. Ein Arbeiter hatte auf einem hohen Mast seine Arbeit zu verrichten, während ein anderer unter dem Mast den Draht zusammenrollte. Dabei kam der letztere der Hochspannung zu nahe und wurde an der Hand durch den Strom verbrannt, der unten Beschäftigte Otto Reinicke fiel dagegen tot zu Boden. Trotz aller Wiederbelebungsversuche gelang es nicht, den Verunglückten ins Leben zurückzurufen.

Stadtbaurat Paul, der schon seit 30 Jahren in Diensten der Stadt steht, hat beim Magistrat seine Pensionierung beantragt. Der Magistrat hat dem Gesuch mit der Maßgabe zugestimmt, daß dem Scheidenden sein volles Gehalt bis zum Ablauf seiner noch bis 1920 laufenden Dienstperiode gezahlt werden soll.

### Potsdam.

Großfeuer in der Brandenburgischen Provinzialanstalt. Gestern morgen brach in der Brandenburgischen Provinzialanstalt für Epileptische und für Idioten ein Schandfeuer aus. Der Dachstuhl des Wirtschaftsgeländes wurde ein Haub der Flammen. Auf den Auf „Großfeuer“ eilte die Potsdamer Vertriebsfeuerwehr mit der Automobilspritze und allen verfügbaren Geräten zur Brandstelle, desgleichen die Ortsfeuerwehren der Umgebung. Da das Wirtschaftsgelände von den übrigen isoliert steht, gelang es, den Brand auf seinen Entstehungsherd zu beschränken, so daß eine Gefahr für die in der Anstalt untergebrachten Kranken nicht bestand.

### Königsberg.

Einen Lichtbildvortrag mit dem Thema „Aus russischen Kerker“, die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands“, veranstaltete der Wahlverein am kommenden Sonnabend, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Deutschen Festhallen, Wilhelmstraße 41/43. Vortragender ist der Schriftsteller Ernst Reuter aus Berlin. Der Eintrittspreis beträgt 20 Pf. Da der Ueberhang dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands zugewendet wird, so ist eine recht zahlreiche Beteiligung der Arbeiterschaft dringend erwünscht.

### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Rosenthal. Donnerstag, den 18. Juni er., abends 6 Uhr, in der Aula der Gemeindefschule, Schillerstraße.  
Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Die Unwetterkatastrophe in Paris.

Das furchtbare Unwetter, das am Montagabend zwischen 5 und 7 1/2 Uhr über Paris hereinbrach, hat außer den bereits gemeldeten Unfällen noch weitere große Unfälle hervorgerufen. Besonders stark heimgesucht wurden die Viertel Roule, St. Augustin und St. Lazare. Zahlreiche Keller wurden überflutet und an anderen Stellen traten Erdsenkungen ein. Feuerwehreinheiten arbeiteten eifrig, um die in die mit Wasser gefüllten Gruben gefallenen Personen zu bergen. Die drei größten Erdsenkungen fanden auf dem Platz St. Augustin, dem Platz St. Philippe du Roule und dem Boulevard Haugmann statt. Auf dem Platz St. Augustin verjagte ein Automobildiesel voll-

ständig in der Erdsenkung. Ein Sie malnte den Wagen; der Chauffeur und eine in der stehende Frau wurden getötet. Auf dem Platz St. Philippe du Roule lagte der Hauptkanal und das Wasser ergoß die Grube. Auch an mehreren anderen Orten lagten Kanalisationsrohre, so besonders in der Rue Riboti, wo der Verkehr der Untergrundbahn unterbrochen wurde. Am Bahnhof St. Lazare mußte der Untergrundbahnverkehr gleichfalls infolge von Ueberflutungen eingestellt werden. Auf dem Platz Philippe du Roule erstreckte sich die Erdsenkung über 150 Quadratmeter. Viele Personen hatten sich während des Gewittersturmes vor einem Weinladen aufgestellt, wurden aber durch den Einsturz mitgerissen. Es war zunächst unmöglich, in die Grube hinaufzusteigen, da das Wasser aus den geborstenen Röhren mit der Gewalt eines Stiehhahns hervorströmte. In dem Stadtviertel herrschte völlige Dunkelheit, da Elektrizität und Gas abgeflammt waren. Außer den zwei Personen, die in dem Automobil umgekommen sind, sind noch fünf auf dem Platz Philippe du Roule in die Grube gefallen und ertrunken, so daß die Zahl der Opfer nach den bisherigen Feststellungen sieben beträgt.

Auch in der Umgebung von Paris verursachte das Unwetter großen Schaden. In einen auf der Fahrt befindlichen Dampfer der Pariser Schiffsahrtsgesellschaft schlug ein Blitz ein und warf mehrere Personen zu Boden, ohne sie ernstlich zu verletzen. In Choisy-le-Roi schlug der Blitz in einen Neubau, auf dem sich etwa zwanzig Maurer befanden; zwei von ihnen wurden getötet, acht schwer verletzt.

### Schwerer Unglücksfall in der russischen Armee.

Wie ein Telegramm aus Riga meldet, wurden im Lager bei Kępski von einer Husarenabteilung, die reitend über die Düna schwamm, sechs Husaren von der Strömung in eine Untiefe getrieben. Die Pferde drängten sich aneinander. Die Reiter fielen ins Wasser und ertranken. Die Pferde schwammen ans Ufer.

### O welche Lust, Soldat zu sein!

Im „Filderboten“ vom 2. d. Mts. wird folgende Dankagung veröffentlicht:

### Gemeinde Währingen a. B.

### Dankagung.

Von einem Heuer vom Militärdienst befreiten Rekruten wurden der hiesigen Ordinarientkaffe 50 M. für die für dieses Geschenk wird hiermit öffentlich herzlich gedankt. Den 6. Juni 1914.

Ein junger Mann spendet aus Freude darüber, daß er den „modernen Erziehern“ nicht in die Hände gefallen ist, den Armen 50 M. Der Militarismus wird sich über dieses Reichen seiner Verschwendung nicht freuen, das wieder ein Beweis dafür ist, wie wenig die Söhne des Volkes gewillt sind, unter dem jetzigen System für Gott, König, Vaterland und Geldsack zu dienen, das ihnen unter Umständen zumutet, auf Vater und Mutter, Schwester und Bruder zu schießen!

### Kleine Notizen.

Die Suffragetten. Nach einem Telegramm aus London hat die Polizei in Erfahrung gebracht, daß die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts planen, das kaiserliche Wasserreservoir in Woolwich in die Luft zu sprengen.

Schweres Bootunglück auf dem Dniepr. In der Nähe der Stadt Kremenchuk kenterten auf dem Dniepr zwei Boote, in denen sich vierzig Arbeiter befanden. Dreizehn von ihnen ertranken.

### Jugendveranstaltungen.

Preis-Rudow. Freitag, den 19. Juni, bei Wendisch, Bürgerstr. 4 abends 8 Uhr, Diskussionsabend. Eine sich anschließende Kurzausstellung soll an einem späteren Sonntag erfolgen.

### Witterungsbericht vom 16. Juni 1914.

Stationen	Barometer-stand am 16. Juni	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometer-stand am 16. Juni	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Spandau	760,0	W	18	18	Hannover	762,2	W	18	18
Dresden	760,0	W	18	18	Berlin	760,0	W	18	18
Berlin	759,0	W	18	18	Schwabenm.	764,0	W	18	18
Frankf. a. M.	760,5	W	18	18	Worms	766,0	W	18	18
München	759,0	W	18	18	Paris	761,0	W	18	18
Wien	759,0	W	18	18					

### Wetterprognose für Mittwoch, den 17. Juni 1914.

Zunächst noch warm, vielwolke mit etwas Regen und Gewitterneigung; später kühler, ziemlich heiter bei mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Donnerstagmittag: Zunächst noch sehr warm und an vielen Orten Gewitter. Später im Nordwesten beginnende Abkühlung und wieder vielwolke heiter.

## Tod u. Teufel †††

### Reichel's

## Wanzen-Schwaben-

Fluid „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle u. ist absolut nicht schädlich. Flasche 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-

### Reichel's

## Spezialpulver „Poudre Martial“

Spezialpulver „Poudre Martial“, unerschütterlich gegen alle Schwaben-Kolonien. Pack. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-

## Reichel's Motten-

Aether, wohlriechend, fl. 75 Pf., 1.50 und 2.50.  
Pulver, unvergänglich, Pack. 50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-, 6.-, 7.-, 8.-, 9.-, 10.-, 11.-, 12.-, 13.-, 14.-, 15.-, 16.-, 17.-, 18.-, 19.-, 20.-, 21.-, 22.-, 23.-, 24.-, 25.-, 26.-, 27.-, 28.-, 29.-, 30.-, 31.-, 32.-, 33.-, 34.-, 35.-, 36.-, 37.-, 38.-, 39.-, 40.-, 41.-, 42.-, 43.-, 44.-, 45.-, 46.-, 47.-, 48.-, 49.-, 50.-, 51.-, 52.-, 53.-, 54.-, 55.-, 56.-, 57.-, 58.-, 59.-, 60.-, 61.-, 62.-, 63.-, 64.-, 65.-, 66.-, 67.-, 68.-, 69.-, 70.-, 71.-, 72.-, 73.-, 74.-, 75.-, 76.-, 77.-, 78.-, 79.-, 80.-, 81.-, 82.-, 83.-, 84.-, 85.-, 86.-, 87.-, 88.-, 89.-, 90.-, 91.-, 92.-, 93.-, 94.-, 95.-, 96.-, 97.-, 98.-, 99.-, 100.-

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Man kauft in den Drogerien nur Reichel's Original-Pulver und vermeidet falsche Nachahmungen. Einzig echt und garantiert nur mit Reichel's Tod u. Teufel.

Alleiniger Fabrikant Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. Mpl. 4751-53.

Anerkennungen aus aller Welt.

## 10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrenanzugmode nach Maß, eigenes Stofflag. Der Kasse Freiermähtigung. J. Tomporowski, Schneidermeister, Irt SW 47, Treibundstr. 47, an der Beckenlandstraße, u. Tempelhofer Feld. Auf Wunsch tomme soj. mit Mutter.

## Spezialarzt

Dr. med. Wockentus, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden, Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Barbiturätmittel. Mäßige Preise. Sprechst. v. 9-5, Sonntags 9-11.











Abgeordnetenhaus.

94. Sitzung, Dienstag, den 16. Juni 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Bei Beginn der Sitzung sprechen Vizepräsident Dr. Forst und der Alterspräsident v. Strombeck (Sp.) unter allgemeiner Zustimmung die Wünsche des Hauses auf baldige Genesung des erkrankten Präsidenten Grafen Schwerin-Löwig aus. — Das Andenken des verstorbenen Abg. Drell (Sp.) wird in der üblichen Weise geehrt.

Das ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebknecht.

Abg. Kanow (Sp.)

erhält den Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission, die mit allen Stimmen gegen die der Polen und Fortschrittler beschlossene, dem Hause die Ablehnung des Antrages Braun (Soz.) auf Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Dr. Liebknecht für die Dauer der Session zu empfehlen. — In keinem ausführlichen Bericht gibt der Redner die Ausführungen Dr. Liebknechts auf dem Magdeburger Parteitag von 1910 wieder, die sich gegen den Versuch des Jaren an deutschen Höfen richteten und auf die Denunziation eines Rechtsanwalts Schwabe hin zur Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens führten, nachdem alle gerichtlichen Instanzen die strafrechtliche Verfolgung abgelehnt und auch die Anwaltskammer Berlin ein ehrengerichtliches Verfahren nicht angebracht erklärt hatte. Auf die Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat dann das Kammergericht das ehrengerichtliche Verfahren angeordnet. Bei der Wiedergabe der Liebknechtschen Ausführungen auf dem Magdeburger Parteitag über die Unterdrückung der zarischen barbarischen Willkürherrschaft durch deutsche Behörden, über die Flucht des Jaren durch Deutschland und sein Sicherungsverhalten vor dem deutschen Volk, über das Verbrechen der zarischen Regierungssystem, das niemals auf Frieden herrschte, dessen Repräsentant vom deutschen Volk auf deutschem Boden nicht gebildet werden könne, über den Jaren als einen gewöhnlichen Verbrecher und einen fluchbeladenen Mann, der hinausgeschleppt werden müsse, so daß ihm die Luft vergehe, deutschen Boden ferner zu betreten, bricht die Rechte in Fortschrittler! Rufe aus, die von den Sozialdemokraten mit lebhaften Zustimmungsrufen zu den Liebknechtschen Worten beantwortet werden.

Vizepräsident Dr. Forst

bittet, diese eine Wiederholung der Jarenbeleidigungen darstellenden Rede zu unterlassen. — Abg. Ad. Hoffmann (Soz.): Ich bin davon überzeugt! — Vizepräsident Dr. Forst: Es ist aber nicht nötig, daß Sie Ihre Ueberzeugung hier zum Ausdruck bringen! — Abg. Ad. Hoffmann: Aber das Recht habe ich! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Berichterstatter Abg. Kanow

bemerkte schließlich noch, daß die Kommission darin einig gewesen sei, daß die Persönlichkeit Dr. Liebknechts, um die es sich hierbei handelt, ohne Belang für die Entscheidung sei.

Abg. v. Dittfurth (L.)

erweist sich auf die Rechtsauffassung des einstigen Landtags- und Reichstagspräsidenten Simon, der auch an der Verfassung mitgearbeitet hat und womit die Haltung der Mehrheit im Einklang steht. Wie stehen vor einer langen Vertagung, während der wir den Fortgang des Verfahrens nicht hindern dürfen, zumal Dr. Liebknecht dadurch nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit behindert wird.

Abg. Herold (B.)

schließt sich namentlich dem letzten Grund des Vorredners an, da Dr. Liebknecht keiner der weiter tagenden Kommissionen angehöre.

Abg. Dr. Schiffer (natl.)

in der gleichen Ansicht. Von einer festen Praxis des Hauses, schwebende Verfahren während einer längeren Vertagung einzustellen, ist keine Rede, dies würde Dr. Liebknecht nicht in seiner parlamentarischen Tätigkeit, sondern in seiner parlamentarischen Untätigkeit schlingen.

Abg. Hengsberger (ft.)

richtet ebenfalls für den Antrag der Kommission.

Abg. Gaenisch (Soz.):

zunächst habe ich im Namen Dr. Liebknechts ausdrücklich zu erklären, daß selbstverständlich für die Einbringung des Antrages gegen ihn in keiner Weise die persönlichen Interessen oder der Wunsch Dr. Liebknechts maßgebend gewesen sind. (Rufe rechts: Na! na!) Dr. Liebknecht denkt gar nicht daran, den Saal dieses Parlaments zu verlassen, er würde das für unter seiner Würde halten (Pfuihufe rechts). Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Ordnungsruf des Vizepräsidenten). Ich bin zur Ordnung gekommen wegen eines Verstoßes gegen die parlamentarischen Regeln des Hauses. Was Sie aber beschließen wollen, ist ein Verstoß gegen den Verstoß gegen den Inhalt des parlamentarischen Verfahrens, gegen die Rechte, gegen den Lebensnerv des Parlaments. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unseren Antrag haben wir nur deshalb gestellt, weil gerade in diesen Zeitläuften in Preußen und Deutschland ein Parlament auch nicht das Tüpfelchen über dem i von seinen witzigen Rechten preisgeben darf. Aus dieser Erwägung haben wir auch gegen die Ausweitung des zu unseren schärfsten Gegnern gehörenden Abg. v. Strombeck gestimmt. Es ist eine Ironie, daß dieselben bürgerlichen Parteien, die soviel von der Würde des Parlaments reden, auch hier wieder die Sorge für die Interessen und die Würde der parlamentarischen Parteien überlassen. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Besonders gilt das von den Nationalliberalen.

Zu Ergänzung der Ausführungen des Berichterstatters betone ich besonders, daß das ganze Verfahren seinen Ausgang nahm von einer Denunziation.

Schleunige Denunziation.

Was man von einem Denunzianten zu halten hat, darüber stimmen sich die anständigen Leute aller Parteien einig ein. Das heißt, sagt drastisch:

Der größte Lump im ganzen Land, Das ist und bleibt der Denunziant.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Will das Haus sich zum Verurteilen der Denunzianten Schwabe machen, so allerdings durch seine Denunziation sich den Weg in Preußen bahnen dürfte? Durch seine Rede auf dem Magdeburger Parteitag hat Dr. Liebknecht Millionen des deutschen und preussischen Volkes aus der Seele gesprochen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Zu schärf konnte da überhaupt nicht geäußert werden. Alle Instanzen der Staatsanwaltschaft und der Gerichte, alle diese juristischen Korporationen, sind einmütig zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht der geringste Grund für ein strafrechtliches Einschreiten gegen Liebknecht gegeben sei. Schon im Königsberger Hochverratsprozess gegen unseren Kollegen Braun und Genossen wurde autoritativ festgestellt, daß die Gegenfeitigkeit bei Majestätsbeleidigungsprozessen mit Recht nicht vorbürgt ist. Die erste Instanz, die Anwaltskammer, hat auch das von der Staatsanwaltschaft verlangte ehrengerichtliche Verfahren gegen Dr. Liebknecht abgelehnt, und damals hat dieses Haus mit einer seltenen Einmütigkeit die Einstellung des damals

eingeleiteten Verfahrens, das zur Anklage nicht führte, beschlossen. Das entsprach seiner jahrzehntelangen Praxis, schwebende Verfahren stets einzustellen, wenn nicht besonders wichtige Rechtsgüter zu schützen sind. Damals war es besonders das Zentrum und die Nationalliberalen, die heute von uns vorgebrachten Argumente als absolut ausschlaggebend erklärten und nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen einen Grund anerkennen wollten, von dem bewährten Brauch des Parlaments abzugehen. Die Haltung dieser Parteien heute zeigt, welche kolossale Rechtsverfälschung sie in den drei Jahren vollbracht und daß sie zu

würdlosen Vorkäufen und Schleppträgern der Konservativen

geworden sind. (Großer Lärm bei der Mehrheit, Zustimmung bei den Soz.) Im Reichstage wurde einstimmig, die Konservativen mit eingeschlossen, die Einstellung des ehrengerichtlichen Verfahrens beschlossen. Jetzt beruft man sich auf einen Beschluß der Justizkommission aus dem Jahre 1883, aus der schlimmsten Reaktionszeit. Selbst unter dem Sozialistengeiß hat der Reichstag stets die Auslieferung von Sozialdemokraten abgelehnt und hat unsere Forderung gegen die Auslieferung von bürgerlichen Abgeordneten gestimmt. Man sagt, Dr. Liebknecht werde in seiner parlamentarischen Tätigkeit nicht gehindert, weil er keiner der weiter tagenden Kommissionen angehöre. Er kann aber natürlich jederzeit in Vertretung in eine der Kommissionen entsandt werden, zumal er der einzige Jurist unter uns ist. Da im Sommer die Gerichtsferien sind, kann auch Herr Herold gar nicht sagen, ob das Verfahren so rasch erledigt wird, daß Dr. Liebknecht nicht in seiner eventuellen Kommissionstätigkeit gehindert würde.

Aus den Kommissionsverhandlungen aber muß ich doch noch herausgreifen, daß dort ein konservativer Abgeordneter, ohne von dem Vorsitzenden zurechtgewiesen zu werden, behauptete, Dr. Liebknecht erhebe geradezu gewerbsmäßig Schmähungen. Daraus ist erkennbar, daß der wahre Grund Ihres Vorgehens, Ihr ganz besonderer Haß gegen Dr. Liebknecht ist, den Sie wegen seiner Enthaltungen der Korruption in den Fällen Krupp, Siemens, Schudert, General v. Lindenau, wegen der Enthüllung des ganzen Ordens- und Titelschachers so lassen wie keinen anderen Abgeordneten hier. (Lärm rechts.) Da die bürgerlichen Parteien nicht in der Lage sind, Dr. Liebknecht moralisch torquemachen, und da sie ihn politisch nicht torquemachen können, so versuchen Sie es mit dem

schädigen und schultigen Mittel,

ihn materiell zu vernichten. (Stürmische Zustimmung der Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts. Zweiter Ordnungsruf des Vizepräsidenten Dr. Forst.) Die Sozialdemokraten Adolf und Paul Hoffmann, die in stürmischen Zwischenrufen das Vorgehen jenes konservativen Kommissionsmitgliedes als Unanständigkeit kennzeichnen, werden zur Ordnung gerufen. Der Beschluß, den Sie fassen wollen, ist vom Hause eingeleitet. Wenn dieses sogenannte Parlament sich um den letzten Rest politischen und moralischen Ansehens bringen will, den es vielleicht noch irgendwo im Lande haben möchte, dann mag es nur so beschließen. (Erneuter großer Lärm rechts. Lebhaftige Zustimmung der Sozialdemokraten. Dritter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der zur Orientierung schreitet.) Ein solcher Beschluß wird einen Sturm ernten, der Sie, auch wenn Sie sich noch so an Ihre Sitze anklammern, von Ihren Plätzen wegschlagen wird; er wird das Feuer des Wahlrechtskampfs zur hellen Flamme entfachen, er wird beweisen, daß die Existenz dieses Hauses unerträglich geworden ist, und die Antwort auf ihn wird der Schrei sein:

„Nieder mit einem Haus, in dem so schamvolle und ungeheuerliche Vorgänge möglich sind!“

(Lofender Lärm rechts, vierter Ordnungsruf des Vizepräsidenten, der dem Redner das Wort entzieht. Unter zahlreichen Rufen der Rechten, aus denen man besonders das parlamentarische Wort „Raus!“ heranhört, führt Abg. Gaenisch seine Rede zu Ende.) Wieder aber nicht nur mit diesem Hause, sondern auch mit dem Schwandwahlrecht zu diesem Hause — es lebe das freie Wahlrecht! (Die Sozialdemokraten stimmen in das Hoch auf das freie Wahlrecht ein. Andauernder großer Lärm im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.)

erklärt im Namen aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Fortschrittler, daß nicht die Person Dr. Liebknechts zu der Haltung der Mehrheit Anlaß gebe. (Abg. Paul Hoffmann (Soz.) ruft: Wer das glaubt! und wird unter dem tosenden Lärm der Rechten zur Ordnung gerufen, gleich darauf Abg. Adolf Hoffmann wegen fortwährender Unterbrechung des Vizepräsidenten, der zuerst den Abg. Braun für den Zwischenrufer gehalten und zur Ordnung gerufen hatte. Als er nun die Ordnungsrufe richtig erteilt, ruft Abg. Adolf Hoffmann: Jedem das Seine!) Wir würden genau so bei jeder anderen Person vorgehen. Wenn wir zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß durch das Weitergehen des Verfahrens bei einer fünfmonatigen Vertagung keine Kollision mit den parlamentarischen Pflichten eintritt, dann mühten wir so vorgehen. Auf den Inhalt der gegen Dr. Liebknecht erhobenen Beschuldigungen können wir hier nicht eingehen, das ist Sache der Richter, denen wir nicht vorgreifen dürfen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Es ist von den Sozialdemokraten von uns ein kollegiales Vorgehen verlangt worden. Wenn man das gegenüber Leuten, die, wenn man nicht ihrer Ansicht ist, einem die schärfsten Beleidigungen zuschleudern? Das ist unmöglich! (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) Und deshalb halten wir eine weitere Polemik mit den Sozialdemokraten für überflüssig! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgen persönliche und Geschäftsordnungs-bemerkungen.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Wenn Dr. Friedberg auf meine Äußerungen vom Sonnabend antwortet, so erkläre ich, daß ich diese vollständig aufrecht erhalte, schon deshalb, weil wir nicht an Ihre Abmachungen gebunden sind und uns deshalb am Sonnabend mit einer Kommissionsberatung dieser Sache gar nicht einverstanden erklären konnten. Ich habe am Sonnabend gar keine Angriffe erhoben, sondern nur darauf hingewiesen, daß Ihr ganzes Verlangen darauf ausgeht, Dr. Liebknecht aus der Anwaltschaft zu verdrängen, damit er nicht mehr, wie im Fall Siemens-Schudert, in Altona hineinsehen kann, was Ihnen nicht lieb ist, und damit er nicht Ihren Ordensschacher ausdecken kann. (Stürmische Gegenrufe rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten.)

Abg. Waldstein (Sp.)

bedauert, verhindert zu sein, darzulegen, wie sehr seine Partei die Angriffe der Sozialdemokraten auf die Mehrheit mißbilligt, worin sie aber keinen Grund sehen könne, von dem Brauch des Hauses abzugehen und so bedauerliche Szenen heraufzubeschwören, wie wir sie heute gesehen haben.

Abg. Gaenisch (Soz.)

erwidert dem Abg. Dr. Friedberg, daß seine Ausführungen nur die Antwort auf die Beleidigung des Dr. Liebknecht durch das konservative Kommissionsmitglied gewesen sind. Nur diese Freiheit habe ich zurückgewiesen. (Geschrei rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten.)

Abg. Ritschert (B.)

erklärt als Schriftführer des Hauses, daß die Volkspartei auf eine Anfrage erklärt habe, das Wort nicht zu wünschen.

Abg. Waldstein (Sp.):

Das war vor der bedauerlichen Entwicklung dieser Diskussion.

Abg. v. Dittfurth (L.)

erklärt, daß persönliche Rücksichten auch für ihn nicht maßgebend gewesen seien, aber allerdings habe er in der Kommission erklärt, daß zu einer besonderen Maßnahme die Persönlichkeit Dr. Liebknechts, der berufsmäßig Schmähungen gegen alle vaterländischen Einrichtungen erhebe, am allerwenigsten Anlaß geben könnte.

Abg. Ad. Hoffmann (Soz.):

Nicht Gaenisch hat den Namen v. Dittfurth genannt, sondern ich, und zwar um auf seinen „gewerbsmäßigen Verleumdung“ den „früppelosen Verleumder“ zu jagen! (Sturm rechts, Ordnungsruf des Vizepräsidenten wegen Beleidigung v. Dittfurths.) Und bei Liebknecht ist es keine?

Vizepräsident Dr. Forst:

Herr v. Dittfurth durfte seine hier angezogenen Äußerungen aus der Kommission wiederholen, genau so, wie der Berichterstatter heute die Worte Dr. Liebknechts über den Kaiser von Rußland wiederholt hat.

Damit schließt die Besprechung. Der Antrag Braun wird gegen die Sozialdemokraten, die Fortschrittler und Polen unter stürmischen Pfuirufen der Sozialdemokraten und gekünsteltem Geschrei rechts abgelehnt. Das Verfahren gegen Dr. Liebknecht kann also weitergehen.

Zur Geschäftsordnung ersucht

Abg. v. Dittfurth (L.)

als ersten Gegenstand im Herbst die Aenderung der Geschäftsordnung zu behandeln, deren dringende Notwendigkeit sich gerade heute wieder gezeigt habe.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.)

bittet, eine weit dringlichere Frage im Herbst zuerst zu beraten, und zwar den Wahlrechtsantrag der Volkspartei, zumal die letzte Zeit und der heutige Tag an dem Betragen der Mehrheit wieder gezeigt hat, wie notwendig es ist, hier mit eisernem Wesen auszugehen.

Schluß 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

Um 4 Uhr nachmittags fand in Abwesenheit der Sozialdemokraten noch eine Sitzung statt, die die Vertagungsverordnung entgegennahm. Das Haus wird bis zum 10. November 1914 vertagt, die Tagesordnung der ersten Sitzung festzusetzen, bleibt dem Präsidenten überlassen.

Jugendbewegung.

Ein mittelfränkischer Jugendtag.

Am Sonntag, den 14. Juni, fand auf dem Burgfahnenbacher Keller, einige Wegstunden von Nürnberg, ein mittelfränkischer Jugendtag für die freie Arbeiterjugend statt. Es herrschte die denkbar ungünstigste Witterung. In ganz Nordbayern gingen den ganzen Tag über zum Teil sehr schwere Gewitter nieder, die mit Vorkältebrüchen und stellenweise mit Hagelwetter begleitet waren. Hinzu kam noch, daß der mitten in einem abgelegenen Wald befindliche Festplatz ohne jeden Unterstandraum ist. Trotzdem zu vermuten war, daß infolge der schiedlichen Witterung die Tagung nicht stattfinden würde, waren mehrere Hunderte von Jugendlichen, darunter zahlreiche Mädchen sowie viele Arbeitereltern, erschienen. Der Regen verhinderte nicht, daß ein großer Teil des festgesetzten Programms erledigt wurde. Es waren die Städte Nürnberg, Erlangen, Lauf, Schwabach, Kirch und eine Anzahl kleinerer Orte vertreten. Entgegen die Jüngens und Mädels teilweise schon durchnäßt an den Plak kamen, wurde lustig gefeiert. Ein Stafettenlauf wurde absolviert, Fußballspiele und anderes vertrieben die Zeit. Die Nürnberger Jugendkapelle musizierte und mondes frohe Lied erscholl. Bei trübendem Regen, unter Blitz und Donnereschlag hielten die Genossin Grünberg und der Genosse Endres zündende Ansprachen, in denen unter großem Beifall der Jugend ausgeführt wurde, daß alle reaktionären Nachenschaften der Regierungen und der bürgerlichen Parteien, auch das Verbot der Jugendorganisationen ein freigeschobenes Vorwärtsschreiben der freien Arbeiterjugend nicht aufhalten werden.

Ein vernichtendes Urteil über die Pfadfinderbewegung.

Eine bedeutsame Erklärung über die heutige Jugendbewegung gab ein hoher sächsischer Regierungsbeamter, der Geheimrat im Justizministerium, Dr. Gelbhaar, ab. Im Bezirksverein zur Fürsorge für die aus Straf- und Korrektionsanstalten Entlassenen erstattete Geheimrat Dr. Gelbhaar den Jahresbericht. Nachdem Geheimrat Dr. Gelbhaar einleitend betont hatte, daß die Strafrechtsreform, die maßgebend die Fürsorge-tätigkeit des Vereins beeinflussen könne, keinesfalls vor dem Jahre 1916 zu erledigen sei, beschäftigte er sich eingehend mit der heutigen Jugendbewegung und erklärte zum Schluß folgendes:

Die heutige Jugendbewegung scheint ihm einen Umfang angenommen zu haben, der über das Maß des Nützlichen hinausgehe. Ganz besonders leide die Pfadfinderbewegung an einer Ueberdrehung der Jugend, einer Hinüberhebung der Jungen über die Verhältnisse, in der sich die Jugenderziehung abzuspielen habe (Empfänge durch Behörden, Paraden u. a.), die nicht ohne schädliche Auswirkung auf die Jugend selbst bleiben könne und schon die Ursache mancher kriminellen Verfehlung geworden sei.

Marktbreite von Berlin am 13. Juni 1914, nach Ermittlungen des Heral. Holzpreisbüros. Weis (mitged), Katal 00,00—00,00, Dobau 0,00—0,00, Kals (runder), gute Sorte 15,40—15,70, Nichtstraß 0,00, Neu, alt 0,00—0,00, neu 0,00.

Markthallenpreise. 100 Alkg. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—35,00, Bohnen, weiße 36,00—40,00, Linen 40,00—42,00, Kartoffeln (klein), alt 5,00—5,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Schule 0,00—0,00, Rindfleisch, Sandfleisch 0,00—0,00, Schweinefleisch 0,00—0,00, Kalbfleisch 0,00—0,00, Hammelfleisch 0,00—0,00, Butter 2,20—2,20, 60 Stück Eier 3,20—3,40, 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40, Kalle 1,40—3,20, Gamber 1,60—3,40, Geste 1,40—3,20, Worsche 1,00—2,40, Schlei 1,60—3,20, Fleie 0,80—1,60, 60 Stück Kirsche 3,00—48,00.

Wasserstands-Nachrichten

ber Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		seit	
	cm	cm <sup>3</sup>	cm	cm <sup>3</sup>
Remel, Mühl	112	-4	15.6	14.6
Bregel, Inherburg	-30	+2		
Bischof, Idorn	95	-3		
Daber, Ratibor	172	+20		
Kroffen	72	-2		
Frankfurt	84	+3		
Wartde, Schimm	-22	-2		
Landenberg	-2	-6		
Rehe, Borhamm	0	-6		
Seimert	-9	-7		
Dresden	-133	+10		
Berch	110	-6		
Magdeburg	96	-4		
Wasserstand	am	seit	am	seit
Soale, Groditz	124	+18	15.6	14.6
Gabel, Ebnau	58	-9		
Rathenow	47	0		
Spree, Spremberg	87	-3		
Beestow	70	+1		
Beser, Bantow	230	-16		
Winden	304	-6		
Rein, Warglitz	536	+6		
Kaas	341	+14		
Röll	339	+1		
Redar, Heilbrom	290	+78		
Rain, Dama	213	-5		
Wosel, Witz	98	-4		

+ bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.



Öffentliche politische Versammlungen.

# Sechster Wahlkreis.

Freitag, den 19. Juni 1914, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in den „Germania-Sälen“, Chausseest. 110:

## Öffentl. politische Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der neue preußische Minister des Innern und der Kampf gegen das Koalitionsrecht.

2. Diskussion.

Referent:

Genosse Rechtsanwalt **Dr. Hugo Heinemann.**

**Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen!**

228/12\*

Der Einberufer: **Friedr. Stäffler**, Bankstr. 65.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr:

**Branchen-Versammlung aller Wickel- und Isolationsarbeiter und Arbeiterinnen**

im Voigt-Theater, Wadstraße 58.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Einführung der Hauskasserung.

2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

**Mitglieder-Versammlung für Adlershof**

im Lokal von Kaul, Bismarckstraße 45.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Horn. 2. Bericht von der ordentlichen Generalversammlung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

120/8

Die Ortsverwaltung.

### Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filliale Groß-Berlin.

Morgen Donnerstag, den 18. Juni, abends 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

**Bau-Vertrauensmänner-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Die kommt der neue Tarif zur Durchführung? 2. Verschiedenes.

Kein Bau darf unvertreten sein.

192/8

Der Vorstand.

### Zentralverein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8 Uhr, in der Alhambra, Wallnertheaterstraße:

**Außerordentliche General-Versammlung**

Tagesordnung:

1. Geschäftliches. 2. Anträge. 3. Verschiedenes.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

20/14

Der Vorstand.

### Stempelfabrik

Robert Hecht,

Inh.: Alfr. Schneller

Berlin S. 42,

Ritterstr. 116.

Herst. schnell und

büßig alle Arten

Stempel

in bester Ausführung.

Ohne jede Anzahlung!!  
Reine Rastierer, keine Raten!  
Bettwäsche, Teppiche,  
Portieren, Bilder, Gardinen,  
Stores, Stepp- u. and. Decken.  
**HATZNER,**  
Gulelandstraße Nr. 41.

### Verband der Schneider u. Wäschearbeiter

Filliale Berlin.

Sebastianstr. 37/38.

Telephon: Amt Wochplatz 9737

### Wäsche- u. Krawatten-Branche.

Donnerstag, den 18. Juni, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im „Musiker-Vereinshaus“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

**Außerordentliche Versammlung**

aller Wäschenäherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen und Stärkerinnen, Wäsche-, Glusen-, Krawatten-Zuschneider.

Tagesordnung:

1. Die Situation der Lohnbewegung. Ref.: Kollege W. Euc.

2. Diskussion.

Die Kollegen und Kolleginnen der Wäsche- und Krawattenbranche werden gebeten, zahlreich diese für die wichtige Versammlung zu besuchen.

163/10

Die Kommission.

### Steinarbeiter.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 8 Uhr,

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

**Kombinierte Versammlung.**

Tagesordnung:

172/6\*

1. Neuegelung der Beiträge.

2. Anpassung der heiligen Arbeitslosenunterstützung an die zentrale Gewerkschaftenunterstützung.

3. Verschiedenes.

Die Kollegen beider Sektionen, insbesondere die Kollegen der Firma Zeldler, sind dringend eingeladen.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke



Nahrung für: sowie Schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

# Uebergrößen

bedeuten verstärkte Ausführung. Sie fahren sicherer und sparsamer, wenn Sie beim Kauf von Automobilreifen unsere Uebergrößen vorschreiben. Für schwere und schnelle Wagen nur diesen Typ. Kein Folgenumbau.

## Continental Pneumatik



Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Co., Hannover.



Personal 12 000.

# Garbáty Cigaretten

# Qualität

### Buchhandlung Vorwärts

Lindenstraße 69 (Laden)

Soeben erschien

**Der Sozialismus der israelitischen Propheten**

**Der Sozialismus der Kirchenväter**

von **Paul Pilüger**

Preis 25 Pf.

**Der Krieg der Frommen**

Materialien zum Zentrumsstreit

von **J. Meerfeld**

Preis 40 Pf.

**Führer durch das Familienrecht**

Die rechtliche Stellung der Kinder, Ehegatten und Verwandten

(Legitimation der Kinder, Unterhaltungsansprüche der Kinder, Ehegatten und Verwandten)

Preis 30 Pf.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5. Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.

Zigarren — Zigaretten — Rauchtobake.

Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.

Alleinverkauf der Fabrikate der Firma

**F. J. Burrus St. Kreuz**

Größte deutsche Rauchtobakfabrikation.

Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtobake.

Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.